

**DIE DANZIGER CHIRURGENGILDE
IM 17. UND 18. JAHRHUNDERT IM VERGLEICH
MIT DEN VERHÄLTNISSEN IN ANDEREN HANSESTÄDTEN**

MAREK BUCZKOWSKI

1988

Disbui. München

1988



Aus dem Institut für Geschichte der Medizin
der Universität München

Vorstand: Prof. Dr. Dr. P. U. Unschuld

DIE DANZIGER CHIRURGENGILDE IM 17. UND 18. JAHRHUNDERT IM

VERGLEICH MIT DEN VERHÄLTNISSEN IN ANDEREN HANSESTÄDTEN

Dissertation

zum Erwerb des Doktorgrades der Medizin
an der Medizinischen Fakultät der
Ludwig-Maximilians-Universität zu München

Vorgelegt von
Marek Buczkowski
aus Klodzko

1988

Mit Genehmigung der Medizinischen Fakultät
der Universität München

Berichterstatter: Prof. Dr. h. c. H. Goerke

Mitberichterstatter: Priv.-Doz. J. Wilmanns-Grunwald

Dekan: Prof. Dr. Dr. h. c. W. Spann

Tag der mündlichen Prüfung: 7. April 1988

INHALTSVERZEICHNIS

I. Einführung.....	5
II. Das Amt der Barbieri in Danzig vor dem 17. Jahrhundert (Entstehung, Satzung, Organisation und Verhältnis zum Stadtrat).....	7
III. Die Anfänge der Barbiergilden in anderen Hansestädten..	13
IV. Die Danziger Chirurgen im 17. und 18. Jahrhundert im Vergleich mit den Verhältnissen außerhalb Danzigs	
1.a) Lehrlinge.....	17
b) Barbierlehrlinge außerhalb Danzigs.....	24
2.a) Gesellen.....	26
b) Barbiergesellen außerhalb Danzigs.....	33
3.a) Meister. Der Erwerb einer Praxis und die Meisterprüfung.....	37
b) Barbiermeister außerhalb Danzigs.....	44
V. 1. Tätigkeit der Barbieri.....	48
2. Das Arbeitsgebiet der Barbieri außerhalb Danzigs....	53
VI. 1. Fremde, in die Danziger Zunft inkorporierte Chirurgen und "freie Meister".....	57
2. Fremde Chirurgen, Freimeister und Pestbarbiere in anderen Ostseestädten.....	60
VII. 1.a) Chirurgen als Schwarzarbeiter. Kampf gegen die Konkurrenz der Kurpfuscher und Henker.....	63
b) Kurpfuscher und Henker außerhalb Danzigs.....	69
2.a) Auseinandersetzung mit der Konkurrenz der Bader...	73
b) Bader außerhalb Danzigs.....	76
VIII. 1. Die Kapelle und die Begräbniskasse der Danziger Zunft.....	79
2. Die Kapellen der Heiligen Kosmas und Damian in anderen Hansestädten.....	81
IX. 1. Der Niedergang und die Auflösung der Danziger Zunft.	83
2. Die letzten Jahre der anderen Barbierzünfte.....	87
X. Zusammenfassung.....	89
XI. Anmerkungen.....	91
XII. Literaturverzeichnis.....	102
XIII. Lebenslauf.....	109



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41554816_0071

I. EINFÜHRUNG

Erst vor 100 Jahren wurde die Chirurgie mit der Medizin wiedervereint. Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts übten sie die Handwerker, sog. Wundärzte, aus. Sie waren bis jetzt für die Forscher weniger interessant als die an den Universitäten ausgebildeten Ärzte. Sogar die Entwicklung anderer Handwerksberufe wurde besser erforscht. Trotzdem findet man mehr oder weniger ausführliche Arbeiten über die Barbierchirurgenzünfte fast aller Ostseestädte. Sie erschienen hauptsächlich in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts.

Über Danziger Wundärzte wurde dagegen bis in die 50er Jahre praktisch nichts geschrieben. Allein schon die Geschichte der Stadt Danzig ist dabei sehr interessant. Die geographische Lage sowie der besondere politische und wirtschaftliche Status ermöglichte einen Aufstieg zur mächtigsten unter den nordosteuropäischen Städten *(1). Enge Beziehungen zu fast allen europäischen Ländern führten zu einer modernen, aufgeschlossenen und selbstbewußten Haltung der Danziger Bürger. Sie spiegelte sich auch im Leben der Zünfte.

Die erste Arbeit, die sich mit den Verhältnissen, die in der Danziger Barbierchirurgenzunft herrschten, befaßte, erschien im Jahre 1957 in polnischer Sprache mit einer französischen und deutschen Zusammenfassung und stammt von Stanislaw Sokol *(2). Er stützt sich in seiner Arbeit auf häufig noch unveröffentlichte Dokumente, die sich in der Bibliothek "PAN" (Polnische Akademie der Wissenschaften) und im Danziger Staatsarchiv befinden.

Die einzige Arbeit, die die Verhältnisse in verschiedenen Zünften vergleicht, stammt von Walter von Brunn *(3). Er beschränkte sich aber nur auf die sechs sog. wendischen Städte *(4). Die Ostseestädte haben in ihrer Entwicklung oft gemeinsame Erfahrungen gemacht. Die überwiegend deutschsprachigen Handwerker stammten hauptsächlich aus den anderen Hansestädten *(5). Durch den Vergleich aller Zünfte des Ostseeraumes bekommt man ein vollständigeres Bild der Danziger Wundärzte.

Diese Arbeit sollte möglichst ausführlich das Leben der Danziger Barbierchirurgen, das in der deutschsprachigen Literatur noch wenig berücksichtigt wurde, darstellen und zugleich mit den Verhältnissen in anderen Ostseestädten vergleichen. Da in den meisten Orten die Barbierchirurgen ähnlich vorgingen, haben wir nur die Unterschiede deutlich gemacht. Die Hansestadt Hamburg erwähnen wir wegen der engen Zusammenarbeit mit den benachbarten Ostseestädten, insbesondere Lübeck. In Hamburg gelang es uns während eines dreimonatigen Aufenthaltes auf viele interessante Materialien über fast alle Ostseestädte zu stoßen, was meine Arbeit in einem hohen Maße bereicherte.

Die Idee zu dieser Arbeit, sowie die praktische Betreuung in allen ihren Phasen, kam von Prof. Heinz Goerke. Ohne seine Unterstützung hätte sie nicht entstehen können. An dieser Stelle möchte ich mich herzlich dafür bedanken.

II. DAS AMT DER BARBIERE IN DANZIG VOR DEM 17. JAHRHUNDERT (ENTSTEHUNG, SATZUNG, ORGANISATION UND VERHÄLTNIS ZUM STADTRAT)

Im 11. Jahrhundert kam in Europa das Tragen von Bärten in gewissen Kreisen in Verruf. Kein Adeliger konnte seit dieser Zeit in den Ritterstand aufgenommen werden, der sich nicht den Bart hatte abscheren lassen. Diese, zuerst nur in Klöstern übliche Gewohnheit, führte dazu, daß mehr Barbieri benötigt wurden und sie sich zu Innungen und Zünfte zusammenschlossen *(6).

1163 wurde auf dem Konzil zu Tours den Mönchen die chirurgische Tätigkeit bei Strafe des Kirchenbannes untersagt. Papst Innozenz II., der das mittelalterliche Papstum auf den Gipfel seiner Macht führte und die kirchenpolitische Gedanken Gregors VII. vollendete, untersagte 1211 den Klerikern und Mönchen jegliche ärztliche Tätigkeit. Bis dahin hatten die Mönche bevorzugt die Heilkunde ausgeübt. Durch einen Beschluß des vierten Laterankonzils (1215) wurde erneut den Klerikern, die höhere Weihen empfangen hatten, ausdrücklich die Vornahme chirurgischer Eingriffe verboten.

Diese Tatsachen führten zur Spaltung der Heilkunde in Ärzte für innere Krankheiten und solche Barbieri, die die chirurgische Tätigkeit übernahmen. Bis zum 11.-12. Jahrhundert gehörte die Chirurgie zur gesamten Heilkunde. Später sahen die Ärzte auf die Chirurgie mit Geringschätzung herab, sie galt als minderwertige Handarbeit. Die Universitäten legten das Schwergewicht auf die theoretische Ausbildung. Die Barbierchirurgen erhielten nur eine handwerkliche Ausbildung. Sogar die übrigen Zünfte, die schon im 10. Jahrhundert entstanden, weigerten sich die Söhne von Barbieren aufzunehmen und setzten sie damit Leibelgenen und unehelichen Kindern gleich. Zu dieser Einstellung mag beigetragen haben, daß vielfach Henker, die auf der untersten Stufe der gesellschaftlichen Rangordnung standen, erfolgreich auch chirurgische Eingriffe vornahmen. Diese Verhältnisse änderten sich erst im 16. Jahrhundert, nachdem durch die kaiserliche Reichspolizeiordnung die Barbieri für frei und zunftfähig

erklärt worden waren *(7). Im Mittelalter konnten Chirurgen nur in Paris eine akademische Ausbildung erhalten und waren dann fast mit den Ärzten gleichgestellt. Die französischen Barbieri übten, wenn überhaupt, nur kleine Chirurgie aus.

In Danzig entwickelte sich die Barbierchirurgie als Handwerk. Erst nach der Gründung des Danziger Gymnasiums (1558) erhielten die Barbieri die Möglichkeit Anatomieunterricht zu erhalten. In England war dies schon seit 50 Jahren Pflicht. Andererseits hat die Danziger Zunft der Barbieri noch 1806 offiziell erklärt, daß das Rasieren zu den chirurgischen Operationen gehöre wie das Aderlassen *(8).

Als Zunft (Gilde, Amt, Gewerk) *(9) sind die Barbieri in Danzig zuerst urkundlich im Jahre 1454 nachweisbar. In diesem Jahre haben sie ihre erste Satzung erhalten. Schon vorher hatten die Weber (1377), die Bader (1398) und die Schneider (1399) eigene Satzungen *(10). Aus einem Brief vom 24. Juni 1806, den die Chirurgen dem Stadtrat vorlegten, erfahren wir, daß: "die Chirurgische Societät schon im 13. Jahrhundert von den Kreuzherren privilegiert" worden sei *(11). Dazu fehlen aber die schriftlichen Beweise. Da sonst niemals solche Privilegien erwähnt worden sind, ist diese Angabe fragwürdig. Die Namen einzelner Chirurgen sind in den seit 1354 geführten Grundzinsbüchern der Stadt Danzig verzeichnet. Dort findet man die Namen der Handwerker, die sich in Danzig niederließen, und unter ihnen die Barbirasor, Barbir, Bartscherer und Scherenbecke, oder manchmal neben dem Namen die Bezeichnung barbitonsores oder chirurgi *(12).

In der ersten Jahren des 15. Jahrhunderts ließen sich besonders viele Barbieri in Danzig nieder *(13). Die vergrößerte Konkurrenz mußte die materielle Existenz der Handwerker gefährden. Dieser Zustand führte auch in anderen Städten Europas immer zur Gründung einer Berufsorganisation, die die Interesse ihrer Mitglieder schützen sollte. Dazu kamen auch die politischen Ereignisse. Schon 1416 erlebte Danzig schwere soziale Unruhen. Die Handwerker und das Proletariat erhoben Vorwürfe gegen das Stadtpatriziat. Im Jahre 1456 sind wegen der hohen Steuern unzufriedene Bürger gegen den Rat aufgetreten. Einige von ihnen kostete dieser Aufstand das

Leben, darunter waren auch zwei Chirurgen: Kasper - wahrscheinlich Kasper Blumenow - und Jan *(14). Schließlich wurde Danzig seit 1440 im Bund der preußischen Städte auch gegen den Deutschen Ritterorden tätig. 1454 unterstellte sich die Stadt der Oberhoheit des Königs von Polen, der dem Stadtrat mehr Hoheitsrechte zubilligte als dies der Deutsche Orden getan hatte *(15). Diese politischen Selbständigkeiten prägten die Beziehungen zur polnischen Krone bis 1793. Unter diesen Umständen nahmen die Barbieri die Gelegenheit wahr sich als Zunft ihre Rechte anerkennen zu lassen.

Die Zunft bekam am 27. März 1454 ihre erste Satzung. Das Original dieses Statuts war schon am Ende des 18. Jahrhunderts schwer beschädigt und ist später völlig verloren gegangen. Nur eine Notiz aus dem 16. Jahrhundert im Zunftbuch, die dieses Statut als erstes erwähnt, blieb bis heute erhalten *(16). Die Satzung regelte das innere Leben der Zunft, das Verhältnis der Meister zu den Gesellen und Lehrlingen, die Regel des Erwerbens eines Meistergrades und die Überwachung durch den Rat.

1457 wurden die vier Orte - Rechtstadt, Altstadt, Neustadt und Hackelwerk - zu einer Stadt vereinigt. Deswegen gab der Rat für alle Chirurgen in Danzig eine neue Ordnung, denn die bisherige hatte nur in der Recht- und Altstadt Gültigkeit gehabt *(17). Die neue Ordnung soll bessere Bedingungen geboten haben. Worin diese Verbesserungen bestanden haben, läßt sich jedoch nicht nachweisen. Die neue Zunftordnung hatte 32 Artikel und diente als Vorbild für die Statuten der Barbierzünfte in Posen und Krakau. Die nächste und letzte Satzung bekam die Zunft vom Rat am 14. November 1522. Es gibt keine wesentlichen Unterschiede zwischen beiden Dokumenten. König Sigismund I. genehmigte die Danziger und Posener Zunftordnungen schon am 13. Dezember 1519. Der Stadtrat in Danzig bestätigte sie jedoch erst 3 Jahre später. In dieser Zeit traten wieder soziale und auch zusätzlich religiöse Unruhen auf *(18). Der Rat bestätigte am 14. November 1522 die Satzung nicht nur für die Barbieri sondern auch für die anderen Handwerker gilden. Alle diese Statuten haben ähnliche Artikel, die die Wahl der Älterleuten und ihre

Eidesleistung vor dem Rat regelten. Jeder Handwerker mußte auch vor der Niederlassung das Bürgerrecht erwerben und die vorgeschriebenen Waffen besitzen. Die Artikel über Pfuscher waren ähnlich und die Strafen für diejenigen, die gegen die Zunftvorschriften handelten, waren für alle Zünfte gleich. Das bedeutet, daß die Barbieri mit den anderen Handwerkerzünften gleichgestellt waren *(19).

Indem der Rat den Handwerkergilden Rechte verlieh, die ihnen die materielle Sicherheiten boten, leistete er einen wirksamen Beitrag zur politischen Stabilität der Stadt. Immer wieder haben die Zünfte den Kern von Unzufriedenheit und politischen Streitigkeiten gebildet. Am aktivsten dabei waren die Gilden der Schuhmacher, der Bäcker, der Fleischhauer und der Schmiede. Die Barbieri, die in materieller Hinsicht von der politischen und wirtschaftlichen Situation der Stadt unabhängiger waren, sind politisch weniger aktiv gewesen. Die Zunftordnungen enthielten, neben den Artikeln, die das innere Leben der Gewerke regelten, auch Vorschriften, die eine Überwachung der Tätigkeit der Handwerker durch die Stadtregierung ermöglichten. Dafür gab es einen, aus dem Kreis der Stadträte ernannten Zunftpätron. Ohne sein Wissen durfte keine Zunftversammlung stattfinden. Er entschied auch bei Streitigkeiten unter den Zunftmitgliedern (Art. 31 der Ordnung von 1457 und Art. 36 der von 1522). In seiner Anwesenheit wurde auch der Bericht der abtretenden Älterleuten vorgelesen. Der Patron sollte das Bindeglied zwischen der Zunft und den Stadtbehörden bilden. Diese Stelle wurde in jedem Jahr neu besetzt.

Zur besserer Kontrolle diente auch das Recht des Rates der Stadt zur Ernennung der Älterleuten. Diese (zwei) wurden seit dem 17. Jahrhundert unter den schriftlich vorgeschlagenen Kandidaten durch den Stadtrat alljährlich ausgewählt und ernannt. Man weiß nicht genau, ob der Stadtrat im 15. und 16. Jahrhundert ebenso verfuhr oder von sich aus die Älterleute bestimmt hat. Das geschilderte Verfahren garantierte immer einen, dem Rat gehorsamen Zunftvorstand. Die neuernannten Älterleute mußten im Rathaus einen Treue- und Gehorsamkeitseid leisten. Nach dem Text dieses Eides durften die Barbieri nicht

einmal Briefe, die an die Zunft gerichtet waren, ohne Wissen des Rates öffnen und selbst keine Briefe an andere Zünfte senden. Der genaue Wortlauf des Eides ist im Lehrlingsbuch von 1584 aufgezeichnet *(20). Die zwei Älterleute bekamen zur Unterstützung bei ihrer Tätigkeit zwei Beisitzer zugeordnet.

Die beiden Älterleute - der Älteste und sein Vertreter - handelten gemeinsam. Die Kiste, in der sich die Zunftrolle, das Amtssiegel und das Geld des Amtes befand, wurde bei dem Ältesten aufbewahrt. Die Schlüssel jedoch besaß sein Vertreter. Diese Regelung wurde durch Beschluß vom 21. Februar 1588 eingeführt. Aus diesem Text geht hervor, daß schon zu dieser Zeit die Zunft über ein eigenes Amtssiegel verfügte. Bis jetzt ist jedoch noch kein Abdruck dieses frühen Siegels aufgefunden worden. Die erhaltengebliebenen Abdrücke stammen von späteren Siegeln aus dem Jahre 1663. Das erste von diesen ist rund, der Durchmesser beträgt 3,5 cm. Es trägt am Rande die Inschrift: "Sig. Coll. Chirurg. Dantisci 1663". Oben befindet sich die königliche Krone. Unten die Eule, zwischen der Krone und Eule - die Steinzange, rechts - ein Operationsmesser, links - ein Salbenspatel. Das zweite Siegel ist oval 3,5 x 3 cm, enthält dieselbe Inschrift und das gleiche Motiv. Das dritte Siegel, 3 x 3 cm groß, mit gleicher Inschrift aber ohne Jahresangabe, zeigt in der Mitte ein Rasiermesser, eine Steinzange und einen Schröpfkopf *(21).

Beide Älterleuten hatten Anspruch auf den Ehrenplatz zwischen den zehn berufsältesten Meistern. In den letzten Jahren des Bestehens des Amtes wurden die Älterleute sogar für ihre Tätigkeit entlohnt und zwar 1814 mit 60 Gulden und 1815 mit 100 Gulden für jeden *(22).

Der Ältermann berief alle drei Monate die Meisterversammlung ein. Sie fand in seiner Wohnung statt. Die Anwesenheit war für alle Chirurgen Pflicht. Dabei mußte es oft zu Streitigkeiten und Schlägereien gekommen sein, weil in der Zunftordnung Geldstrafen für solche Fälle vorgesehen waren. Derjenige, der mit einem Messer erschien, mußte 1 Schilling bezahlen und der, der es benutzen wollte, 1 Wachsstein. Jedes Jahr mußte die Satzung verlesen werden, damit niemand sich mit Unkenntnis entschuldigen konnte.

Die Älterleute mußten auch das "Stangengeld", die Gebühr für die Berufserlaubnis, erheben. Dieses Gebühr betrug 1/2 Mark für jede Barbierstube. Das Wort "Stangengeld" kam daher, weil an einer Stange vier Becken als Berufsinsignien ausgehängt werden durften. Die andere Handwerker, außer den Hutmachern, bezahlten Fenstergeld, weil sie ihre Insignien im Schaufenster auslegten. Die Gebühr mußte alljährlich am Tag des Heiligen Johannes an die Stadtkasse abgeführt werden. Die Beträge veränderten sich. Im Jahre 1588 bezahlte die Zunft 80 Gulden, seit 1706 leistete sie Abgaben in Höhe von 13,5 Gulden jährlich *(23).

Jeder Meister hatte als Bürger auch Verpflichtungen gegenüber der Stadt. Da der Besitz des Bürgerrechts Voraussetzung für die Ausübung des Chirurgenberufes war, waren die Barbieri auch als Bürger den gleichen Pflichten wie andere Zünfte unterworfen *(24). In Art. 3 der Ordnung von 1457 und Art. 2 der von 1522 war die vorgeschriebene militärische Ausrüstung erwähnt. Sie bestand aus Helm und Armbrust. Es war verboten, diese Rüstung zu verkaufen oder zu verleihen. Über die Pflicht des persönlichen Waffenbesitzes finden sich in den Chirurgenstatuten von Krakau und Posen keine Anordnungen. Ihre Unabhängigkeit mußte die Stadt Danzig mit eigenen Streitkräften im Notfall verteidigen können. Die Teilnahme an Schießübungen hat der Stadtrat noch 1643 in einer Verordnung erneut als Bürgerpflicht bestätigt *(25).

Als lästige Verpflichtung empfanden die Barbieri die Teilnahme am Waffendienst, von dem nur die Stadtratsmitglieder, die Ärzte und die Gymnasiallehrer befreit waren. Nur 1734, während der russischen Belagerung der Stadt, wurden die Chirurgen wegen übermäßiger Arbeitsbelastung von dieser Pflicht befreit.

III. DIE ANFÄNGE DER BARBIERGILDEN IN ANDEREN HANSESTÄDTEN

Die erste Barbieri wurden in Danzig 1354 erwähnt. Dagegen findet man schon 1260 in Rostock, 1270 in Stralsund und 1275 in Lübeck in den Bürgermatrikeln die Vertreter dieses Berufes erwähnt *(26). Die Vernichtung aller Schriftstücken im Jahre 1308 in Danzig könnte diese zeitlichen Unterschiede erklären *(27). Erst mit der Bildung der Zünfte sind überall mehr schriftliche Dokumente über die Handwerkerschaft überliefert. Deswegen sagt das Datum der Zunftgründung mehr über die Entwicklung des Standes in verschiedenen Orten. Die erste Satzung bekamen die Barbieri in Danzig im Jahre 1454, also früher als die Zunftgenossen in anderen Ostseestädten (Rostock 1470, Lübeck 1480, Greifswald 1483, Riga 1494, Wismar 1509, Königsberg 1517, Reval 1529, Stettin 1553, Stralsund vor 1560, Stockholm 1571, Kopenhagen 1577 und 1684 und Memel 1705) *(28). Nur im hansischen Hamburg bekamen sie 1452, zwei Jahre vor den Danziger Meistern, ihre erste Rolle *(29).

Die Satzungen wurden auf Pergament oder Papier in Niederdeutsch geschrieben, um einen Holzstab gerollt und in der Lade oder Kiste aufbewahrt. Sie wurden vom Stadtrat, manchmal auch vom König (Danzig, Stockholm), oder Hochmeister des Deutschen Ordens (Königsberg) bestätigt. Alle waren bis zur Reformation und in Lübeck auch noch danach stark religiös geprägt *(30). Mit zwei Ausnahmen existierten die Zünfte seitdem ungebrochen. In Stralsund starben 1629 alle Barbieri an der Pest und die Zunft wurde im nächsten Jahr neugegründet. Die Revaler Zunft bekam ihre Rolle erst 1544 auf 10 Jahre bestätigt. Über 100 Jahre, bis 1669, existierten die Barbieri ohne offizielle Bestätigung als Amt. 1669 bekamen sie wieder die Rechte auf 10 Jahre. Die letzte Rolle von 1690 war bis 1763 ohne Änderungen in Kraft *(31).

Inhaltlich waren die Rollen nicht nur den Barbiersatzungen aus anderen Städten aber auch den meisten örtlichen Handwerkstatuten ähnlich. Sie bestimmten die innere Organisation der Zunft, das Verhältnis zum Stadtrat und die Abwehrmaßnahmen gegen Konkurrenz. Die Rolle regelte die Rechte

und die Pflichten aller Meister. Sie waren unmittelbar von der Stärke der Zunft einerseits und des Rates anderseits abhängig.

Die Vollversammlung wurde mindestens zweimal jährlich vom Ältesten zusammengerufen. In Danzig fand sie alle 3 Monate, in Lübeck zweimal jährlich als Versammlung ("Quartal", zu Ostern und Michaelis) und zweimal als Geselligkeit (zu Weihnachten und am 27. September, dem Tag der Schutzheiligen Kosmas und Damian), statt. Die Häufigkeit der Zusammenkünfte war von der Größe und Aktivität der Zunft bestimmt. In der Städten mit einem starken Rat (Danzig, Stralsund, Riga) wurde die Versammlung immer in Anwesenheit von zwei Mitgliedern des Stadtrates geführt. Diese Ratsmitglieder wurden als Patronen, Ratsherren, Wetteherren (Rostock, Lübeck), Richteherrn (Hamburg), Kammerherren (Stralsund) oder Herren (Danzig) bezeichnet *(32). In Lübeck wurde den Wetteherren nur alle zwei Jahre die Rolle von den Älterleuten vorgelesen. Diese Versammlung hieß "Morgensprache". Der Rat verhinderte damit unerlaubte Änderungen und Eintragungen in die Satzung. Dabei erschienen alle Meister, zwischen 1787 und 1826 nur der Älteste. Die "Quartale" wurden dagegen ohne Ratsherren durchgeführt *(33). In Rostock, Reval und Königsberg durfte die Zunft auch ohne Anwesenheit der Patrone tagen. Die Versammlungen fanden entweder in der Kirche oder in der Wohnung der Ältesten (Danzig, Lübeck) statt. Nur die Königsberger Barbieri besaßen ein eigenes Haus.

Die zwei Älterleute wurden nach dem Vorschlag der Zunft in Danzig und Lübeck vom Stadtrat gewählt. In Königsberg unterstanden die Barbieri bis 1766 der Gerichtsbarkeit der Universität und brauchten kein Bürgerrecht zu besitzen. Deswegen waren sie auch bei der Wahl der Älterleuten vom Rat unabhängig. Erst seit 1766 erhielten sie volles Bürgerrecht *(34). Der Älteste in Stralsund übte zusätzlich das Amt des Stadtchirurgen aus. In Stockholm trug er den Titel Direktor und war zugleich Aufsichtsbeamter und Oberaufseher aller Feldschere des Heeres und der Flotte. Zwei gewählte Beisitzer halfen den Älterleuten, insbesondere bei der Rechnungsführung. Die Königsberger Zunft beschäftigte sogar einen besoldeten Schreiber (Notar), der die gesamte Korrespondenz und

Rechtsstreitigkeiten erledigte. Die Revaler Zunft wählte nur einen Ältermann und einen Beisitzer. Fast überall legten die Älterleute vor dem Stadtrat einen Eid ab. Die Meister mußten das städtische Bürgerrecht erwerben. Andere Verhältnisse herrschten nur in Königsberg und Stockholm, wo die Barbieri fast unmittelbar dem Fürsten unterstanden *(35).

Mit dem Bürgerrecht bekamen die Handwerker auch die üblichen Pflichten. In Rostock sollte die Zunft 6 Bewaffnete (Meister oder Söldner) stellen *(36). Hier und in Riga bezahlte jeder neuernannte Meister "Harnischgeld". In Stralsund wurden die Barbieri verpflichtet statt des Vorhaltens von Rüstung einen Feldscher zur Verfügung zu stellen. Nach dem 30-jährigen Krieg bezahlten auch sie Harnischgeld und 1680 sollten sie sogar die Fenster für das Rathaus stiften *(37). In Lübeck wurden die Barbieri zum Waffendienst auch außerhalb des Landes (andere Bürger verteidigten nur ihre Stadt) verpflichtet. Dazu mußten sie Waffen für die Rüstkammer kaufen und an Schießübungen teilnehmen *(38). Die Gestellung eines Feldschers wurde in Kriegszeiten fast überall von der Zunft verlangt. Diese Verpflichtung wurde auch in den Rollen festgelegt (Lübeck 1480, Riga 1494).

Die Abhängigkeit vom Stadtrat war nicht überall gleich. Alle Meister hatten das sogenannte Stangengeld, eine Art der Steuer, zu entrichten. Dieses wurde den Ratsherren übergeben. In meisten Städten entschieden die Patronen auch bei Streitigkeiten innerhalb der Zunft und erhielten einen Teil des Strafgeldes (Wette = Strafe). In Danzig und Lübeck durften die Meister sogar in Abwesenheit der Ratsherren keine Briefe an auswärtige Zünfte schreiben oder eröffnen *(39).

Einige Zünfte übten ihre Macht auch außerhalb der Stadt aus. Der Stockholmer Zunft wurden die Zunft in Malmö und alle Freimeister im Land untergeordnet. Die Königsberger Zunft betreute alle Barbieri im ganzen Ostpreußen und als 1704 sechs Meister aus Memel eine eigene Zunft gründeten, erhob sie Widerspruch *(40).

Offenen Widerstand gegen den Stadtrat leisteten sich die Barbieri gemeinsam mit anderen Handwerkern nur selten. In

Lübeck, wo die Handwerker sehr geringen Einfluß auf die Stadtgeschäfte hatten, waren die Chirurgen der Zunft der Schmiede zugeordnet *(41). An Aufständen der anderen Ämter beteiligten sie sich jedoch nicht. Da die Barbieri keine Unterstützung bei der Bekämpfung der Pfuscher erhielten, wollten sie auch nicht gemeinsam gegen den Rat auftreten.

IV. DIE DANZIGER CHIRURGEN IM 17. UND 18. JAHRHUNDERT IM VERGLEICH MIT DEN VERHÄLTNISSEN AUßERHALB DANZIGS

1.a) Lehrlinge.

Die Artikel 15 und 16 der Satzung vom 1522 bestimmten die Grundsätze, nach denen Lehrlinge in die Barbierzunft aufgenommen und ausgebildet wurden. Die Lehre sollte mindestens drei Jahre dauern und durfte nicht unterbrochen werden. Der Lehrling mußte einen bestimmten Betrag (acht Schott) für die Unterhaltung der Zunftkapelle bezahlen.

In Ausnahmefällen wurde die Lehrzeit verlängert, so z.B. 1751. Damals hatte beim Meister Grantzau ein Lehrling den Gesellen beleidigt. Er soll ihn sogar mit einem Messer bedroht haben. Die Gesellenversammlung forderte Genugtuung und der Lehrling wurde mit Verlängerung der Lehre um 6 Monaten bestraft *(42).

Eine Verkürzung der Lehrzeit gab es nicht. Die Zunft konnte jedoch die Lehre bei einem anderen Meister in Danzig oder außerhalb der Stadt anrechnen. Es wurden solche Zeiten von einem oder sogar zwei Jahren anerkannt. Dazu benötigte der Lehrling ein von der Zunft oder dem Stadtrat ausgestelltes Zeugnis. Die Barbieri, die weniger als 3 Jahre Lehrzeit abgeleistet oder bei einem nicht von der Zunft anerkannten Meister ausgebildet waren, erhielten keinen Gesellenbrief. Darüber bestand Einigkeit unter den Zünften in Danzig und anderen Städten des Ostseeraumes wie Lübeck, Kopenhagen, Stockholm u.a.

Nach der Barbierordnung von Danzig sollte kein Meister einen Lehrling annehmen, der seinem Meister entlaufen war. Wer es dennoch tat, oder sogar einen Lehrling von einem anderen Meister abgeworben hatte, mußte 6 Pfund Wachs Strafe bezahlen. Als Ausnahme galt nur der Fall, daß der Lehrling mit seinem früheren und neuen Meister eine einvernehmliche Absprache getroffen hatte. Das mußte im Lehrlingsbuch vermerkt sein. In einem solchen Fall mußte der Lehrling eine Abgabe an die Zunft bezahlen, z.B. 1797 waren dies 20 Gulden *(43). Diese Bestimmung, zusammen mit der Pflicht einer ununterbrochenen Lehre, erschwerte das Wechseln von einem zu einem anderen

Meister. Damit waren auch die Interessen der Meister geschützt, für den ein Lehrling auch eine wertvolle Arbeitskraft darstellte. Für einen mit seinem Meister unzufriedenen Lehrling blieb nur die Möglichkeit der Flucht in eine andere Stadt und dort Beginn der Lehre von Neuem. Das geschah mit dem Niedergang des Barbierchirurgenhandwerks in Danzig im 17. Jahrhundert immer häufiger. Im Jahre 1701 haben von 13 neuen Lehrlingen 6 die Lehre abgebrochen. Auch in anderen Jahren dieser für Barbieri schlechten Zeiten hat jeder sechste bis siebente Lehrling seinen Ausbildungsplatz aufgegeben *(44).

Die Zukunft eines Lehrlings war sogar für den Fall des Todes seines Meisters geregelt. Er konnte bei der Witwe bleiben und weiter den Beruf erlernen. Wenn er das nicht wollte, mußte er den Ältermann um Zuweisung an einen neuen Meister bitten. Die weitere Entwicklung entschied sich ohne seinen Einfluß. Auch der Ältermann selbst konnte den Lehrling annehmen. Wenn er ihn nicht brauchte, durften ihn die Ältermeister und dann die jüngere Meister übernehmen. Wenn keiner der Meister sich bereit erklärte, mußte der Ältermann den Lehrling übernehmen.

Die Namen der Lehrlingen sind seit 1584 im Lehrlingsbuch verzeichnet. In dieser Zeit entstand die Gewohnheit, die Protokolle über die Zunfttätigkeit zu sammeln. Dafür spricht eine Notiz auf der ersten Seite des seit 1589 geführten Zunftbuches *(45).

In das Lehrlingsbuch wurden immer Vor- und Nachname des Lehrlings, Name des Meisters und das Datum des Lehranfangs eingetragen. Außerdem wurde vermerkt, daß die Lehre 3 Jahre lang dauern sollte, der Lehrling die Einschreibengebühr bezahlt hatte und die Geburtsurkunde beigebracht worden war oder noch vorgelegt werden mußte. Wer aus Danzig stammte, bekam dafür 6 Wochen, die anderen 1 Jahr Zeit eingeräumt. Diese lange Zeitspanne für auswärtigen Lehrlinge erklärt sich daraus, daß sie aus verschiedenen Teilen Europas kamen und deshalb war bei den damals möglichen Verkehrs- und Postverbindungen ein Jahr eine angemessene Zeit. Die Zunft konnte selbst in diesen Fällen entscheiden. In einem Fall

wartete man entgegen dem eigenen Beschluß, der die Fortsetzung der Lehre länger als 1 Jahr ohne Beibringung einer Geburtsurkunde verbot, zweieinhalb Jahre lang ohne irgendwelche Konsequenzen zu ziehen.

Ein anderer Lehrling bei demselben Meister brachte sogar bis Ende seiner Lehre keine Geburtsurkunde bei. In diesem Fall drohte die Zunft mit einer Nichtanerkennung der Lehrzeit, wenn nicht innerhalb von 6 Monaten der Lehrling seine Geburtsurkunde vorgelegt hätte *(46).

Das Einschreiben der Lehrlinge führte der Ältermann selbst durch, bei ihm mußten auch die Geburtsurkunden abgeliefert werden. In Ausnahmefällen reichte die Bürgschaft zweier achtbarer Bürger. Sonst mußte die Geburtsurkunde vom örtlichen Stadtrat stammen und mit dem Stadtsiegel versehen sein oder von einer Kirchenbehörde stammen. Der Stadtrat stellte auch eine Urkunde aus, wenn zwei Zeugen unter Eid ausgesagt hatten.

Die Ausnahme bildeten die Kinder des Danziger Waisenhauses. Diese brauchten nach dem Privileg vom 22. August 1552, das der König von Polen Sigismund II. August erteilt hatte, keinen Herkunftsbeweis. Nur ein Lehrling, und zwar im Jahre 1795, stammte aus diesem Waisenhaus *(47).

Die sorgfältige Überprüfung der sozialen Herkunft eines künftigen Chirurgenlehrlings war selbstverständlich. Zu dieser Zeit war der Barbierchirurgenberuf nicht besonders angesehen im Vergleich zu anderen Gewerken. Um ihre Stellung in der Stadthierarchie zu bewahren oder zu verbessern, sorgten die Meister für eine gute Auswahl ihres Nachwuchses. Die Annahme von unehelichen Kindern wie von Söhnen von Henkern, Totengräbern und Nachtwächtern wäre von Nachteil in den Augen anderer Handwerker gewesen. Die Sorge vor solchen Folgen war so groß, daß die Zunft am 28. Mai 1584 vertrauliche Regeln zur Aufnahme von Lehrlinge beschloß. Der Beschluß war so geheim, daß jedem Meister bei Verbreitung seines Inhalts eine hohe Strafe drohte. Jeder neuernannte Meister mußte diesen Beschluß zur Kenntnis nehmen *(48).

Dieser Beschluß wurde noch 1733 befolgt. Es bewarb sich nämlich zu dieser Zeit ein Henkersohn um die Lehrlingsstelle.

Dieser Vorgang löste sogar Unruhen unter den Lehrlingen und Gesellen aus. Die Zunft verweigerte die Aufnahme des Antragstellers. Der Bürgermeister stimmte nach einer Beschwerde der Mutter des Betroffenen der Entscheidung der Zunft zu und bestätigte sie am 27. März 1733.

Erst im Jahre 1779 änderte sich diese Einstellung. Als der Meister Michael Berendt am 15. Mai 1779 einen Henkersohn als Lehrling annahm und ins Lehrlingsbuch einscrieb, verweigerten die Ältermänner ihre Zustimmung. Der Henker appellierte jedoch an den Stadtrat und dieser stimmte am 23. Juli 1779 der Annahme des Lehrlings zu *(49).

Aus diesen Vorgängen ersieht man, daß die Zunft nicht immer ihren überlieferten Grundsätzen folgen konnte. Man versuchte unerwünschten Bewerbern, wenn es nur möglich war, den Zugang zum Beruf zu erschweren. Das geschah auch 1693 im Falle des zum Christentum übergetretenen Türken Abraham Christlieb. Er war 1685 in Gefangenschaft geraten und zum Katholizismus übergetreten. In Danzig fand er einen Barbiermeister, der ihn ausbilden wollte. Die Zunft gab ihm jedoch keine Genehmigung dazu, weil er keine Geburtsurkunde besaß. Der Stadtrat trat dafür ein, den Bewerber zuzulassen und erklärte am 13. Januar 1693, daß der Türke nach der Christianisierung das Gewerbe erlernen dürfte, obwohl er keine Geburtsurkunde besaß. Der Stadtrat wies den Zunftpatron an, das Problem zugunsten des Abraham Christlieb zu lösen. Dieser wartete jedoch das Ergebnis des Verfahrens nicht ab und zog nach Berlin um *(50).

Seit 1770 brauchten die Bewerber aus Preußen eine Genehmigung der Militärverwaltung, wenn sie außerhalb Preußens ein Lehrverhältnis eingehen wollten. Dem entsprach ein Beschluß des Stadtrates vom 10. September 1770. Er wurde offenbar nicht beachtet, denn zwei Jahre später setzte der Stadtrat für die Nichtbeachtung dieses Beschlusses empfindliche Strafen fest und zwar 30 Gulden im ersten, 60 im zweiten und 90 im dritten vorkommenden Fall, die vom Meister zu entrichten waren.

Der Meister mußte jeden neuen Lehrling persönlich beim Ältermann anmelden, der ihn ins Lehrlingsbuch einscrieb.

Dieses Vorgehen war vom Zunftpatron Georg Mehlman am 9. Dezember 1597 mit eigener Eintragung im Zunftbuch festgelegt und nicht nur als reine Formalität gesehen worden. Am 28. Mai 1600 unterrichtete der Meister Paul Gutfeldt den Ältermann Georg Guttjahr, nicht persönlich sondern schriftlich unter Angabe des Namens des Lehrlings davon, daß er diesen annehmen wolle. Der Ältermann verweigerte wegen dieses Verstoßes gegen die Zunftvorschriften die Eintragung. Der Meister sah darin eine persönliche Beleidigung und verklagte den Zunftvorstand beim Stadtrat. Als er dort den Prozeß verlor, wandte er sich an den polnischen König. Erst nach 5 Jahren endete die Auseinandersetzung mit einem Vergleich. Gutfeldt entschuldigte sich bei der Zunft und der Bürgermeister erteilte ihm dafür das Recht, in Ausnahmefällen in Zukunft Lehrlinge mit der Vermittlung seines Gesellen einzuschreiben *(51).

Die Söhne der Danziger Barbierchirurgen besaßen besondere Privilegien. Sie brauchten keine Geburtsurkunde vorzulegen, was auch für Söhne bekannter Bürger der Stadt galt. Man bemerkte nur im Lehrlingsbuch beim Namen, daß die Herkunft des Lehrlings allgemein bekannt war, oder daß er mit den gewöhnlichen Rechten für die Barbiersöhne eingeschrieben wurde. Die Meistersöhne brauchten auch keine Einschreibgebühr zu bezahlen. Erst nach dem 17. September 1671 mußten sie eine ermäßigte Gebühr bezahlen.

Die Meister unterlagen keiner Beschränkung beim Einschreiben der eigenen Söhne. Wenn der Meister gestorben war, durften seine Söhne ohne weiteres bei anderen Meistern lernen. Das garantierte die Fortsetzung des Familienberufes. Die Meister benutzten auch oft die Gelegenheit, wenn sie den Posten des Ältermannes innehatten, um ihre Söhne einzuschreiben. Aus dem Lehrlingsbuch kann man ersehen, daß in einem Tag ein Meister seine 3 oder sogar 4 Söhne einschrieb, wie das Meister Stolterfoth 1741 tat *(52). Bis 1660 gab es wahrscheinlich keine Bestimmungen über die Zahl der Lehrlinge, die ein Meister haben durfte. 1660 wurde deren Zahl auf zwei beschränkt. Diese Festlegung galt jedoch nicht für die Söhne von Meistern. Solche Beschränkungen dienten der gerechten

Verteilung der Lehrlinge unter den Meistern und beschränkten auch die Zahl des Nachwuchses.

Bei der Wahl der Meister hatten sein Ruf und seine Herkunft eine Bedeutung. Man wählte gern einen Meister, der aus der Heimat des Lehrlings stammte. Das war nicht immer möglich, da die Bewerber aus ganz Europa kamen. 1614 waren von 12 Neueingeschriebenen nur 2 Danziger. Gewöhnlich nahmen in jedem Jahr etwa 10 bis 20 Personen eine Lehre als Barbierchirurg auf. Erst im 18. Jahrhundert verminderte sich diese Zahl. Bis dahin galt Danzig für die Chirurgen als ein besonders beliebter Ausbildungsort. Besonders groß war die Zahl der Lehrlinge, die aus Schweden nach Danzig kamen. Im 17. Jahrhundert stammten 20 Lehrlinge aus Schweden, davon kamen 13 aus Stockholm. Dabei ist zu berücksichtigen, daß damals die Mehrzahl der Barbierchirurgen in Schweden deutscher Abstammung war *(53).

Wahrscheinlich gab es in Danzig keine Altersgrenze für die Lehrlinge. Gewöhnlich nahm man Lehrlinge auf, die das 12. Lebensjahr vollendet hatten. Einmal begann ein Zehnjähriger mit der Lehre. Dadurch wurde das Bildungsniveau von selbst herabgesetzt. Im Laufe der Zeit wurden die Chirurgen reicher und wollten auch ähnlich dem Patriziat handeln. Deswegen schickten sie auch ihre Söhne auf Gymnasium, wo man im Schülerbuch die Namen der späteren Meister findet. Seit dem Ende des 16. Jahrhunderts lernten sie oft vor Beginn der Lehrlingszeit dort Latein und Anatomie *(54). Anatomieunterricht fand nur zwei Mal wöchentlich in den Jahren 1606-1607, 1616-1617, 1619-1620 statt. Erst seit 1731 wurde er regelmäßig vom Dr. Johann Adam Kulmus, der auch die "Tabulae anatomicae" herausgegeben hat, erteilt *(55). Kulmus unterstützte die Vorlesungen mit Leichenobduktionen. Die "Tabulae anatomicae" wurden in lateinischer Sprache und im Jahre 1741 auch in deutscher Übersetzung herausgegeben. Auf Grund dieses Lehrbuches entstand das Kompendium für Chirurgen. Es gab eine lateinische und eine deutsche Ausgabe unter dem Titel: "Examen der chirurgischen Lehrlinge". Das Kompendium bestand aus 102 Fragen und Antworten aus dem Gebiet der Anatomie und Chirurgie und wurde wahrscheinlich persönlich von

den Lehrlingen abgeschrieben. Einen Band besaß die Zunft selbst. Dieses Kompendium war Richtlinie bei den Abschlußprüfungen.

In der deutschen Fassung wurden die Fachausdrücke auch in lateinischer Sprache angegeben. Der Anatomische Teil mit 61 Fragen beschäftigte sich mit dem Aufzählen von Organen und Körperteilen ohne Informationen über ihre Funktion. Die Antwort auf die erste Frage bezeichnete den Chirurg als einen "Diener der Natur".

Der zweite, der Chirurgische Teil, begann mit einer allgemeinen Definition der Aufgaben der Chirurgie. Sie wurde als ein Teil der Medizin bezeichnet. Sie sollte lehren, wie man mit der Hilfe von Händen und Werkzeugen die Gesundheit des Menschen erhalten oder wiederherstellen kann. Dann kamen praktische, sehr allgemein gehaltene Fragen. Die letzte Frage betrifft die Maßnahmen bei einer, während das Aderlassen aufgetretenen Verletzung von Nerven, Arterien oder Sehnen. Der Chirurg sollte eine örtliche Behandlung vornehmen, sich aber nicht anmerken lassen, daß ein eigener Fehler vorlag *(56).

Nach dreijähriger Lehre nahm der Meister mit seinem Lehrling an der Meisterversammlung teil, die alle 3 Monaten stattfand. Nach der Erklärung des Meisters über Beendigung der Lehre und Bezahlung von 4 Gulden als Gebühr, bekam der Lehrling das Abschlußzeugnis *(57). Bei Beendigung der Lehre zu einem anderen Zeitpunkt war seit 1720 eine Anerkennung nur möglich, wenn 15 Gulden erlegt wurden. Damit endete die erste und vielleicht schwierigste Periode im Leben eines Chirurgen.

IV. 1.b) Barbierlehrlinge außerhalb Danzigs.

Bei der Aufnahme von Lehrlingen verlangte man gewöhnlich die Geburtsurkunde. Überall wurden nur ehelich geborene Männer, deren Väter "ehrliche" Berufe ausübten, aufgenommen *(58). In Lübeck waren auch deutsche Herkunft und die christliche Konfession Voraussetzung *(59). Es durfte kein Hindernis gegen den späteren Erwerb des Bürgerrechts vorliegen. In Stralsund stellte man deswegen den Kandidaten dem Rat vor und ließ dort entscheiden, ob er aufgenommen werden könne. Wir finden keine Ausnahme von dieser Regel. Die für die Danziger Waisenkinder getroffene Regelung, ohne Geburtsurkunde in eine Lehre treten zu dürfen, findet sich in anderen Städten nicht wieder.

Die Geburtsurkunde sollte beim Einschreiben vorgezeigt werden. In Stettin verlangte man zusätzlich die Namen von zwei Bürgen, die im Falle des Entlaufens für den Lehrling hafteten. Der Ältermann schrieb den neuen Lehrling persönlich in das Lehrlingsbuch ein (Stralsund, Stettin, Stockholm) und erhielt dafür die Einschreibgebühr (Stralsund, Rostock). In Reval wurde von Armen eine ermäßigte Gebühr gefordert. Alle Lehrlinge sollten binnen 14 Tagen in das Lehrlingsbuch eingetragen werden. Diese Zeit bedeutete auch eine Probezeit (Stralsund, Königsberg). In Lübeck dauerte sie 4 Wochen. Das Lehrgeld wurde in Lübeck dem Meister nach einer privaten Vereinbarung bezahlt. Danach wurde der Lehrling als Familienmitglied betrachtet.

Die Lehre dauerte gewöhnlich drei aufeinander folgende Jahre und konnte bei groben Vergehen verlängert werden *(60). Nur in Stettin und Stralsund betrug sie 2 Jahre. In Königsberg konnte die Lehrzeit mit Zustimmung der Zunft verkürzt werden. In Lübeck gab es praktisch keine feste Regel. Die Lehrzeit wurde zwar auf 3, höchstens 5 Jahre festgelegt, jedoch befolgte man nicht immer diese Vorschrift. Badergesellen wurde gegen eine Gebühr eine verkürzte Lehrzeit zugestanden. Barbiermeistersöhne konnten sogar in einem Tag ein- und ausgeschrieben werden. Auch andere Lehrlinge konnten mit Erlaubnis des Senates gegen Gebühr und ohne besondere Gründe

ihre Lehre verkürzt bekommen. In diesen Fällen fragte man auch bei der Zunft in Hamburg an, ob sie Einwände habe und stellte den Lehrbrief erst nach 3 Jahren aus *(61).

Die Zahl der Lehrjungen wurde meistens auf 2 beschränkt. In Stockholm durfte der Ältermann ausnahmsweise 3 Lehrlinge halten. In Königsberg war die Zahl ursprünglich unbeschränkt, seit 1692 auf 2 und in Provinzstädten auf einen begrenzt. In Stralsund und Lübeck wurde seit der Mitte des 18. Jahrhunderts die Lehrlingszahl nicht mehr festgelegt, jedoch hatte nicht jeder Meister ständig einen Lehrling.

Entlaufene Lehrlinge bekamen normalerweise keine Anstellung mehr und sie erhielten keine Zeugnisse über ihre Lehre. In Lübeck wurden diejenige, die in die dänische Armee geflohen waren, milde bestraft. In Rostock durfte, wenn der Meister am Fortlaufen schuldig war, dieser erst nach der beendeten Lehrzeit einen neuen Lehrling aufnehmen.

Die Lehrlinge beschäftigten sich meistens nur mit dem Rasieren. Sie arbeiteten in Stralsund 14,5 Stunden lang und rasierten in dieser Zeit bis zu 95 Kunden. In Rostock entstand im 16. Jahrhundert eine eigene Rolle der Barbierlehrlingen. Sie beschreibt die Tagesordnung und alle gewünschten Eigenschaften des Lehrlings *(62). Aus dem Bereich der Chirurgie konnten sie weder theoretisch noch praktisch Kenntnisse erwerben. Dazu hatten sie wohl auch keine Zeit. Nur in Stockholm und Danzig gab es handgeschriebene Kompendien für die Lehrlinge *(63). In Königsberg war im 18. Jahrhundert ein größeres Interesse der Zunft an Büchern und Skeletten zu erkennen, die der besseren Ausbildung der Lehrlinge dienen sollten. Eine Abschlußprüfung wurde nur in Lübeck in den Jahren 1733 bis 1798 durchgeführt. Sonst stellte man ohne Prüfung nach der vorgeschriebenen Lehrzeit den Lehrbrief aus.

IV. DIE DANZIGER CHIRURGEN IM 17. UND 18. JAHRHUNDERT IM VERGLEICH MIT DEN VERHÄLTNISSEN AUßERHALB DANZIGS

2.a) Gesellen.

Bevor ein Lehrling nach Abschluß der Lehre zum Geselle bestellt wurde, vergingen meist noch einige Monaten, was nicht in den Statuten geregelt war. In Danzig sind drei Bezeichnungen für diese Zwischenstellung nachgewiesen: Stubengeselle, Mittlergeselle und Halbgeselle. Der Begriff Stubengeselle stammte aus 18. Jahrhundert. Da 1759 Meister Breslau seinen Stubengeselle zum Mittlergeselle befördern wollte, kann man vermuten, daß der Stubengeselle die niedrigste Stelle in der Gesellenhierarchie bezeichnete. Über Mittlergeselle und Halbgeselle wissen wir schon mehr. Mit diesen Begriffen, die gleichbedeutend waren, bezeichnete man den absolvierten Lehrling, der noch für ein halbes Gesellengehalt bei seinem Meister arbeitete. Das wurde manchmal schon bei der Einschreibung festgelegt. 1584 nahm Meister Georg Hoffmann einen Jungen an, der zu einer ungewöhnlich langen, nämlich 5-jährigen Lehre verpflichtet wurde, danach sollte er ein Jahr als Halbgeselle dienen *(64). Üblich war eine halbjährige Tätigkeit dieser Art, die eine geringere Bezahlung bedeutete, um die Lehr- und Verpflegungskosten damit zu begleichen.

Die Halbgesellen wurden auch in den Zunftbeschlüssen erwähnt, so z. B. am 4. Juni 1589, als die Zunft neben den Gesellen auch den Halbgesellen die Kontakte mit den, zur Leichenschau verpflichteten Chirurgen verbot *(65).

Nicht alle Lehrlinge wurden als Halbgeselle tätig. Wahrscheinlich hatten die Eltern in diesen Fällen die Lehrkosten erstattet.

Meistens suchten sich Lehrlinge nach Abschluß ihrer Lehrzeit aber einen Meister. Jeder Geselle, der die Meisterprüfung ablegen wollte, mußte eine mehrjährige Tätigkeit bei verschiedenen Meistern nachweisen. Die damit verbundene Wanderung diente der Erweiterung der Kenntnisse. Danziger Chirurgen haben deshalb in ganz Europa gearbeitet. Vielfach waren Elbing und Thorn die ersten Arbeitsplätze nach

der Lehrzeit in Danzig.

Diejenigen Chirurgen, die nach Danzig kamen, mußten dagegen ein Abschluß- oder Arbeitszeugnis vorlegen. Seit dem 17. Jahrhundert wurde diese Vorschrift streng befolgt. In dieser Zeiten stieg die Zahl der Kurpfuscher und Schwindler, die als Wandergesellen von der Zunft die Unterkunft und Verpflegung bekommen wollten, stark an. Die sorgfältige Überprüfung der Dokumente sollte Mißbräuchen vorbeugen.

Das Arbeitszeugnis war gleichbedeutend mit dem Abschlußzeugnis. Manchmal verweigerten die Meister dem Gesellen die Ausstellung dieses Arbeitszeugnisses. Nach elfjähriger Tätigkeit erhielt der Geselle Behr vom Meister Friedrich Schöller 1759 kein Arbeitszeugnis. Behr als Vertreter der Gesellen verteidigte wiederholt deren Rechte gegenüber den Meistern, so auch in seinem eigenen Falle *(66).

Nicht alle Gesellen, die in Danzig Arbeit suchten, fanden dort eine Stelle. Jeder Meister hielt 2 bis 3 Gesellen, einige arbeiteten bei einem Meister 10 oder mehr Jahre. Jedem Gesellen, der nach Danzig kam und keine Arbeit fand, bezahlte die Zunft vor der Weiterreise Übernachtung und Verpflegung. Um Mißbrauch dieses Anrechts zu erschweren, beschloß der Gesellenverein 1757 Abwehrmaßnahmen. Es sollte ein Gästebuch geführt werden, in dem Unterstützungsempfänger vermerkt werden mußten. Manchmal waren das auch frühere Danzigere Lehrlinge. Aus diesem Gästebuch, in dem sich die Unterstützten bei den Helfern bedankten, geht die Zahl sowie die Herkunft und auch die Armut wandernder Gesellen hervor *(67).

Die in Danzig arbeitenden Gesellen bildeten einen Verein, der eigene Vorschriften hatte. 1564 bekam dieser eine eigene Satzung. Der Gesellenverein war dem Meisterverein ähnlich. An der Spitze stand ein von dem Ältermann für ein Jahr ernannter Geselle. Sein Vertreter wurde von seinen Arbeitskollegen gewählt. Beide sollten für die Unterstützung kranker und armer Kollegen und für die Beachtung der Satzung sorgen. Dafür diente die bei jeder Vollversammlung, die alle drei Monaten stattfand, vorzunehmende Verlesung der Satzung. Die zehn ältesten Gesellen bildeten den Kreis der Tischgesellen. Diese saßen während der Versammlung auf Ehrenplätzen und besaßen

eigene Kelche. Die Tischgesellen wurden nur aus dem Kreis der wandernden und in Danzig beschäftigten Gesellen gewählt. Zum ersten Mal wird der Gesellenverein am 16. April 1420 vom Stadtrat erwähnt *(68). Das geschah 34 Jahre bevor die erste Satzung der Zunft erlassen wurde. Der Stadtrat bestimmte in seinem Beschluß die Pflichten der Barbiergesellen. Eine Abschrift dieses Beschlusses befindet sich in der Gesellen-Rolle, die Anfang des 18. Jahrhunderts geschrieben worden ist. Der Stadtrat regelte die Strafen für Verstöße gegen Vorschriften, gegen das Recht auf die Sammlung der Mittel für die Pflege der Kranken und Unterstützung der armen Kollegen, die Pflicht des Leichentragens bei Begräbnissen von Chirurgen und ihrer Familienangehörigen, die Einberufung und Durchführung der Vollversammlung *(69).

Einige von diesen Vorschriften finden sich auch in den Zunftsatzen, zum Beispiel das Verbot einer gleichzeitigen Arbeit bei zwei Meistern. Nach diesem Beschluß und späteren Satzungen durfte ein Geselle den Meister nur mit Genehmigung des früheren Meisters wechseln.

Mit dem Zunftbeschluß vom 13. Februar 1728 wurden die Entlassungsvorschriften eingeführt. Der Meister durfte seitdem nur zweimal im Jahr einen Gesellen entlassen: zu Ostern und am Tag St. Michael. Er mußte zwei Wochen vorher, bei den Tischgesellen 4 Wochen vorher, über dieser Entscheidung den Betroffenen verständigen. Der Geselle dagegen mußte mit einer Vierwochenfrist, bei den Tischgesellen 6 Wochen, kündigen können. Das war eine Regelung zugunsten der Gesellen. Bei einer sofortigen Kündigung trat die Gesellschaft dem Beschädigten zur Seite *(70).

Im Jahre 1750 beklagte der Geselle Konopacki die Hausbewohner seines Meisters wegen Diebstahls. Der Meister Jakob Stolterfoth nahm ihm die Werkzeuge weg und verbot ihm jede weitere Tätigkeit. Konopacki wandte sich an den Ältermann und die Zunft. Nachdem der Zunftpatron, trotz früherer Zusage keine Stellungnahme in der Sache gab, beschloß die Gesellschaft, dem Kollegen auf andere Weise Genugtuung zu geben.

Am 16. März 1750 versammelten sich die Gesellen in einer

Gastwirtschaft. Da alle Versammlungen in der Wohnung des Ältermanns stattfinden mußten, war dieses Treffen schon ein Verstoß gegen die Zunftvorschriften. Die Versammelten beschlossen einen Streik bis zur endgültigen Erledigung der Angelegenheit. Der von den beunruhigten Meistern benachrichtigte Bürgermeister versprach ihnen Genugtuung. Am 22. Mai 1750 entschuldigte sich Meister Stolterfoth bei seinem Gesellen und überreichte ihm 20 Gulden. Schon bald zeigte sich, daß ein Lehrling des gleichen Meisters für die Diebstähle verantwortlich war. Trotz der günstigen Beendigung des Streites verließ Konopacki Danzig *(71).

In den nächsten Jahren kam es oft zu Streitigkeiten zwischen den Gesellen und den Meistern, 1759 auch noch einmal zu einem eintägigen Streik. Nach einer unvorschriftsmäßigen Entlassung eines Gesellen trat der Gesellenverein für diesen ein. Danach versuchten die Meister einen ihnen genehmen Ältergesellen zu bestellen. Dadurch wurde der Streik beendet. Auch in diesem Fall vermittelte der Bürgermeister persönlich und die Auseinandersetzung wurde mit einem Kompromiß beendet *(72).

Wahrscheinlich übten die Gesellen nur selten einen Druck auf ihre Arbeitgeber aus. Für die Mehrheit war es sicher wichtiger eine Stelle zu bekommen, als in einer Auseinandersetzung Recht zu erhalten. Ein entlassener Geselle mußte 6 Monaten außerhalb Danzigs arbeiten, um sich noch einmal bei einem Danziger Meister bewerben zu können. Da sonst alte Kunden durch einen entlassenen Gesellen weiterbehandelt werden konnten, verhinderte diese Regelung eine kurpfuscherische Tätigkeit. Ein Wechsel des Arbeitgebers war immer mit vermindertem Einkommen verbunden.

Die Gesellen beschäftigten sich meist mit Rasieren, Haarschneiden und seltener auch Aderlassen. Deswegen findet man in den Verzeichnissen der nach dem Tod eines Gesellen vorhandenen Werkzeuge nur Rasiermesser, Scheren, Messer zum Aderlassen und selten auch Zahnzangen *(73). Sie arbeiteten mit den in der Meisterwerkstatt oder im Haus der Kunden vorhandenen Instrumenten. Wie die anderen Gesellen durften auch die einfachen Barbliere nicht an Feiertagen arbeiten. Sie

bekamen vom Rat 1712, wegen der großen Zahl der Besucher der Stadt die Erlaubnis auch am Feiertagen bis 8 Uhr früh und nach der Abendpredigt ihre Tätigkeit auszuüben. Die Beschränkungen betrafen nicht die chirurgische Notfälle.

Die Arbeit im Haus ihrer Klienten gab den Gesellen zusätzliche und dazu illegale Einnahmequellen. Sie bedienten einige Kunden auf eigene Rechnung. Das war durch den niedrigen, von der Leistung unabhängigen Wochenlohn verursacht. Die Gesetze der Zunft verboten derartige illegale Tätigkeiten und den Gesellen drohte Bestrafung dafür und sogar Entlassung. Nach einer Entlassung als Zunftstrafe durfte den Betroffenen kein Meister ein Jahr lang in Dienst nehmen. Im Laufe der Zeit wurden jedoch diese Angelegenheiten nachlässig gehandhabt. Das Problem wurde durch ein besseres Entlohnungssystem gelöst und der Beschluß des Stadtrates vom 27. August 1759 sah schon keine Entlassung mehr als Strafe für derartige unerlaubte Tätigkeit vor. Der Geselle mußte nur sein nebenbei verdientes Geld dem Meister abliefern. Der Meister sollte aber $\frac{1}{4}$ dieser Summe dem Geselle ausbezahlen.

Das alte Wochenlohnsystem wurde am 22. September 1597 durch eine neue Regelung ersetzt. Die Gesellen bekamen jetzt $\frac{1}{6}$ bis $\frac{1}{4}$ der Taxe und dazu das Trinkgeld. Beide Seiten waren mit dieser Regelung einverstanden *(74).

Aufgrund der niedrigen Einkünfte konnten die Gesellen keine eigene Familie gründen. Daher verbot ihnen die Zunft die Heirat. An anderen Orten bereits verheiratete Gesellen würden um höhere Löhne kämpfen oder illegal arbeiten. Dadurch müßten die Einnahmen der Meister beeinträchtigt werden. Die Gesellen selbst haben die Vorschrift befolgt und bis zum Ende des 18. Jahrhunderts duldeten sie keine verheirateten Kollegen in ihrem Kreis *(75).

Der jüngste Geselle wurde mit den Botendiensten in Zunftangelegenheiten betraut. Dazu verpflichtete ihn schon der erste Beschluß des Stadtrates vom Jahre 1420. Er hatte diese Tätigkeit auf Anordnung des ältesten Geselle auszuüben. Im Fall des Ungehorsams mußte der Bote 1 Pfund Wachs Strafe bezahlen. Da die Vorschriften nicht ganz eindeutig waren, baten die Gesellen am 24. Dezember 1596 in einer Zunftversammlung um

genauere Festlegung ihrer Pflichten. Seitdem wurde als Jüngster derjenige bezeichnet, der die kürzeste Zeit in Danzig tätig gewesen war oder am spätesten die Lehre beendet hatte. Für Nichteinhaltung einer Anweisung wurde 1 Mark Strafe festgelegt. Der nächste Beschluß auf diesem Gebiet bestimmte am 21. September 1679 die Vertretung im Fall der Ausreise des jüngsten Geselle nach außerhalb Danzigs. Sein Vorgänger im Verfahren mußte ihn dann vertreten *(76).

Ein Bote benachrichtigte persönlich alle Barbieri über das Datum der Vollversammlung. Ein Geselle zahlte 1 Schilling Strafe für Abwesenheit bei der Versammlung. Er durfte auch keine Waffe und kein Werkzeug mitbringen.

Als Pflicht aber auch als Vorrecht schätzten die Gesellen das Leichentragen während des Begräbnisses eines Barbiers oder eines Familienangehörigen. Der Beschluß aus dem Jahre 1420 regelte schon die Entlohnung dafür. Für eine Erwachsenenleiche bekamen sie 8 Groschen, für Kinderleichen 4 Groschen pro Person. Derjenige, der nicht tragen wollte, mußte 1 Pfund Wachs und nach 1588 sogar 3 Pfund Wachs als Entschädigung bezahlen. Seit 1588 waren die Tischgesellen nicht mehr verpflichtet Leichen zu tragen. Der älteste Geselle bestimmte die nach Gewohnheitsrecht 12 Träger. Dabei wurden weiterhin die Tischgesellen bevorzugt *(77).

Als 1762 ein Meister sich bei Begräbnis seiner Frau statt der Gesellen die Gymnasialstudenten wünschte, mußte er 12 Gulden in die Gesellenvereinskasse zahlen. In gleichem Jahr verlor sogar der Geselle Schultze die Stellung des Tischgesellen, weil er trotz der Anweisung die Leiche nicht trug.

Die Gesellen bildeten auch eine Art von Krankenkasse. Seit 1420 hatten sie das Recht auf Besitz einer eigenen, zur Unterstützung kranker oder verarmter Kollegen gegründeten Kasse. Der Älteste war deren Geschäftsführer. Alle Beschäftigten bezahlten 1 Schilling, die Halbgesellen 1/2 Schilling, wöchentlich zum Zweck der "Krankenkasse". Manchmal nahmen auch die Meister dieses Geld in Anspruch, was 1783 verboten wurde. In diesem Jahr erhöhte man den Beitrag auf 30 Groschen, für Tischgesellen 36 Groschen, vierteljährlich. Dazu

kamen die Gelder von neuernannten Meistern, die ursprünglich für eine Bewirtung vorgesehen waren. Aus der Kasse bezahlte man die Kosten für die Verpflegung der Kranken, den Aufenthalt in der eigenen Krankenstube, das ärztliche Honorar sowie die Arzneimittel. Diese Unterstützung erhielten alle kranken Gesellen. Da sie während der Krankheit nichts verdienten, hatte die Kasse große Bedeutung *(78).

Für die eigene Krankenstube, die der Gesellenverein in einer Gastwirtschaft anmietete, wurden alle Kosten durch die Krankenkasse übernommen. Seit 1783 durften die Kranken auch zu Hause behandelt werden. In diesem Fall bekamen sie 4 Gulden wöchentlich.

Wegen des Niederganges der Zunft und der verminderten Zahl tätiger Gesellen wurde auch der Kassenstand immer niedriger und 1815 mußte die Kasse aufgelöst werden. Seit dieser Zeit konnten die Gesellen nur im städtischen Lazarett behandelt werden.

IV. 2.b) Barbiergesellen außerhalb Danzigs.

Die Meister in Lübeck und Reval durften eine unbeschränkte Zahl von Gesellen halten. Sie beschäftigten meistens, wie auch in anderen Städten, 2 bis 3 Gesellen. Diese wohnten beim Meister und unterlagen ähnlich den Lehrlingen der Hausordnung. Unter Strafe durften sie nicht willkürlich das Haus des Meisters verlassen oder später als 10 Uhr abends nach Hause zurückkehren.

Überall wurde jeder, der in Zukunft Meister werden wollte, zur Wanderung verpflichtet. Wenn auch diese Regel in den Rollen nicht immer als Zwang formuliert worden ist (wie z.B. in Königsberg bis 1619 und in Lübeck bis zum 18. Jahrhundert), war die Wanderung selbstverständlich oder erwünscht *(79). In manchen Städten bestimmte man die Dauer einer Wanderung. In Königsberg verpflichtete die Rolle von 1692 zu 5-jähriger und das Medizinedikt von 1725 zu 7-jähriger Arbeit bei auswärtigen Meistern *(80). In Stockholm wurden nur 3 Jahre Wanderschaft verlangt, dabei aber legte man größten Wert auf eine gute Ausbildung. Während in anderen Ämtern man sich nur für die Dauer der Wanderung interessierte, überprüfte die Zunft in Stockholm auch die erworbene Kenntnisse. Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts wurden hier königliche Stipendien durch die Chirurgische Sozietät an Gesellen vergeben. In den Jahren 1758 bis 1795 gab es 29 Stipendianten. Sie besuchten Universitäten und große Krankenhäuser in Berlin, Straßburg, Bern, Paris und London. Die wandernden Gesellen wurden verpflichtet, Berichte an die Sozietät zu schicken. Sie bekamen als Antwort briefliche Ratschläge und Anweisungen *(81).

Die weit ausgedehnten Wanderungen waren nicht selten auch mit mancherlei Gefahren verbunden. Im Jahre 1700 verkauften Seeräuber in Algier einen Geselle aus Stralsund, den sie während einer Seeschlacht gefangen genommen hatten. Er konnte erst nach 35 Jahren freigekauft werden *(82).

Die fremden Gesellen, die in einer Stadt nur für kurze Zeit arbeiteten, bezeichnete man als "Gäste". In Lübeck bekamen sie bis 1861 die Stelle vom Ältesten zugeteilt. Hier

durfte man sich auch eine Arbeitsstelle schriftlich reservieren lassen. Die Einstellung fand fast überall zweimal jährlich, 6 Wochen vor Ostern und Michaelis bei Einverständnis des bisherigen Arbeitgebers statt. Die Kündigung erfolgte zu den gleichen Zeitpunkten mit einer Kündigungsfrist von 14 Tagen (Lübeck, Königsberg). Eine sofortige Kündigung galt als Strafe und konnte nur vom gesamten Amt entschieden werden. Nach der Entlassung sollte der Geselle außerhalb der Stadt arbeiten. In Königsberg durfte er erst nach 6 Monaten wieder eine Stelle einnehmen. In Lübeck erfolgte die erste Einstellung einheimischer Lehrlinge gleich nach der Lehre ohne zusätzliche Formalitäten. In manchen Städten bezeichnete man den jungen Gesellen als Halbgesellen. Er bekam einen niedrigeren Lohn als die länger beschäftigten Kollegen (Stralsund).

Die berufliche Tätigkeit beschränkte sich auf Rasieren, Haarschneiden und selten Aderlassen. Dafür bekamen sie einen festen Lohn und in Stralsund 1/4 vom Barbieren und Aderlassen, die Hälfte von anderen Verrichtungen. In Lübeck bezahlte man einen Wochenlohn. In Stralsund und Reval wurde ein Jahreslohn bestimmt, dazu kam Schleifengeld, ein Teil des Honorares für Aufschneiden von Abszessen und für Zahnziehen. Überall behielten die Gesellen das Trinkgeld. In Königsberg bekamen sie für die seltene Arbeiten, wie z.B. Zahnziehen, das volle Honorar. Dort wurde die finanzielle Lage der Gesellen als günstig bezeichnet *(83).

Die Ämter nahmen zum Problem der Bedienung der Kunden durch die Gesellen in verschiedener Weise Stellung. In Stralsund durften sie seit 1807 legal außerhalb der Stube eigene Klienten halten, die als "Pfuschkunden" bezeichnet wurden. In Reval dagegen betrachtete man jeden, ohne Wissens seines Meisters arbeitenden Gesellen als einen Dieb. Dafür drohte die sofortige Kündigung.

Nach der Entlassung bekamen die Gesellen ein Arbeitszeugnis. In Lübeck, wo die Zunft während der Zeit der Beschäftigung die Lehrbriefe behielt, stellte man seit 1733 neben den Arbeitsbriefen auch die "Kundschaftsbriefe" aus. Sie galten als eine Art Führungszeugnis *(84). Die Einziehung der

Lehrbriefe sollte das Entlaufen der Gesellen verhindern. 1798 verließen 13 von ihnen während eines Jahres ihre Meister. In allen diesen Fällen benachrichtigte man die Ämter in den umliegenden Städten. Mit sogenannten Treibebriefen erreichte die Zunft, daß die entlaufenen Gesellen in benachbarten Städten keine Stelle bekamen.

Bevor die Gesellen ihre eigenen Zusammenschlüsse gründeten, hießen sie "Knechte" oder "Knappen" (Lübeck, Lüneburg, Hamburg). Nachdem sie sich organisiert hatten, verfügten sie auch über eine eigene Rolle (Rostock 1485 und 1615, Stralsund 1560 und 1630, Danzig 1564, Lübeck 1664, Stockholm 1625 und 1698 - galt auch für die Revaler Kollegen) *(85). In Königsberg legte anstelle einer Rolle die Handwerkerordnung aus dem Jahre 1394 und später die Landesordnung die Pflichten der Meister den Gesellen gegenüber fest *(86).

In früheren Zeiten durften die Gesellen sich nicht organisieren. Die Lübecker Zunftrolle von 1480 verbot ihnen jede Form der Vereinigung. In Greifswald waren die Gesellen ganz von ihren Meistern abhängig. Kranke Gesellen wurden dort vom eigenen Meister unterstützt und nicht, wie es in anderen Städten üblich war, aus der Gesellenkrankenkasse. Man findet hier keinen Hinweis auf eine Gesellenkasse. Eine solche Krankenkasse existierte in Danzig seit 1420, in Rostock seit 1615, in Stralsund seit 1630 *(87). Das Geld für diese Kasse stammte aus Beiträgen und aus einem Teil der Strafgelder, die Gesellen zu entrichten hatten (Rostock). Einige Gesellschaften besaßen beträchtliche Summen. In Lübeck kaufte sie 1817 eine Barbierstube und verkaufte sie für 750 Mark weiter. 1800 hatte man 2000 Mark in der Kasse der Lübecker Gesellen. Mit diesem Geld bezahlte man die gemietete Krankenstuben (Rostock, Lübeck, Königsberg), unterstützte kranke und arme wandernde Kollegen, die keine Stelle bekamen, und deckte die Kosten des Begräbnisses verstorbener armer Gesellen.

Die Gesellenversammlungen fanden nur mit Erlaubnis und in Anwesenheit des Ältesten der Zunft in seinem Haus statt (Lübeck); manchmal unmittelbar vor der Meisterversammlung. Dabei wurde die Rolle verlesen, die Rechnungen und

Streitigkeiten erledigt und der Altgeselle von den Meistern gewählt (in Lübeck 2 Altgesellen und 2 Schäffer, seit 1798 nur 1 Altgeselle und Schäffer). Die Meister kontrollierten sehr streng die Tätigkeit der Gesellschaft. Sogar der Schlüssel der Gesellenlade, welche in Lübeck der älteste Geselle zu Hause bewahrte, blieb beim jüngsten Meister.

In Stralsund protestierten 1734 die Gesellen gegen die Nichtbezahlung des Lohnes und wurden daraufhin verhaftet, danach aber von den eigenen Meistern freigekauft. Sonst sind Gesellen niemals gemeinsam gegen die Meister aufgetreten *(88).

Die Gesellen durften nicht heiraten. Dies wurde offen nur 1455 in Hamburg ausgesprochen *(89). Die Gesellschaften duldeten selbst keinen verheirateten Berufsgenossen und verhinderten überall deren Einstellung. Hier, wie auch sonst halfen sie mehr den Meistern dabei, die Ordnung unter der Gesellenschaft zu erhalten, als sich mit eigenen Wünschen in der Zunft durchzusetzen.

Keine unerwünschte Anlässe sollten sie von der Arbeit ablenken. Selten nur erlaubten die Meister die Abhaltung von Festlichkeiten. Solche Veranstaltungen fanden in Lübeck in Jahren 1733 bis 1802 neun Mal statt. Das "Geschenk", das im Hause des Ältermannes 14 Tage nach Ostern oder Michaelis veranstaltet wurde, bezahlte man mit dem Geld, das die Gesellen für das Tragen der Leichen bekamen (Stralsund, Rostock). Eingeladen wurden auch alle Meister mit Frauen und man feierte 2 Tage lang *(90).

IV. DIE DANZIGER CHIRURGEN IM 17. UND 18. JAHRHUNDERT IM VERGLEICH MIT DEN VERHÄLTNISSEN AUßERHALB DANZIGS

3.a) Meister. Der Erwerb einer Praxis und die Meisterprüfung.

Der Grad eines Meisters in der Barbierzunft (Magister chirurgiae) war das Ziel fast aller Vertreter dieses Berufes. Nicht jeder aber konnte trotz vieljähriger Lehre, Wanderung und Arbeit, dieses Ziel erreichen. In den Jahren 1584 bis 1819 bekamen in Danzig 2150 Personen nach einer Lehre das Abschlußzeugnis. In fast gleichem Zeitraum, zwischen 1565 und 1820, waren dagegen in Danzig nur 235 Meister tätig. Also nur jeder zehnte Lehrling konnte mit einer eigenen Werkstatt rechnen. Einige der Gesellen ließen sich in anderen Städten nieder, der größte Teil von ihnen erreichte aber nie eine eigene Praxis. Erst als Meister konnte ein Barbier gut leben, er bekam das Bürgerrecht und konnte eine eigene Familie gründen.

Größtes Problem bei der Gründung einer eigenen Werkstatt war die aus Konkurrenzgründen beschränkte Zahl der tätigen Meister. Seit 1522 durften in Danzig 20 Chirurgen ansässig sein. In den Jahren 1565 bis 1582 gab es sogar 25 Praxen *(91). Im Vergleich mit anderen Städten war diese Zahl relativ hoch. Trotzdem war die Möglichkeit eine Werkstatt zu erwerben gering. Die einzige Möglichkeit bildete der Tod eines Meisters. Ein Jahr lang durfte die Witwe die Werkstatt noch führen, wenn sie einen ausgebildeten Gesellen einsetzen konnte. 1553 bekam die Witwe des Meisters Johann Brock die Genehmigung, sogar auf Lebenszeit die Praxis weiter zu führen.

Seit 1556 durften der Meister oder die Witwe die Werkstatt dem eigenen Sohn oder Schwiegersohn überlassen. Diese Regelung erschwerte auswärtigen Chirurgen den Zugang zum Beruf noch mehr. Die Vorschriften auf diesem Gebiet wurden streng befolgt, um die Existenz der Familie des Meisters für alle Fälle sicherzustellen. Praktisch blieb dem Bewerber nur ein Ausweg, nämlich die Witwe oder Tochter eines Meisters zu heiraten. Im Jahre 1607 haben von 5 neuen Meistern 3 Witwen geheiratet. Diese waren oft viel älter als ihre neuen Männer.

1648 heiratete der Chirurg Filip Gurtler die 17 Jahre ältere Witwe seines Vorgängers *(92).

Die Barbieri, die auf diesem Weg eine Praxis nicht erwerben wollten oder konnten, mußten oft lange warten. Eberhardt Elmhoff wurde erst im 40. Lebensjahr und Gottfried Schubert sogar im 59. Lebensjahr Meister. Sie mußten nach langem, durch die Zunft erschwerten Weg, die Meisterprüfung ablegen und dann die Werkstatt kaufen.

Der künftige Meister begann noch vor der Meisterprüfung mit der Suche nach einer freien Werkstatt. Er schloß eine Vereinbarung mit dem Besitzer und erst dann suchte er um eine Kaufgenehmigung beim Stadtrat nach. Schließlich beantragte er bei der Zunft die Zulassung zur Meisterprüfung.

Der Rat verteidigte sein Recht auf die Besetzung freier Barbierwerkstätten. In der Praxis wurden sie jedoch von den Erben für einen hohen Preis verkauft. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts bezahlte man 1000 bis 6000 Gulden dafür. Der Stadtrat erteilte aber, ungeachtet der Abmachung des Bewerbers mit den Erben oft keine Genehmigung. Deswegen suchte man immer wieder nach Auswegen. 1652 opferte die Familie des verstorbenen Meisters Johann Schilling für die Armen der Stadt die Hälfte des erhaltenen Geldbetrages. Obwohl die Barbierwerkstätte nicht zur Erbschaft gehörte, wie der Rat feststellte, genehmigte er den Verkauf *(93).

Die Zunft und der Stadtrat erlaubten nur dem Besitzer die Ausübung chirurgischer Tätigkeit. Ein Meister, der seine Werkstatt verkauft hatte, durfte seinen Beruf nicht mehr ausüben. Eine solche Entscheidung trafen 1639 die Zunft und der Stadtrat. Die betroffenen Meister bekamen trotz der Ausrede, daß sie nur Bekannte und Familienangehörige behandelten, Berufsverbot *(94).

Der Stadtrat behielt sich schon in der Satzung von 1457 die Entscheidung über die Besetzung der Meisterstellen vor. Er übertrug dem Bewerber die Werkstatt auf Lebenszeit. Das war eine Art von Pacht oder Belehnung. Ähnlich wie ein Lehnsmann mußte der Chirurg einen Eid vor dem Rat ablegen und bekam die Rechte, aber auch die Pflichten eines Bürgers der Stadt *(95).

Die Genehmigung des Rates zur Ablegung der Meisterprüfung

war nicht weniger wichtig als die Prüfung selbst. Der Rat widersprach fast nie der Entscheidung der Zunft, hatte jedoch das letzte Wort. Manche Kandidaten setzten sich nicht zuerst mit der Zunft, sondern mit dem Rat der Stadt in Verbindung. Der Stadtrat befragte dann die Zunft über den Bewerber.

Der Stadtrat legte fest, um welche Werkstatt sich ein Chirurg bewerben durfte. Der Antrag mußte schriftlich gestellt werden. Im Fall der Heirat mit der Witwe eines Meisters, mußte der Bewerber in seinem Antrag davon Kenntnis geben. Ein selbst zurücktretender Meister konnte erst nach seinem Rücktritt einen eigenen Kandidaten für die Werkstatt vorschlagen. So wollte 1681 Meister Thomas Mauritz seine Praxis seinem künftigen Schwiegersohn übergeben. Der Stadtrat verlangte jedoch seine Rücktrittserklärung. Erst dann durfte sich der Schwiegersohn um die Stelle bewerben *(96).

Der Rat konnte auch einen Rücktritt verweigern, was jedoch sehr selten passierte. Am 22. Februar 1680 untersagte er dem früheren Leibchirurgen des polnischen König Johann Kasimir, Meister Gabriel Bösenfleisch, den Rücktritt. Bösenfleisch besaß eine Praxis in Danzig und wurde wegen Schulden seines Stiefsohnes verhaftet. Nach der Vermittlung des Königs Johann III. Sobieski wurde er freigesprochen *(97). Trotzdem wollte der Chirurg die Stadt verlassen. Wahrscheinlich aus Angst vor der Verbreitung dieser Geschichte wollte der Rat den zu Unrecht Verhafteten in der Stadt halten.

Im Jahre 1777 bildete der Stadtrat eine Kommission und legte nach Vorlage ihrer Vorschläge neue Bestimmungen für den Kauf von Barbiergerechtigkeiten fest. Sie bestanden aus drei Paragraphen.

Der erste setzte die Mindestzahl der Bewerber auf zwei Personen fest. In Ausnahmefällen durfte der Rat auch bei nur einem Kandidat die Entscheidung treffen. Wer sich zum zweiten Mal bewarb, brauchte nicht noch einmal die Meisterprüfung abzulegen, was aus finanziellen Gründen wichtig war.

Im zweiten Paragraphen erlaubte man der Witwe 1 Jahr lang nach dem Tod ihres Mannes die Praxis zu führen.

Der dritte Paragraph verbot den Kauf und Verkauf von Barbierstuben mit Ausnahme der Werkzeuge. In Zukunft sollte

nur der Stadtrat über die Zuteilung freier Barbierstuben entscheiden. Die Meister, die schon nach wenigen Jahren ihre Praxis abgaben, erhielten vom Nachfolger eine Entschädigung, und zwar nach 1-2 Jahren $\frac{3}{4}$, nach 3-4 Jahren die Hälfte und nach 5-6 Jahren $\frac{1}{4}$ des Kaufpreises. Die Anzahl der Jahre hielt man als ausreichend zur Tilgung von Schulden.

Diese neuen Bestimmungen minderten deutlich die Rechte der Meister. Deswegen erhob die Zunft sofort Einspruch *(98). Nur zwei Chirurgen bekamen vom Rat die Werkstatt ohne Entschädigung.

Am 17. August 1778 beschloß der Stadtrat neue Bestimmungen für die Ernennung von Meistern. Es blieb nur Paragraph 1 des alten Beschlusses bestehen, Paragraphen 2 und 3 wurden als ungültig erklärt. Die Witwe durfte unbefristet die Praxis weiterführen. Sie verlor dieses Recht, wenn Unregelmäßigkeiten bei der Arbeit vorkamen. Ein zurücktretender Meister bekam fortan 12 Jahre lang die Entschädigung und zwar $\frac{1}{12}$ des Gesamtpreises weniger für jedes Arbeitsjahr. Nach 12 Jahren verfügte der Stadtrat über die Barbierstube.

Der Stadtrat überprüfte 1779 auf Antrag der Zunft diesen Beschluß. Die Barbieri begründeten ihren Änderungswunsch mit der Erniedrigung ihrer Einkommen. Dafür aber war die zunehmende Armut der Bevölkerung verantwortlich. Infolge dessen blieb der Verkauf der Werkstatt die einzige Sicherung für die Familie. Am 7. Januar 1780 erlaubte der Rat den Verkauf von 18 Barbierstuben *(99).

Der Bewerber, der eine Zusage des Stadtrates für eine freigewordene Barbierstube erhalten hatte, mußte nur noch die Meisterprüfung ablegen. Zuerst mußte er noch einmal seine Geburtsurkunde, das Abschlußzeugnis über seine Lehre und die Arbeitszeugnisse vorlegen. Die Zunft überprüfte, neben den beruflichen, auch die moralischen Eigenschaften. Es wurde auch die Konfession ermittelt. Nach einer Verordnung des Königs Sigismund III. aus dem Jahre 1612 durften nur Katholiken und Lutheraner den Meistergrad erwerben *(100). Über die Nationalität sagte man nichts. Voraussetzung für die Zulassung

war nur die Herkunft aus einer bürgerlichen, einen ordentlichen Beruf ausübenden Familie.

Erst nach Ableistung dieser Formalitäten erhielt der Kandidat vom Stadtrat die Kaufgenehmigung und durfte sich zur Prüfung durch die Zunft vorbereiten. Die Ernennung eines neuen Meisters fand manchmal viele Monaten vor Ablegung der Meisterprüfung statt.

Mindestens ein Vierteljahr vor der Prüfung mußte sich der Prüfling bei der Zunft anmelden. Diese Vorschrift findet sich schon in den ältesten Statuten. Sie konnte man aber mit einer Geldzahlung umgehen. Im Jahre 1607 hat Ambrosius Thorade durch die Zahlung von 12 Mark diese Vorschrift umgehen können *(101). Jeder Bewerber mußte auch mindestens 1 Jahr lang in Danzig gearbeitet haben. Dadurch konnte man ihn und seine Fähigkeiten besser beurteilen. Diese Bestimmung umging Abraham Balkau 1633 mit der Bezahlung von 50 Gulden.

Acht Tage vor der Prüfung erhielt der Prüfling vom Ältermann mitgeteilt, welche "Meisterstücke" von ihm gefordert wurden. Es kamen in Betracht: 1. Emplastrum Gratia Dei, eine besonders geschätzte Aufgabe, 2. Unguentum galmanei (Zinksalbe), 3. Unguentum fuscum, 4. Löschunge, d.h. ein kühlendes Mittel bei Entzündungen, 5. Beinpulver *(102).

Der Ältermann wies den Bewerber auf die Vorschriften hin. Während der Prüfung wurde nicht nur eine falsche Herstellung der Meisterstücke sondern auch jedes zum Ältermann gebrauchte falsche Wort mit einer Geldstrafe geahndet. Das Prüfungs- und Strafgeld bekamen die Meister. Der Prüfling durfte sein Meisterstück zu einem beliebigen Termin vor der Prüfung in Anwesenheit der Älterleute ausführen. Er mußte diese später einladen und bewirten.

Eine Woche oder einen Tag vor dem Examen ernannte der Ältermann während der Zunftversammlung die Prüfer. Die Prüfung fand in der Wohnung des Ältermannes statt und begann bei Anwesenheit von mindestens 3 Meistern um 3 Uhr früh.

Sie dauerte zwei Tage. Am ersten Tag fertigte der Prüfling die vorgeschriebene Meisterstücke. Sie sollten aus eigenen Materialien hergestellt werden und mindestens 1 Pfund je Stück wiegen. Bei dieser Arbeit durfte der Prüfling die

Wohnung nicht verlassen.

Am nächsten Tag mußte er die Scheren, Rasiermesser und das Aderlaßmesser schleifen. Dieser Teil der Prüfung begann um 7 Uhr früh und war weniger wichtig.

Jeder als Prufer ernannte Meister hatte im Fall seiner Abwesenheit am ersten Tag 1 Mark, am zweiten 1/2 Mark Strafe zu zahlen, für Verspätung 1/2 Mark, der Prüfling dagegen 2 Mark Strafe. Unmittelbar vor der Prüfung mußte der spätere Meister noch 10 Mark als Gebühr einzahlen und noch einmal alle Zeugnisse und Urkunden vorzeigen. Wenn er keine Urkunden vorzeigen konnte, mußte er, wie 1658 Gottfried Schubert, 15 Mark bezahlen.

Nach der Prüfung beurteilten die Meister die Qualität der Meisterstücke sowie die Vorbereitung der Werkzeuge. Auch dabei mußte der Prüfling für schlecht gefertigte Meisterstücke 5 Mark je Stück und für schlechtes Schleifen 4 Mark zahlen. Er mußte auch die Wirtin und Dienstmädchen für die Lieferung von Holz und für das Aufräumen bezahlen. Die Werkzeuge und die Meisterstücke teilten die Meister unter sich auf. Die Prüfung war also mit hohen Kosten verbunden. Diese wuchsen im Laufe der Zeit. Im Jahre 1596 zahlte Martin Silecke 47 Gulden, 10 Jahre später Ambrosius Thorade 120 Gulden und 100 Jahre später mußte man mit über 500 Gulden rechnen *(103).

Am ersten Sonntag nach der Prüfung rief der Ältermann die Versammlung zusammen und fragte den Bewerber, ob er die Überprüfung seiner Meisterstücke verlange. Dann bezahlte der Prüfling noch 1 Mark und wurde zum Meister ernannt. Dabei mußte er schwören, daß er nie mit Kurpfuschern zusammenarbeiten und stets die Satzung und die chirurgische Brauche befolgen werde. Dann mußte er ein Essen ausgeben, bei dem beste Speisen und Weine gereicht wurden.

Seit dem Jahre 1530 gab es in Danzig die Stelle eines Stadtarztes. Dieser Stadtarzt war auch verpflichtet, die Barbierchirurgenmeister zu prüfen *(104). Die Prüfung fand in der Anwesenheit der Zunftvorsteher statt, das Zeugnis wurde dem Rat übergeben. Die Bestimmung über die Pflichten der Stadtärzte umfaßte auch die Abhaltung der Chirurgenprüfung. In dieser Zeit spielte sie schon eine viel geringere Rolle als

vorher. Selten war die Wiederholung des Examens erforderlich.

Bis 1786 blieben die mittelalterlichen Bräuche in Kraft, so auch die Anfertigung von Meisterstücken und das Schleifen von Werkzeugen als Bestandteil der Prüfungen. Das erinnert noch an die Zeiten, als die Barbierchirurgen selbst die Arzneimittel herstellten und sich vorwiegend mit Haarschneiden und Aderlassen beschäftigten.

Nach bestandener Prüfung erhielt ein neuer Meister vom Stadtrat seine Barbierstube zugewiesen. Dabei wurde er auch über seine Pflichten belehrt, bei denen die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Chirurgen und allgemeinen Ärzten im Vordergrund standen. Manchmal verpflichtete man schlecht vorbereitete Prüflinge dazu, sich weitere Kenntnisse zu erwerben.

Seit 1781 mußte der Prüfling zusätzlich an Leichen drei "Operationen" ausführen. Die letzten Meisterstücke wurden 1786 hergestellt. Seit dieser Zeit wurden neben der Prüfung durch den Stadtarzt nur die Operationen an der Leiche bewertet. Bei diesen handelte es sich vorwiegend um die Vornahme von Amputationen. Die Prüfer verlangten auch manchmal die Ausführung einer Harnsteinoperation, einer Schädeltrepanation, einer Brustamputation oder die Operation einer Lippenpalte *(105). Der Chirurg Napierski war der letzte, der 1796 nach den Zunftvorschriften die Prüfung bestand.

IV. 3.b) Barbiermeister außerhalb Danzigs.

Eines der wichtigsten Privilegien war für die Zunft die Begrenzung der Zahl der Barbierstuben. In Danzig durfte die Meisterzahl 20 nicht übersteigen. In Kopenhagen gab es um 1700 21 Barbierchirurgenpraxen *(106). In anderen Ostseestädten war ihre Zahl niedriger: Stettin 10, Stralsund 12 (1630 - 8, später 10), Greifswald 6 (1748-65 - 4, hier konnte der Stadtrat sie willkürlich vergrößern), Rostock 10, Lübeck 16 (später 14 und 12; 1631-1804 besaß die Zunft eine, aus eigenen Mitteln gekaufte und unbesetzte Praxis; 1806 nach der Vereinigung mit der Baderzunft gab es 18 Meister), Stockholm 18 (seit 1755 nicht mehr beschränkt), Reval 4, Königsberg 14 erst 1530 festgesetzt (24 nach der Vereinigung mit der Baderzunft 1780; der Kurfürst konnte jedoch zusätzliche Privilegien erteilen) *(107).

Die beschränkte Zahl der Praxen erschwerte den Zugang zum Beruf. Der Kandidat für eine Meisterstelle sollte nach der Erlaubnis des Stadtrates und vor der Meisterprüfung bereits eine Barbierstube besitzen. Nach einem Verkauf durfte der bisherige Meister nicht mehr beruflich tätig sein. Deswegen verkauften die Chirurgen nur sehr selten ihre Praxen. In Greifswald waren sie nach 1765 unverkäuflich. In Stralsund dagegen verkaufte man sie manchmal ohne Erlaubnis des Amtes auch an unfähige Leute, die danach ohne Meisterprüfung arbeiteten *(108).

Nach dem Tod des Meisters erbten nur die nahen Verwandten die Praxis (Stralsund, Greifswald). Die Witwe durfte sie 1 Jahr lang, später auf Lebenszeit weiterführen (Danzig, Greifswald, Königsberg, Reval, Riga). In Lübeck bezahlte jeder Meister nach der Eheschließung einen Beitrag für seine Frau, die auf diesem Wege die Zunftrechte bekam und auch "Amtsschwester" genannt wurde. Nach dem Tod ihres Mannes durfte sie die Praxis ohne Lehrlinge, mit Hilfe eines Gesellen weiterführen. Sie bekam ihren Anteil vom Kassenüberschuß der Zunft, nahm aber an den Versammlungen nicht teil *(109). In Königsberg sollte die Witwe die Praxis ihrem Sohn überlassen sobald er dazu fähig war *(110). Meistens bedeutete die

Eheschließung mit einer Witwe oder Meisterstochter den einzigen Weg zu einer eigenen Barbierstube zu kommen.

Die Frau eines Meisters mußte auch gewisse Bedingungen erfüllen. In Lübeck und Königsberg sollte sie ehelich und "ehrllich" geboren sein (in Greifswald keine "hore" sein). In Stettin durfte der Meister nicht in Unzucht leben. Diese Vorschriften galten nicht nur bei der Aufnahme in die Zunft, auch später konnte der Handwerker seine Werkstatt wegen der Nichtbeachtung dieser Regeln verlieren *(111).

Neben dem Erwerb der Praxis sollte der künftige Meister seine Geburts-, Lehr- und Wanderbriefe vorzeigen. In Schwedisch-Pommern, wo zahlreiche Bewerber früher in den verschiedenen Heeren Europas gedient hatten, verlangte man auch die Entlassungsurkunde aus dem Militärdienst und das Zeugnis über die abgelegte Kompagnie-Feldscherprüfung *(112). In einigen Städten galt auch die Arbeit bei dortigen Meistern als Voraussetzung (Danzig 1 Jahr, Stralsund 1 Jahr und seit 1779 zusätzlich 3 Monate unentgeltlich im dortigen Lazarett, Königsberg 1 Jahr, Reval 2 Jahre). In Stockholm sollten nur 3 Jahre Gesellenarbeit nachgewiesen werden *(113). In Reval verlangte man 6 Jahre Gesellenarbeit und auch 6 Jahre Wanderung. Einige Bewerber umgingen diese Vorschriften. Sie bezahlten nur höhere Aufnahmegebühren. Besonders hoch waren diese in Greifswald. In manchen Städten verlangte man außer dem Harnischgeld kein Meistergeld. Die Meistersöhne bezahlten gewöhnlich nur geringere Gebühren. In Königsberg erhielten sie keine Vergünstigungen.

Die Meisterprüfung änderte sich im Laufe der Zeit. Am Anfang war sie eine echte Handwerkerprüfung. Sie fand in der Ältermannwohnung in Gegenwart von Ratsherren, Älterleuten und Physici statt. Die Herstellung der Meisterstücke (Wundsalben u.ä.) bildete neben dem Nachweis der Lehrzeit und der Gesellenarbeit sowie der Bezahlung der Gebühren, den Schwerpunkt. Die Anforderungen waren oft in verschiedenen Zünften ähnlich. In Stralsund, Hamburg und Lüneburg verlangte man die gleichen 8 Meisterstücke. In Greifswald nur 4 *(114). In Reval und Königsberg bestimmte die Zunft andere Meisterstücke. Mit der Zeit benutzten die Meister in der

Praxis fast nur die in Apotheken gekauften Mittel. Nur dort konnte man die einzelnen, in den Rezepten verordneten Medikamente kaufen und sie waren sehr teuer. Deswegen ersetzte man diesen Teil der Prüfung mit einer Geldabgabe und die Meister bereiteten ihre Pflaster und Salben nach eigenen Vorschriften (Greifswald) *(115). In Reval beschränkte sich die Prüfung der Meistersöhne nur auf das Meisterstück, was in vielen Städten den schwierigsten Teil bildete. Für die ungenügende Herstellung von Meisterstücken mußte der Bewerber in Danzig 3 Monate, in Stettin und Hamburg 1 Jahr wandern. In Reval bekam er 1/2 bis 1 Jahr Zeit für die Verbesserung seiner Kenntnisse. In Lübeck durfte er sich 1 bis 3 Jahre lang (bis zur nächsten Prüfung) nur mit Barbieren und Aderlassen beschäftigen. Oft umging man mit Bezahlung diese Vorschriften *(116). In Ergänzung dieses mittelalterlichen Exams mußte der Bewerber Werkzeuge schleifen und alle Prüfer und Meister bewirten.

In einigen Städten legte man auf die theoretische Ausbildung größeren Wert. An einigen Orten waren auch die Stadtärzte verpflichtet, die künftigen Wundärzte zu examinieren (Greifswald) *(117). Im Jahre 1779 trat in Schwedisch-Pommern die Medizinalordnung in Kraft, nach der jeder Meister vor dem Gesundheitskollegium geprüft werden sollte. Diese Prüfung betraf Anatomie, Chirurgie und eine Operation an einer Leiche. Man nahm aber offenbar die neuen Vorschriften nicht ernst. Nicht einmal in Greifswald sind Zeugnisse über diese Prüfung ausgestellt worden *(118). In Stralsund prüfte man nach der Prüfungsordnung der Bader von 1639, die ein hohes chirurgisches Wissen verlangte. Seit 1779 trat auch hier die schwedische Medizinalordnung in Kraft. Seitdem examinierten die Älterleute nur die Bartscherer. Die Chirurgen wurden im Hause des Physicus geprüft. Sie mußten über hohes theoretisches und praktisches Wissen verfügen *(119). In Lübeck gab es eine Prüfung seit 1664. 1839 wurde durch Senatsdekret verfügt, daß jeder Kandidat das Examen als Wundarzt 2. Klasse in Berlin abzulegen hatte. In Kiel wurde die Meisterprüfung seit 1665 vor der Medizinischen Fakultät der dortigen Universität abgelegt. Die Prüfer, obwohl sie

Chirurgie lehrten, führten selbst keine Operationen durch *(120). In Stockholm wurde der Bewerber vor der gesamten Gilde und dem Leibmedicus des Königs überprüft. Seit 1689 galt die Chirurgische Sozietät in Stockholm als einzige Prüfungsinstanz für ganz Schweden. Um 1700 dauerte die Prüfung 3 Tage, mit dem jüngsten Meister als Prüfer und wurde in Anwesenheit des Präsidenten des Collegium Medicum und aller Meister vorgenommen. Der künftige Chirurg mußte hier, in Gegensatz zu den meisten anderen Ostseestädten, ein gründliches und zeitgemässes Wissen nachweisen. Die Ausbildung und die Meisterprüfung der Wundärzte stand in Stockholm im Vergleich mit dem übrigen Ostseeraum auf dem höchsten Niveau *(121).

In Reval sollte 1763 die alte Handwerkerprüfung durch eine vor dem Reichsmedizinal-Kollegium in Petersburg, ersetzt werden. Die Behörden befolgten diese neue Vorschrift jedoch nicht und man examinierte die neue Meister weiter vor der Zunft in Reval *(122). In Königsberg verlangte man seit 1619 eine mündliche Prüfung aus dem Bereich der Anatomie und Chirurgie. Das große Medizinedikt von 1725 führte ähnlich wie in anderen preußischen Städten die Prüfung vor dem Ober-Collegium medicum in Berlin ein. Diese Vorschrift wurde 1727 geändert. Nur die Chirurgen aus den 21 größten Orten des Königsreichs (unter anderen auch Königsberg) wurden zur Teilnahme an einem Kurs am "Theatrum Anatomicum" in Berlin verpflichtet. Die Meister aus kleineren Orten und die Landchirurgen legten die Prüfung vor dem jeweiligen Provinzial-Collegium medicum (z.B. in Stettin) ab. Gleiche Vorschriften wurden nach der Eingliederung in den preußischen Staat auch in Danzig 1793 sowie in Greifswald und Stralsund 1815 eingeführt *(123).

Die Einführung des neuen Prüfungssystems, wonach der Nachweis medizinischen Wissens verlangt wurde, bedeutete den Niedergang der Macht der Zünfte. Während der Ausbildung brauchte jetzt ein Wundarzt außer der Praxis bei einem Meister auch die theoretische Lehre und manchmal mußte er auch in einem Lazarett Erfahrungen sammeln. Die Zunft selbst konnte jetzt nicht nur keine Prüfungen mehr durchführen, sie besaß auch keine Möglichkeit einen Chirurgen gut auszubilden.

V. 1. TÄTIGKEIT DER BARBIERE

Die wichtigste, bis zum Ende des Bestehens der Zunft ausgeübte Beschäftigung war Haarschneiden und Rasieren. Verhältnismäßig spät übernahmen die Barbieri auch chirurgische Tätigkeiten. Deswegen wurden sie seit dem 17. Jahrhundert auch als Wundärzte bezeichnet. Man sprach nun von einer Zunft der Barbieri und Wundärzte. Mit der Aufnahme chirurgischer Tätigkeit gaben sie jedoch ihre ursprünglichen Arbeiten nicht auf. Diese brachten gute Einnahmen und wurden in der Regel von den Gesellen ausgeübt. Die manchmal auch komplizierte Operationen durchführenden Chirurgen, verwendeten das Becken aus Messing, das Aderlaßbecken, als Zeichen ihrer beruflichen Stellung. Diese Becken finden sich noch heute in manchen Orten an Barbierstuben oder Friseurgeschäften.

Die Meister beschäftigten sich selbst meistens mit der Chirurgie. In einer Verordnung von 1455 wurde das Honorar für die Krankenbehandlung bestimmt, Ärzte bekamen 3 Schilling, die Wundärzte 2 Schilling pro Person *(124). Die Ärzte selbst überließen alle chirurgischen Fälle den Barbieren. Andererseits war den Barbieren nur eine beschränkte Tätigkeit erlaubt. Die Apothekenordnung aus dem Jahre 1597 verbot den Wundärzten die Benutzung oder Verschreibung allgemein wirkenden Arzneimittel *(125). Im Medizinalgesetz von 1703 wurde dieses Verbot wiederholt. Dort wurden auch Opiate und Purgantien erwähnt. Für die Verwendung dieser Mittel durch einen Barbierchirurgen drohte bis 20 Gulden Strafe. Bei Bedarf sollten diese Mittel die Ärzte verschreiben. Nur sie durften auch Syphiliskranke behandeln *(126).

Bis Ende des 17. Jahrhunderts übernahmen die Chirurgen nur unkomplizierte Fälle. Augenoperationen sowie Lithotomien und Bruchoperationen übten die umherreisenden Chirurgen aus. Diese reisten durch ganz Europa und genossen oft hohes Ansehen.

Die Indikationen für komplizierte Operationen, wie zum Beispiel Amputationen, sollten zusammen mit den Ältermännern geprüft werden. Dieses Vorgehen war schon in der Satzung von 1522 geregelt worden. Paragraph 25 dieser Satzung

verpflichtete auch die Barbieri zur sorgsamten Behandlung der Kranken. Für schlechte Behandlung drohte als Strafe die Bezahlung eines Steines Wachs.

Jeder hatte das Recht seinen Barbier frei zu wählen. Die Klienten wurden jedoch, manchmal mit unerlaubten Mittel, abgeworben. Der Kranke durfte deswegen erst nach der Bezahlung seines behandelnden Barbierchirurgen sich bei einem zweiten behandeln lassen. Diese Maßnahme war vom Stadtrat verfügt worden *(127). Der Rat sorgte auch dafür, daß die Barbierstuben sich nicht in unmittelbarer Nachbarschaft befanden. Sie sollten mindestens durch eine Querstraße getrennt sein.

Die Chirurgen sorgten auch für das erste Krankenhaus in Danzig. Es wurde 1527 als Pockenhaus gegründet. Zwischen den Epidemien diente es als Asyl für Alte und unheilbar Kranke. Dort wurde ständig ein Barbierchirurgengeselle beschäftigt *(128). Seit 1742 arbeiteten im Krankenhaus schon zwei Chirurgen, ein Meister und ein Geselle. Beide gehörten der Zunft an. Der Meister bekam 300 Gulden, der Geselle 255 Gulden pro Jahr. Der dort beschäftigte Arzt bekam dagegen nur 100 Gulden pro Jahr. In den Jahren 1765 bis 1775 bekam der Chirurg 1200 Gulden jährlich. Die Stelle war mit der Erlaubnis zu eigener Praxis verbunden. Nach dem Verkauf seiner Barbierstube verlor der Chirurg auch seinen Posten im Krankenhaus *(129).

Dieses Krankenhaus, später auch Lazarett genannt, spielte während der Pestepidemie 1709 eine große Rolle. Der dort beschäftigte Geselle wurde eines der ersten Opfer dieser Krankheit. Außer Pestbarbieren, die nur die Pestkranken behandelten, mußten auch die andere Chirurgen wegen der hohen Zahl der Kranken bei der Epidemiebekämpfung helfen *(130). Die Ärzte verweigerten jeden Kontakt mit den Pestkranken. Einige verließen sogar in dieser Zeit die Stadt.

Im Laufe der Epidemie wurden die Meister und Gesellen der Zunft in die Krankenbehandlung einbezogen. Manche Gesellen benutzten diese Notlage und die gefährliche Verpflichtungen und stellten besondere Forderungen. Geselle Manasse Stöckel forderte außer hoher Bezahlung auch die Zusicherung einer eigenen Barbierstube als Lohn für seine Tätigkeit. Er bekam

sie auch nach zwei Jahren. Als einziger Danziger Chirurg schrieb er eine Abhandlung über die Pest *(131).

1709 beschäftigten sich schon 15 Chirurgen mit der Bekämpfung der Krankheit. Aber auch das war noch zu wenig. Die in der Nähe liegende Städte konnten keine Hilfe bieten, da dort nur wenige Barbieri niedergelassen waren.

1710 wurde die Pest als erloschen gemeldet. An dieser Krankheit waren 30.000 Bewohner Danzigs gestorben, darunter 3 Meister und 15 Gesellen der Barbierchirurgenzunft, jedoch kein Arzt und kein Apotheker.

Nach dem Vorbild der Städte Zürich und St. Gallen beschloß auch Danzig 1525 und 1551 Vorschriften für die Behandlung von Armen *(132). Die Kosten übernahm die Bevölkerung der Stadt. In den Kirchen wurden die sogenannten Gotteskästen für Spenden aufgestellt. Ein Recht auf kostenfreie Behandlung besaßen nicht nur die Stadtbewohner sondern auch Fremde. Jeder Chirurg, zu dem ein solcher Kranker vom Rat der Stadt geschickt wurde, mußte ihn annehmen und trotz der niedriger Bezahlung sorgfältig behandeln.

Später wurde ein besonderer Meister zur Behandlung der Armen eingesetzt, der dafür ein jährliches Gehalt bekam. Im Laufe der Zeit übernahm seine Aufgaben der im Lazarett beschäftigte Chirurg und erhielt dafür eine zusätzliche Entlohnung. Die Zunft sorgte dafür, daß im Lazarett nur Zunftmitglieder arbeiteten. Sie wollte die gesamte Ausübung der Chirurgie in der Stadt in der Hand behalten. Das Krankenhaus beschäftigte zu dieser Zeit zwei Ärzte, einen Apotheker und zwei Chirurgen. Der Chirurg mußte vor jeder Operation den Arzt konsultieren *(133).

Die in Danzig ansässigen Barbiergesellen waren auch als Schiffschirurgen tätig. 1627 befand sich während der Seeschlacht auf fast jedem polnischen Schiff ein Barbiergeselle. Die Chirurgen behandelten auch die nach dieser Schlacht verwundeten schwedischen Soldaten.

Die Danziger Chirurgen wurden verpflichtet, über alle Schlaganfälle und Verwundungen, die kurz als "Blut" und "Blau" bezeichnet wurden, den Burggraf zu benachrichtigen. Sie stellten dabei sogenannte Besichtigungszettel oder Wundzettel

aus. Diese mußten den Namen des Beschädigten, seinen Beruf und den Wohnort enthalten. Die Verletzungen mußten genau beschrieben werden. Auch der Ort der Verletzung und der Name des Täters, wenn sie dem Opfer bekannt waren, wurden vermerkt. Die Witwen verstorbener Meisters besaßen auch das Recht, Wundzettel auszustellen.

Noch zu Anfang des 16. Jahrhunderts stellten Gerichtsangestellte solche Wundzettel aus. 1588 entschied der Burggraf Georg Rosenberg, daß die Berichtszettel von dem Ältermann ausgestellt werden sollten *(134). Von jedem Fall von Verwundung sollte, bei 10 Gulden Strafe, innerhalb von 24 Stunden der Burggraf verständigt werden. Für das Verschweigen eines Todesfalles drohte als Strafe Berufsverbot für 1/2 bis 1 Jahr oder sogar für immer. Im Jahre 1691 hat der Ältermann Benjamin Balkau auf dem Leichenschauschein den Namen des Täters nicht angegeben. Deswegen verlor er die Stellung des Ältermannes auf Dauer *(135).

Das Honorar für die Ausstellung des Wundzettels war niedrig und betrug 8 Groschen. Die Kosten der Behandlung waren dagegen hoch. Die Geschädigten ließen sich gern lange und teuer behandeln, da die Kosten der Täter tragen mußte. Diese Verpflichtung erhöhte die Einnahmen der Chirurgen bedeutend. 1594 wurden innerhalb von 12 Monaten 297 Besichtigungszettel ausgestellt.

König Ladislaus IV. erlaubte am 5. Februar 1636 den Chirurgen die Behandlung von Verwundeten ohne jedes Mal den Burggraf zu benachrichtigen. Nur in Ernstfällen waren sie dazu verpflichtet *(136). Dieses Privileg wurde vom König Johann Kasimir am 25. September 1651 bestätigt, drei Jahre später jedoch nach Vermittlung des Stadtrates aufgehoben. Der Rat konnte nicht zulassen, daß die Chirurgen über die Strafbarkeit selbst entschieden. Dieses Vorgehen verursachte neben der Gefahr der Verheimlichung von Straftaten auch eine Minderung der Einkünfte der Stadt. Jeder vom Gericht Verurteilte hatte an die Stadtkasse eine hohe Geldstrafe zu entrichten.

Die Chirurgen stellten auch Zeugnisse über den Gesundheitszustand aus. Diese hatten manchmal große Bedeutung. Der Burggraf Rosenberg benötigte 1577 ein solches Zeugnis als

Entschuldigung gegenüber dem König Stefan Batory. Er war mit einer Botschaft nach Danzig geschickt worden, konnte jedoch wegen Krankheit oder wollte nicht rechtzeitig mit der Antwort zum König zurückkehren *(137).

Im Jahre 1589 wandte sich der Stadtrat an die Zunft mit der Anfrage, ob sie zwei Chirurgen zur Leichenschau bestimmen könne. Dieses Vorgehen war ungewöhnlich. Bisher hatten sich mit der Leichenschau die Henker beschäftigt. Der Rat brauchte jedoch jetzt besser ausgebildete Leichenschauer. Die Zunft fürchtete dagegen um ihr Ansehen, wenn sie Mitglieder zur Leichenschau als Nachfolger der Henker nominierte. Da die Zunft lange Zeit keine Antwort gab, bekamen am 3. Juni 1589 Gert Hinrichsen und Engelbert Potter als Chirurgen vom Stadtrat das Bürgerrecht. Sie legten keine Meisterprüfung vor der Zunft ab.

Die Zunft konnte gegen diesen Beschluß keinen Einspruch erheben. Sie versuchte aber schon am nächsten Tag die Eindringlinge zu boykottieren. Allen Zunftmeistern und Gesellen wurden alle Kontakten mit ihnen und ihren Gesellen verboten. Dafür drohte strenge Strafe. Die wandernden Gesellen sollten von den Zunftchirurgen darüber informiert und gewarnt werden *(138).

Die zwei neue Chirurgen beschäftigten auch Gesellen. Sie hatten jedoch keine Lehrlinge. Bei ihrer Tätigkeit spielte außer der Leichenschau die Ausstellung von Wundzetteln eine gewisse Rolle. Sie waren also als Amts- oder Gerichtschirurgen beschäftigt. Außerdem konnten sie die übliche Barbiertätigkeit ausüben.

Nach dem Tod dieser Leichenschauer übernahm diese Tätigkeit einer der nachgeordneten städtischen Richter. Nach kurzer Zeit beteiligte sich schon einer der Zunftchirurgen und seit 1635 sogar ältere Chirurgen. Nach 50 Jahren der Ablehnung übernahm die Zunft diese ungewollte Aufgabe. Die Chirurgen übten die Tätigkeit anfangs umsonst aus. Erst 1745 erhielten sie eine Entlohnung, und zwar bekam jeder Ältermann jährlich 200 Taler.

Im Laufe der Zeit wurden auch die Stadtärzte zur Leichenschau verpflichtet.

V. 2. DAS ARBEITSGEBIET DER BARBIERE AUßERHALB DANZIGS

Das Barbieren war die ursprüngliche und blieb bis zu letzten Tagen der Barbierzunft in fast allen Städten die wichtigste Tätigkeit. Dadurch wurde die materielle Existenz der Wundärzte gesichert. In früheren Zeiten rasierten sie die trockene Haut und wurden deswegen auch "Trockenscherer" genannt. Erst seit 1525 (Königsberg) verwandten sie Seifenschaum und konnten nun mit den Badern richtig konkurrieren *(139). Im Gegenteil zu den Badern durften sie auch überall bei Kunden im Hause arbeiten, was einen großen Vorteil bedeutete.

Die zweithäufigste Beschäftigung, das Aderlassen, war nur zu bestimmten Zeiten, unter den sogenannten vier guten Sternzeichen (Wassermann, Widder, Waage, Schütze) erlaubt. In Stettin gaben die Alterleute jeweils die Erlaubnis, diesen Eingriff in oben genannten Jahreszeiten auszuüben *(140). In Riga wurde das Ausgießen des Aderlaßblutes in den Rinnstein bestraft *(141). Den Aderlaß, der oft auf Weisung des Medicus erfolgte, durften nur Barbieri und Bader ausüben *(142).

Überall verfügte der Kunde über die freie Wahl des Meisters. Der Wundarzt war zur sorgsamsten Behandlung und zur Zuziehung eines zweiten Meisters in schwierigen Fällen verpflichtet. Seit 1700 mußten die Meister in Stralsund bei Kunstfehlern eine Entschädigung zahlen *(143). Das Honorar wurde in Riga in Streitfällen von der Stadtkammer und den ältesten Meistern festgelegt. In Hamburg bestimmte das die Rolle. In Riga untersagte man schon 1494 ausdrücklich, die Bezahlung vor der Behandlung zu verlangen *(144).

In Greifswald beschränkten sich die Meister selbst auf Haarschneiden, Bartscheren, Aderlassen, Schröpfen und kleine Chirurgie. Obwohl sie immer viel von sich selbst hielten, vermieden sie jedes Risiko und überließen dem Stadtwundarzt oder sogar dem Bader schwierigere Fälle. Die Zunft besaß aus gemeinsamen Mittel gekaufte, chirurgisches Instrumentarium, das jedoch selten genutzt wurde. In dieser Stadt bestanden, obwohl es dort eine Universität gab, wo zahlreiche schwedische Ärzte und Chirurgen leicht und oft nur gegen Bezahlung

promoviert haben, keine Fortbildungsmöglichkeiten *(145).

In Stralsund, wo auch die Bader sich mit der Chirurgie beschäftigen durften, herrschten nicht viel bessere Verhältnisse. Im Bereich der kleinen Chirurgie sind hier die Behandlung von frischen und alten Wunden, das Aufschneiden der Geschwüre, das Reponieren von Luxationen und die Behandlung der Beinbrüchen erwähnt worden. Die Barbieri zogen oft auch Zähne, was ihnen in anderen Städten entweder ganz verboten war oder selten ausgeübt wurde (Königsberg) *(146). Damit endete die medizinische Tätigkeit in den meisten kleinen Zünften. Manchmal wurde den Wundärzten erlaubt, selbstgemachte Salben zu verkaufen. In Greifswald wurde 1780 den Barbieren die Herstellung von Medikamenten nach der schwedischen Medizinalordnung untersagt. In Reval konnten die Meister außerdem in ihren Barbierstuben Bier und andere alkoholische Getränke ausschenken, was ein gutes Zusatzeinkommen erbrachte *(147).

Innere Kuren wurden den Wundärzten seit dem 18. Jahrhundert überall untersagt. In kleineren Orten wie Greifswald oder Reval jedoch, wo wenige oder keine Ärzte vorhanden waren, beschäftigten sich die Barbieri aber weiter damit *(148). Überall wurde ihnen verboten, Syphiliskranke zu behandeln. In Greifswald sollte man über alle diese Fälle, sowie über Schwangerschaften, den Bürgermeister und den Stadtrichter verständigen. Trotz der in der Rolle von 1766 erwähnten Schweigepflicht wurde sie oft nicht eingehalten *(149). In Königsberg konnten sich die Meister entscheiden, entweder die Syphilis- oder Pestkranken und niemanden sonst zu behandeln, oder keine von diesen Personen *(150). Da niemand auf seine alte Kunden verzichten wollte, mußte die Stadt besondere Pestbarbiere einstellen.

In größeren Zünften wagte man auch schwierigere Operationen durchzuführen. In anderen Städten versuchten das nur die Stadtchirurgen oder in Krankenhäuser beschäftigte Wundärzte *(151). In den ersten Jahren des Zunftwesens verlangte man bei schweren Eingriffen (z.B. Amputationen) das Einverständnis der Älterleuten einzuholen. Später sollte immer ein Physicus anwesend sein. Diese Ärzte, die selbst nicht

operieren konnten, verstanden auch nicht viel von der Chirurgie. Ihnen wurde jedoch wegen ihrer besseren Ausbildung die Aufsicht übertragen. Diese Form der Unterordnung der Chirurgie bestand bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts. In Stralsund wurde seit 1821 ein Chirurg mit Universitätsausbildung im Stadtkrankenhaus angestellt. Seit 1810 gab es in Preußen und nach 1815 in Schwedisch-Pommern nur noch Barbieri ohne chirurgische Tätigkeit. Diese genossen alle Rechte der Zunftmitgliedschaft. Die Chirurgie wurde dagegen allmählich wieder der Medizin eingegliedert *(152).

In allen Städten ernannte der Stadtrat die Stadtchirurgen, auch Ratschirurgen oder Stadtwundärzte genannt, oder diese Funktion wurde dem Altermeister übertragen. Nur sie bekamen das Recht, auf den ersten Verband bei allen Schaden, die durch Gewalteinwirkung entstanden waren. Die Ratschirurgen mußten überall einen Eid schwören, in dem sie sich verpflichteten, zu jeder Zeit zur Verfügung zu stehen und vor Gericht unbeeinflußt auszusagen. In Danzig durften bis Ende des 16. Jahrhunderts alle Meister und Witwen die Verletzten behandeln und die Gichtzettel (Wundzettel) ausstellen *(153). Nach 1588 tat es nur der Älteste.

Seit 1565 gab es auch in Greifswald Stadtchirurgen. Sie gehörten der Zunft an und bekamen, wie es überall üblich war, einen Lohn und Befreiung von allen bürgerlichen Lasten. Dafür sollten sie die städtischen Bediensteten, die Armen und Waisen behandeln und Leichenobduktionen durchführen. In dieser Stadt gab es bis in die 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts keine zusätzliche Prüfung für Ratschirurgen und ihnen war auch die Durchführung innerer Kuren erlaubt. Nur sie führten größere Operationen aus und besaßen chirurgische Instrumente. Diese Chirurgen stammten vorwiegend aus Berlin. Die freien Stellen sind in Stralsunder, Stettiner und Berliner Zeitungen ausgeschrieben worden. Die vor dem Berliner Obercollegium medicum abgelegte Prüfung wurde in Greifswald, ungeachtet der Proteste der Zunft, voll anerkannt. Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts verlangte man auch noch eine zusätzliche Prüfung vor dem Stadtphysikus *(154).

In Stralsund sollte der seit Anfang des 17. Jahrhunderts

amtierende Stadtchirurg auch das von ansteckenden Krankheiten befallene Vieh besichtigen *(155). Man nahm an, daß die Syphilis auf das Vieh übertragen werden könnte. Da diese Tätigkeit nicht hoch angesehen war, bestimmte der Rat, daß niemand den Meister deswegen gering schätzen durfte. Außerdem beschäftigte er sich, wie in anderen Städten, vorwiegend mit Unfallchirurgie. Bis 1820 wurde er vom Stadtphysikus geprüft, der auch sein direkter Vorgesetzter war. Manchmal wurden den Stadtwundärzten bestimmte Aufgaben zugewiesen, so wurde ihnen in Rostock die Durchführung von Impfungen übertragen *(156).

Der Stockholmer "Ältermann" besaß im Vergleich mit den übrigen Amtschirurgen die größte Macht und den breitesten Aufgabenbereich. Unter der Dienstbezeichnung "Direktor" erlangte er die Aufgabe einer Aufsichtsbehörde und die Verantwortung für die wissenschaftliche Schulung des Nachwuchses. In Reval arbeitete der Stadtwundarzt eng mit dem Stadtphysikus zusammen. Er wurde aus dem Kreis der Zunftmeister berufen. Der erste Ratschirurg, der seit 1424 tätig war, scheint ein Arzt mit Universitätsstudium gewesen zu sein *(157). Seit 1786 wurde zusätzlich ein Stadt-Subchirurgus bestellt. Sein Aufgabenbereich war ähnlich wie in den anderen Ostseestädten, da man hier das Medizinalwesen nach dem Muster Lübecks organisiert hatte. In Königsberg wurden die besoldeten Stadtchirurgen seit 1491 ernannt und im 18. Jahrhundert Ratschirurgen genannt. Ihre Aufgaben entsprachen den vorstehend beschriebenen.

VI. 1. FREMDE, IN DIE DANZIGER ZUNFT INKORPORIERTE CHIRURGEN UND "FREIE MEISTER"

Nur 20 in Danzig ansässige Meister hatten das Recht Lehrlinge auszubilden. Die außerhalb der eigentlichen Stadt arbeitenden Chirurgen, die überwiegend aus Danzig stammten, bemühten sich auch um dieses Recht. Da jedoch das Abschluszeugnis nicht der Meister sondern die Zunft ausstellte, lag die Entscheidung in deren Hand.

Seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts inkorporierte die Zunft auch auswärtige Chirurgen. Das geschah auf einfache Weise. Der Kandidat mußte persönlich zu einer Versammlung erscheinen und wurde in die Zunft aufgenommen. Er mußte einen Beitrag leisten und sich zur Befolgung der Zunftgesetze verpflichten. Insbesondere durfte er sich nicht in der Stadt und näher als 5 Meilen von ihrer Grenzen entfernt niederlassen. Ihm wurden auch alle Kontakte mit Kurpfuschern verboten. Für Zusammenarbeit mit ihnen drohte Strafe in Höhe eines Fasses Bier.

In komplizierten Fällen sollte der inkorporierte Meister die Danziger Chirurgen um Hilfe bitten. Der Kranke besaß das Recht auf die Wahl des weiterbehandelnden Meisters. Diese Bestimmung gab den Zunftmeistern zusätzliches Einkommen und erhöhte ihren Berufswert.

1610 bekam Johann Retellius aus Graudenz diese Rechte. Alle Regeln der Vereinbarung wurden im Zunftbuch beschrieben. Später schrieb man nur "wie Johann Retellius" *(158).

Seit dieser Zeit durften die Lehrlinge dieses Meisters in das Lehrlingsbuch der Danziger Zunft eingeschrieben werden. Sie bekamen von der Zunft auch das Abschluszeugnis. Dafür bezahlten einige Chirurgen sogar jährlich einen gewissen Betrag. Konrad Liers, der für diese Rechte einen Taler jährlich bezahlte, brach später die Regel der Vereinbarung. Er ließ sich in Danzig nieder und wurde dafür mit Gefängnis bestraft.

Zumeist zogen jedoch aus diesen Vereinbarungen beide Seiten Nutzen. Zwischen 1584 und 1710 wurden 38 Chirurgen aus verschiedenen Orten in die Danziger Zunft inkorporiert *(159).

Die Chirurgen, die außerhalb der Stadt aber nicht weiter als 5 Meilen von der Stadtgrenze tätig sein wollten, mußten dazu die Genehmigung des Stadtrates einholen. Sie mußten vor der Zunft die Meisterprüfung ablegen und eine Gebühr in die Zunftkasse zahlen. Erst dann bekam ein solcher Barbier die Erlaubnis sich in einem bestimmten Vorort Danzigs als "Freimeister" niederzulassen. Er war in seiner Tätigkeit aber offensichtlich beschränkt, was durch die unmittelbare Nähe der städtischen Praxen und Angst der Zunftchirurgen vor der Konkurrenz zu erklären ist.

Christoph Ulrich bekam 1676 als erster vom Stadtrat die Genehmigung, seinen Beruf in einem Vorort auszuüben. Er durfte keine Lehrlinge oder Gesellen beschäftigen. Alle Schwerkranke konnte er erst nach einer Konsultation von Zunftchirurgen behandeln. Die Patienten, die irgendwelche Bestätigung oder Wundzettel brauchten, mußten an die Ältermeister überwiesen werden *(160). Das zugewiesene Gebiet umfaßte meistens auch wenig Einwohner. Das Einkommen dieser Chirurgen war niedrig und deswegen ließen sich als Freimeister nur diejenigen nieder, die keine Ansicht auf eine eigene Barbierstube in der Stadt hatten.

Im 18. Jahrhundert erteilte der Stadtrat für ein Betrag von 150 Gulden den Freimeistern das Recht, Lehrlinge anzunehmen. Diese wurden aber in das Lehrlingsbuch unter dem Namen des Ältermannes eingeschrieben. Auf diesem Weg ließ der Chirurg Ludwig Koch in den Jahren 1798 bis 1805 drei Lehrlinge einschreiben, darunter auch seinen eigenen Sohn *(161).

Ausnahmsweise bekam 1788 der Chirurg Birnbaum die Erlaubnis, Messingbecken als Berufsinsignien auszuhängen. Er durfte, im Gegensatz zu den Meistern in der Stadt, die vier Becken aushängen durften, nur zwei anbringen. Er erhielt aber keine Erlaubnis, eigene Lehrlinge zu halten. Deswegen mußte sein Sohn bei einem anderen Meister, David Nicksius, lernen. Nach dem Tod seines Sohnes durfte Birnbaum für 40 Gulden einen Lehrling aufnehmen *(162).

Seit dem 16. Jahrhundert gab es in Danzig die Stelle

eines "Pockenarztes", auch als "Pestbarbier" bezeichnet. Noch im 17. Jahrhundert wurden auch Bader auf solche Stellen berufen. Am 15. Januar 1536 beschloß der Stadtrat einen Pestarzt für 3 Gulden wöchentlich einzustellen. Dieser Lohn wurde jedoch unregelmäßig ausgezahlt, wie aus der Korrespondenz der Chirurgen mit dem Stadtrat zu entnehmen ist. Die Pestbarbiere legten die Prüfung vor den Stadtärzten und nicht wie die Freimeister, vor der Zunft ab *(163). Sie waren also ganz dem Stadtrat unterstellt.

Der Pockenarzt wohnte in einem 1634 zu diesem Zweck beim Lazarett gebauten Haus und durfte keine Gesellen beschäftigen. Während einer Epidemie war er ausschließlich zu deren Bekämpfung verpflichtet *(164). Sonst übte der Pestbarbier gewöhnliche Barbierstätigkeit aus.

Am Ende des 17. Jahrhunderts genehmigte der Rat die Errichtung einer zweiten Barbierstube für den Pockenarzt. Als 1679 in einem Vorort Danzigs eine Epidemie ausbrach, weigerte sich der dort ansässige Freimeister die Kranken zu behandeln. Diese Aufgabe übernahm ein Geselle, der 1683 dafür die Pestarztstelle bekam *(165). Drei Jahre nach seinem Tod, am 27. Juni 1708 beschloß der Stadtrat nicht mehr die 3 Gulden wie bisher als Wochenlohn auszuzahlen. Der Pestbarbier erhielt dafür die Rechte eines Freimeisters und war lediglich während einer Epidemie zur Behandlung Pestkranker verpflichtet. Während der großen Epidemie von 1709 waren praktisch alle Chirurgen zur Behandlung der Pestkranken verpflichtet *(166).

Am 6. Juni 1791 beantragte die Zunft aus Konkurrenzgründen die Auflösung der Pestbarbierstube. Der Stadtrat entschied zu Gunsten der Zunft und hob die Stelle des Pockenarztes auf.

VI. 2. FREMDE CHIRURGEN, FREIMEISTER UND PESTBARBIERE IN ANDEREN OSTSEESTÄDTEN

Fremde, in die Zunft inkorporierte Meister trifft man nur in den größeren Barbierzünften an. Außer in Danzig wurden sie in die Lübecker, Stockholmer und Königsberger Zunft aufgenommen. In Lübeck, ähnlich wie in Danzig, war die Möglichkeit, beim dortigen Amt die Lehrlinge ein- und auszuschreiben, entscheidend. Man verlangte von den Lehrlingen der auswärtigen Mitglieder doppelte Gebühren. Darin lag die einzige Beschränkung, nachdem die Lehre als solche anerkannt werden konnte. Der Barbierchirurg in Travemünde, der seit 1594 im dortigen Hafen tätig war, mußte sich in Lübeck der Prüfung unterziehen und wurde dann als auswärtiger Meister in die Zunft aufgenommen *(167).

Die in den Erzgruben und in kleinen Orten Schwedens angestellten Chirurgen mußten der Stockholmer Zunft angehören. Sie bekamen dafür das Recht, Gesellen zu halten. In Königsberg wurden nach der Zunftrolle von 1692 alle Meister, die in Herzogtum wohnen und als Wundärzte arbeiten wollten, examiniert und in die Sozietät aufgenommen. Sie besaßen das Recht, nur einen Lehrling zu halten. 1706 gründeten 6 Meister aus Memel eine eigene Zunft, um sich von den Königsberger Kollegen unabhängig zu machen. Trotz der Privilegien, die den Chirurgen in Königsberg die Vorrechte im ganzen Herzogtum sicherten, wurde die Memeler Zunft anerkannt und erhielt im nächsten Jahr eine eigene Rolle (Satzung) *(168).

In fast allen Städten gab es "Freimeister". Dabei handelte es sich um Chirurgen, meistens die Schützlinge von Fürsten oder Militärwundärzte, die wegen des "Numerus clausus" oder der hohen Verkaufspreise der Barbierstubengerechtigkeiten keine Ansichten auf ein eigenes Privileg hatten. Sie durften in der Regel keine Lehrlinge und Gesellen halten und waren in ihrer Tätigkeit deutlich beschränkt. In Danzig, wo die Freimeisterstuben nur in den Vororten der Stadt erlaubt waren, bis der Rat die Konzession erteilte, wurden die Älterleute um Begutachtung der Kandidaten ersucht. In anderen Städten

erfolgte die Ernennung auch gegen den Widerspruch der Innung.

In Stralsund wurde einem Freimeister der Anspruch auf die nächste freie Stelle zugestanden. Hier, ähnlich wie in Greifswald, spielte die Qualifikation des Bewerbers eine entscheidende Rolle. 1711 erhielt gegen den Widerstand des Amtes der erste Freimeister eine Konzession. Seit 1731 war die Zunft nicht mehr in sich geschlossen. In Greifswald haben Freimeister seit der Mitte des 18. Jahrhunderts wiederholt Barbierstuben eröffnet. Einige wollten von sich aus auf die chirurgische Tätigkeit verzichten, um von der teuren Prüfung befreit zu werden. Der Rat nahm solche Anträge jedoch nicht an und auch die Freimeister mußten sich prüfen lassen. Im Jahre 1785 wurde einem Meister vom Rat die Konzession nur für die Chirurgie, ohne Barbiertätigkeit erteilt. Die Regierung erlaubte schließlich 1792 die Eröffnung einer reiner Barbierstube sogar ohne Recht auf Aderlassen *(169).

In Königsberg wurden schon im 17. Jahrhundert nicht selten Freimeister vom Kurfürsten ernannt. Manchmal erhielten sie auch das Recht, Lehrlinge und Gesellen zu halten und Becken auszuhängen. Sie brauchten keine Prüfung abzulegen oder die Praxis zu kaufen. Außerdem gab es an der Universität einen "Akademischen Chirurgus", der arme Studenten umsonst versorgen mußte *(170).

Die dritte Gruppe von Chirurgen, die meist keine Zunftmitglieder waren, bildeten die Pestbarbiere. In Stralsund starben 1629 alle Barbieri an der Pest und die Zunft mußte neugegründet werden. Das war das größte Opfer, das eine Barbierzunft bei der Bekämpfung dieser Seuche erbracht hat. Wohl deswegen stellten die Meister bei der Pest im Jahre 1710 keinen Pestbarbier aus ihren Reihen. Der Stadtrat war gezwungen, das Barbieramt um 4 neue Stellen zu erweitern. Den 3 neuen Pestbarbieren versprachen der Rat und die Zunft volle Meisterrechte. Nachdem die Krankheit erlosch, hielten sie ihr Versprechen jedoch nicht ein *(171).

In Greifswald übernahmen meistens Bader die Stelle des Pestchirurgen, was auch in Danzig bis zum 17. Jahrhundert üblich war. In Reval war nur der Ältermann zur Behandlung der

Pestkranken verpflichtet. Er bekam während der Zeit der Seuche Pestbarbiere zur Hilfe. In Königsberg stellte die Stadt Pestbarbiere bei Bedarf ein. Die Kranken wurden auf Kosten der Barbierzunft im Hospital behandelt. Die Zunftmeister entschieden sich nur selten für diese gefährliche Tätigkeit.

VII. 1.a) Chirurgen als Schwarzarbeiter. Kampf gegen die Konkurrenz der Kurpfuscher und Henker.

Seit 1457 durften nur 20 Barbierchirurgenmeister in Danzig tätig sein. Für diese Privilegierung hatten sie, wie alle anderen Zunftmeister, der Stadt gegenüber besondere Pflichten. Diesen Verpflichtungen waren die illegal arbeitenden Chirurgen nicht unterworfen und konnten daher für niedrigere Entlohnung arbeiten. Die Zunft bekämpfte diese Art der Konkurrenz mit allen Mitteln.

Die Konkurrenten außerhalb des Barbierchirurgenberufs wurden als "Beschädiger", "Boenhase" oder "Kurpfuscher" bezeichnet *(172). Sie waren oft auf ihren Beruf nicht schlechter als die Zunftmitglieder vorbereitet, manchmal sogar besser. Außer Badern und Henkern, die neben ihrer eigentlichen auch chirurgische Tätigkeit ausübten, wurden die nicht der Zunft angehörenden Chirurgen als Kurpfuscher betrachtet. Die Zunft begründete die gegen diese getroffenen Maßnahmen mit wirtschaftlichen, aber auch sehr geschickt mit medizinischen Gründen. Eigentlich ging es nur darum, sich der Konkurrenz zu erwehren *(173). Deswegen wurden auch früher anerkannte Barbierchirurgen und auch sogar die auf dem Gebiete der Chirurgie tätigen Ärzte als Pfuscher bezeichnet.

Am Ende wurde illegale Tätigkeit auch von ungelernten Leuten ausgeübt. Dazu gehörten die Heilmittelverkäufer, die zu jeder Markt- oder Ablaßzeit nach Danzig kamen und nur für diese kurze Zeit die Erlaubnis zur Berufsausübung besaßen. Nach der Apothekenordnung wurden sie "verdorbene Handwerksleute", "Alchimisten", "Paracelsisten", "Theriaks-Krämer", "alte Betteln" und "Quacksalber" genannt *(174). Besonders unmittelbar nach Pestepidemien fanden sie viele Kunden, denen sie Schutzmittel gegen die Pest anboten. Man darf sich nicht wundern, daß einfache Leute ihre Hilfe suchten, ließen sich doch auch Könige und Fürsten manchmal von Kurpfuschern behandeln. Neben dem Heilmittelverkauf nahmen diese Personen auch chirurgische Eingriffe vor.

Drei Paragraphen der Satzung von 1457 behandeln die Kurpfuscherei. Paragraph 13 bestimmte, daß die

Aufenthaltsfrist der Harnblasenoperateure auf 1 Monat beschränkt war *(175). Der nächste Paragraph verbot den Branntweinhändlern (Weinbürgern) die Behandlung von Wunden, es sei denn, sie konnten dank ihrer Kenntnisse in die Chirurgenzunft aufgenommen werden. Ihnen wurde auch der Verkauf von Salben verboten, bevor die Zunft diese nicht geprüft hatte.

Die Möglichkeit der Kontrolle und auch bei Bedarf die Beschlagnahme von Salben durch die Älterleute regelte Paragraph 15 der Satzung. Die nächste Satzung (1522) sah schon Strafen für illegale Tätigkeit vor. Ein Kurpfuscher mußte 2 Mark und 4 Pfund Wachs bezahlen. Beim zweiten Mal zahlte er dieselbe Strafe, beim dritte Mal drohte ihm die Ausweisung. 2 Mark zahlte auch der Hausbesitzer, der einem Kurpfuscher eine Wohnung vermietet hatte. 1/3 der Straf gelder bekam die Zunft. Die Strafen wurden übrigens für alle Handwerker gilden in Danzig in gleicher Höhe festgesetzt *(176).

Die Älterleute durften nach Verständigung des Zunftpatrons und mit Genehmigung des Bürgermeisters und mit Unterstützung durch Stadtratsbeamten Kurpfuscher in privaten Wohnungen aufspüren. Der Rat unterstützte die Zunft nachdrücklich bei diesem Kampf. In einem Beschluß von 1570 verbot er unter Androhung von Geldstrafe und der Beschlagnahme des Werkzeuges die illegale Ausübung der Heilkunde. Der Rat bedauerte, daß diese Tätigkeit oft mit Gesundheitsschäden oder sogar dem Tod des Patienten endete. Am 23. Februar 1578 beschloß er, fremden Handwerkern nur für 2 Wochen die Aufenthaltsgenehmigung zu erteilen *(177).

Trotz aller dieser Bemühungen war der Kampf gegen die Kurpfuscherei schwer und manchmal erfolglos. Die Zunft führte 13 Jahre lang, von 1584 bis 1597, mit dem Jonas Möller, der sich Chirurgus und Medicus nannte, eine Auseinandersetzung. Am 17. April 1584 beschlagnahmten die Älterleute seine Kiste mit Arzneimitteln. Möller klagte vor dem polnischen König dieses Vorgehen an und bekam den Bescheid, daß die Zunft ihm eine Entschädigung zu zahlen habe. Erst neun Jahre später - die Verzögerung wurde mit der zu dieser Zeit in Polen herrschenden Pest erklärt - legte Möller den königlichen Erlaß der Zunft

vor. Die Alterleuten verlangten ein ausführliches Verzeichnis der Arzneimitteln. Moller antwortete darauf, daß er die Heilmittel und ihre Zusammensetzung nicht gekannt habe, weil alle bei Alchemisten gekauft worden waren. Trotz dieses Beweises seiner schädlichen Tätigkeit mußte vier Jahre später, nach erneuter Anweisung des Königs, dem Pfuscher die Entschädigung in Höhe von 675 Mark gezahlt werden. Die Zunft mußte das Geld leihen und Jonas Möller blieb weiter in Danzig *(178).

Der Stadtrat begrenzte inzwischen weiter die Tätigkeitsbereiche. Am 26. März 1596 beschloß er, daß nur die Chirurgen Wunden behandeln, Aderlassen und Kolben scheren durften *(179). Andere Personen, die nicht der Zunft angehörten, durften nur alte Wunden behandeln. Es fehlte aber an der konsequenten Durchsetzung dieser Anordnung. Während des Dominikanenmarktes, der alljährlich zwischen dem 5. August und 2. September stattfand, durften alle Kurpfuscher unbegrenzt tätig werden. Man stellte in dieser Zeit ihre Kenntnisse offenbar nicht in Frage und deshalb lag es nahe, daß sie auch noch außerhalb dieser Zeit ihrer Tätigkeit nachgingen. Die Apothekenordnung von 1597 erlaubte auch den nicht in Zünften organisierten Personen die Ausübung der Heilkunde, wenn der Kandidat seine Kenntnisse nachgewiesen hatte *(180).

Unter der Konkurrenz der Kurpfuscher litten auch die Ärzte. Sie versuchten den Stadtrat von der Notwendigkeit strengerer Maßnahmen gegen die illegale Konkurrenz zu überzeugen. Der Rat beschloß jedoch nur, die Kontrolle der neuzuziehenden Personen zu verstärken. Die bereits seit längerer Zeit tätige Personen durften in der Stadt bleiben.

Da die Ärzte mit der zu milden Entscheidung des Rates unzufrieden waren, wandten sie sich an König Ladislaus IV. Am 9. Februar 1636 erhielten sie von ihm ein Privileg, das nicht nur jede Tätigkeit der Kurpfuscher verbot, sondern auch die Bildung einer vom Stadtrat unabhängigen Organisation, eines Collegium Medicum, zur Kontrolle des Gesundheitswesens ermöglichte. Dieses Collegium sollte die Aufgaben der Stadtärzte übernehmen. Der Rat wollte jedoch diesen Bereich nicht aus seiner Kontrolle verlieren und verhinderte die

Entstehung des Collegium Medicum *(181).

Der Rat überprüfte nun sorgfältiger, aber doch nicht allzu streng, die erteilten Genehmigungen. Der Krämer Gerdt Specht verkaufte auch Heilmittel und nahm ohne Erlaubnis Lehrlinge an. Dafür mußte er am 31. Mai 1656 30 Taler und am Anfang 1657 noch einmal 50 Taler Strafe entrichten. 5 Jahre später besaß er schon auf legalem Wege eine eigene Apotheke und verkaufte ein von ihm selbst erfundenes Mittel, das gegen alle Krankheiten und Wunden helfen sollte *(182).

Die Klöster beschäftigten eigene Barbierchirurgen. Sie waren verpflichtet, nur innerhalb der Klostermauern ihren Beruf auszuüben. Trotzdem kam es oft vor, daß sie diese Anordnung übertraten und in der Stadt arbeiteten. Der Barbieri Klemens Janik wurde dreimal nacheinander bei derartiger Kurpfuscherei ertappt. Da die Zünfte gegenüber den Klöstern nichts ausrichten konnten, wandten sie sich an die polnischen Könige. Johann Kasimir beauftragte am 27. September 1669 das Karmelitenkloster, alle, im Kloster nicht benötigten Handwerker zu entlassen. Johann III. Sobieski billigte während seines Aufenthaltes in Danzig 1678 den Ratsbeschluß, daß alle Kurpfuscher die Stadt zu verlassen hätten *(183).

In der Praxis jedoch blieben die Barbierchirurgen auch weiterhin ohne wirksame Unterstützung. Sie mußten sogar die Anwesenheit eines Barbierchirurgen in der königlichen Kapelle dulden. Als im Jahre 1793 der dort tätig gewesene Chirurg Wesolowski starb, besetzte der Pfarer, trotz des Widerspruchs der Zunft, sofort die freie Stelle. Dieser geduldete Kurpfuscher dürfte dem Pfarer wahrscheinlich eine hohe Miete gezahlt haben. Die Zunft konnte ihn, wegen alter königlicher Privilegien, nicht vertreiben *(184).

Manchmal gelang es der Zunft bei Streitigkeiten unter der Konkurrenz Vorteile für sich zu gewinnen. Einer der im Dominikanerkloster tätigen Barbieri, Christian Weinkauff, fühlte sich von dem anderen Barbier bedroht. Er bekam am 18. Dezember 1792 für 200 Gulden von der Zunft den Titel eines Freimeisters und durfte sogar zwei Messingteller aushängen. Da er aber seine Tätigkeit nur im Kloster ausüben durfte, sollten die Teller auf der Innenseite des Fensters in seiner Wohnung

angebracht werden. Die Zunft versprach ihm im übrigen Hilfe und Unterstützung *(185).

Zu dieser Zeit waren die Ärzte bei allen schwierigen Operationen anwesend und bekamen, obwohl sie nichts dabei taten, doch Lob dafür. Diejenigen Chirurgen, die ohne Wissen der Ärzte operierten, wurden dagegen als Pfuscher betrachtet.

1635 entfernte der aus Danzig stammende Chirurg Daniel Schwalbe bei einem Patienten in Königsberg ein Messer aus dem Magen *(186). Diese erste in dieser Gegend ausgeführte Gastrotomie ist von den drei Ärzten Beckher, Hemsing und Loth beschrieben worden *(187). Loth war nicht einmal bei der Operation zugegen. Dennoch wurden diese drei Ärzte, nicht aber der Operateur zu diesem Erfolg beglückwünscht.

Die Zunftmitglieder selbst waren an diesen Streitigkeiten auch nicht ganz schuldlos. Am 23. April 1703 erließ der Stadtrat eine Medizinal-Ordnung, die zum Teil die Vorschläge der Ärzte aus dem Jahre 1636 realisierte. Sie regelte auch die Pflichten und Rechte der Chirurgen. Niemand sollte die Berufserlaubnis erhalten, ohne vor den Stadtärzten eine Prüfung abgelegt zu haben. Die Kurpfuscher mußten die Stadt verlassen. Die Ausnahme bildeten nur die Augenärzte und die Wanderchirurgen, die Bruchoperationen und Lithotomien ausführten. Neben diesen Beschlüssen verpflichtete der Rat die Zunftchirurgen zum besseren Verhältnis gegenüber den Ärzten. Diese beklagten sich oft über die Chirurgen, die in ihre Kompetenz eingriffen und sogar Syphiliskranke behandelten.

Die Chirurgen sollten nach der Medizinal-Ordnung die ärztliche Verordnungen nicht kritisieren, kein zu hohes Honorar verlangen oder absichtlich den Schweregrad eines Falles dem Kranken gegenüber aufbauschen, um mehr Geld zu bekommen. Da die Medizinal-Ordnung diese Dinge erwähnt, muß man daraus schließen, daß derartige Vorkommnisse nicht selten waren *(188).

Die Henker nehmen die niedrigste Stelle in der gesellschaftlichen Hierarchie ein. Sie wurden in Danzig verpflichtet, gemäß dem Beschluß des Stadtrates von 1659, außer den Hinrichtungen die Abfuhr von Unrat im weitesten

Sinne zu erledigen. Jede Tätigkeit wurde einzeln entlohnt. 1659 bekamen sie für eine Enthauptung 3 Gulden, für eine Verbrennung 4 Gulden *(189).

Als Nebentätigkeit haben die Henker immer und überall chirurgische Maßnahmen ausgeführt. Dank ihrer spezifischen, geheimnisvollen Arbeit und praktischen Kenntnissen in der Heilung von Knochenbrüchen und Verstauchungen waren sie auch als Heiler gefragt. Der Danziger Stadtrat hat mit Beschluß vom 12. Juli 1641 ihnen nur die Einrenkung verrenkter Extremitäten erlaubt, andere Eingriffe wurden ihnen verboten *(190). Trotz der hohen Geld- und manchmal sogar Freiheitsstrafen hörten die Henker mit der Kurpfuscherei nie auf. Seit Ende des 17. Jahrhunderts wurde jeder neuernannte Henker über die Strafen, die seine Vorgänger bekommen hatten, vom Rat eingehend unterrichtet. Trotzdem haben sich auch die neueingestellten Scharfrichter wieder kurpfuscherisch betätigt.

In Danzig fürchteten die Barbieri ihre Konkurrenz nicht mehr als die anderer Kurpfuscher. Deswegen genügten der Zunft in der Auseinandersetzung mit den Henkern die Beschlüsse des Stadtrates. In Thorn dagegen beschafften sich die Barbieri ein vom polnischen König August II. erteiltes Privileg, um besser diese Konkurrenz bekämpfen zu können.

Die Konkurrenz dieser "unwürdigen" Heilpersonen beeinträchtigte mehr das Ansehen der Chirurgen als daß ihnen materielle Schwierigkeiten entstanden. Die Meister beklagten sich beim Stadtrat, daß man in anderen Städten so tat, als ob der Henker in Danzig der Barbierzunft angehöre.

Es läßt sich jetzt nicht mehr entscheiden, ob in Danzig der Henker bessere Möglichkeiten für die illegale Kurpfuscherei hatte, oder die Danziger Barbiermeister empfindlicher und stolzer als ihre Berufskollegen in anderen Städten waren.

VII. 1.b) Kurpfuscher und Henker außerhalb Danzigs.

Abwehrmaßnahmen gegen die Konkurrenz wurden in allen Satzungen festgelegt. In der ältesten Rostocker Rolle befinden sie sich an erster Stelle. Innerhalb des Amtes war die Annahme von Patienten, die in der Behandlung von Zunftgenossen waren, streng verboten. Dieses bezeichnete man als "Gehen auf fremden Verband" (Reval). Es durfte auch kein Kunde, der einem Meister nicht bezahlt hatte, von dem anderen Barbier angenommen werden (Stettin). In solchen Fällen sollte sich in Rostock der neue Meister mit dem vorbehandelnden Barbier auseinandersetzen. In Riga durfte ein zur Nachtzeit vom eigenen Meister abgewiesener Kunde von niemandem angenommen werden. In Lübeck und Hamburg war offenbar für jeden Meister ein Stadtbezirk zur Betreuung der Bevölkerung festgelegt worden. Die Formulierung, daß niemand sein Gebiet erweitern durfte, kann man als Verhinderung unerlaubter Konkurrenz verstehen *(191).

Nach dem Verkauf der Praxis verlor der Barbier das Recht auf Berufsausübung und wurde dann als außerhalb der Zunft stehend betrachtet (Stralsund) *(192). Um mit der Behandlung unzufriedene Kunden sich zu erhalten und sie nicht zu Pfuschern abwandern zu lassen, verpflichtete man in allen fraglichen Fällen die Meister einen Berufskollegen hinzuzuziehen. Dem Kranken entstanden dadurch keine zusätzlichen Kosten. Erstmals und ausführlich finden die Konsilien in der Rolle von Riga Erwähnung. Hier sollte in allen gefährlichen Fällen der Älteste, in Reval sogar der Stadtmedicus, zugezogen werden. Seit dem 16. Jahrhundert wird diese Regelung in fast allen Satzungen erwähnt. In Stralsund durften die Meister die Ergebnisse solcher Konsultation nicht in Gegenwart des Kranken besprechen. Aus dem gleichen Grunde verpflichtete die Rostocker Rolle die Wundärzte zur Behandlung der zahlungsunfähigen Kranken, sie sollten abwechselnd von verschiedenen Meistern betreut werden.

Die zahlenmäßig größte Konkurrenz bildeten die wandernden Heilkünstler *(193). Einigen von ihnen, den wandernden Operateuren, Stein- und Bruchschneidern sowie Okulisten, wurde eine zeitlich begrenzte Tätigkeit erlaubt. Diese Personen

besaßen oft beachtliche Fähigkeiten und genossen vielfach auch die Wertschätzung der Zunftmeister (Rostock, Hamburg). Da sie sich mit anderen Krankheiten als die Barbierchirurgen befaßten, gefährdeten sie deren Existenz nicht. Von den wandernden Operateuren verlangte man in Stockholm seit 1688, also mit Einführung der Medizinalordnung, eine nach Prüfung durch das Collegium medicum vom König ausgestellte Genehmigung zur Ausübung ihrer Tätigkeit. In Lübeck sollten sie seit 1714 eine Prüfung vor dem Bürgermeister, dem Physikus und dem Apotheker ablegen. In Preußen brauchten sie seit 1725 einen Erlaubnisschein des Provinzialcollegiums medicum und in Schwedisch-Pommern nach 1779 die Erlaubnis des Gesundheitscollegiums, das seinen Sitz in Greifswald hatte *(194).

In Stockholm kam die Mehrzahl der Operateure aus Deutschland und blieb nicht lange in der Stadt. Es gab schon um die Mitte des 17. Jahrhunderts zwei fest ansässige Steinschneidermeister, die jedoch keine Gesellen hielten. In Reval erlaubte der Stadtrat nach dem Prinzip der Gewerbefreiheit den wandernden Operateuren die Ausübung ihres Berufes. Sie nahmen oft den Barbierchirurgenmeistern ihre Kunden weg und stellten sogar ihre Fähigkeiten in Frage. Auch der Stadtphysikus blieb von solchen Anschuldigungen nicht verschont *(195).

Ernstzunehmende Konkurrenz der Zünfte der Barbieri bildeten auch die verschiedene Verkäufer von Medikamenten. Sie erschienen auf den Märkten und besonders in Pestzeiten waren ihre Wundermittel gefragt.

Auch manche Pfuscher wohnten in den Städten, die sich nur nebenberuflich mit der Heilkunde beschäftigten. In Greifswald suchte vor allem die arme Bevölkerung diese Leute auf, da sie billiger arbeiteten. In Stralsund sind heilkundige Frauen und Schmiede erwähnt, die wegen der Unerfahrenheit der Barbieri bevorzugt in Anspruch genommen wurden. Mit dem unerlaubten Barbieren beschäftigten sich hier übrigens die Militärfeldschere. Sie wurden in Friedenszeiten schlecht bezahlt und suchten sich daher Nebenverdienste. In der kleinen Stadt mit einer großen Garnison war diese Situation für die

Zunftmeister ein standiger Grund zur Klage. Feldschere als "Pfuscher" sind auch in Lubeck erwähnt worden. In Stralsund konnten die Feldschere in der Mitte des 18. Jahrhunderts nach der Aufhebung der Beschränkung der Zahl der Barbierstuben auf Weisung des Rates in das Amt aufgenommen werden *(196).

Die Henker und Schinder wurden wegen ihres abschreckenden, geheimnisvollen Berufes oft von der Bevölkerung bevorzugt und sind deswegen in allen Städten als lastige Konkurrenten betrachtet worden. Sie behandelten Knochenbrüche und Wunden. Den Henkern wurde manchmal sogar die Versorgung alter Wunden und Verrenkungen erlaubt. Über diese Pfuscher haben sich oft die Meister in Stralsund, Rostock, Lubeck und besonders in Königsberg beklagt, wo 1686 ihre Zahl auf 4 anstieg *(197).

Die Barbieri bekämpften ihre Gegner mit allen Mitteln. In Stettin und Riga sollen besonders viele Kurpfuscher, auch "Bohnhasen" genannt, tätig gewesen sein. Dort veranstaltete man oft eine haßliche Jagd auf die Konkurrenten. In Lübeck suchten 2 jüngere Meister mit ihren Gesellen in Anwesenheit vom Wattediener die Pfuscher auf, und nahmen ihnen ihre Instrumente weg *(198). In Reval baten die Meister schon in ihrer ersten Rolle die Stadtobrigkeit um Hilfe. Seit 1690 durften hier keine Bader, Bohnhasen, Quacksalber oder "Lapper" außer den 6 Barbieren zugelassen werden. Alle Kontakte mit ihnen wurden vom Bürgermeister bestraft *(199).

Die Wundärzte selbst drangen aber in fremde Bereiche ein. Ihnen waren innerlichen Kuren verboten. Man bestrafte sie deswegen wiederholt (Stralsund). In der früheren Zeiten gehörten die auf Universitäten ausgebildeten Ärzte zu den Seltenheiten. In ganz Alt-Livland gab es in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts zeitweilig nur einen Arzt. Aus diesem Grund wurde den Barbieren (in Lübeck bis Ende des 15. Jahrhunderts) und auch den Apothekern (in Schweden noch am Ende des 17. Jahrhunderts) die Behandlung aller Krankheiten erlaubt *(200). Die zunehmende Zahl von Ärzten veranlaßte im 17. Jahrhundert in den meisten Städten die Entziehung dieser Privilegien. Die Ärzte sollten in Zukunft die Barbieri bei der

Vornahme gefährlicher Eingriffen beaufsichtigen. Seit 1825 erhielten sie in Preußen das Recht zur Ausübung der Chirurgie und damit begannen sich die Verhältnisse auch in den Nachbarstaaten zu verändern.

VII. 2.a) Auseinandersetzung mit der Konkurrenz der Bader.

Seit der Kreuzfahrerzeit waren Bader auch als Vorbeugung gegen die Lepra sehr beliebt geworden. Infolge dessen entstanden in den europäischen Städten zahlreiche Badestuben und es entwickelte sich der Beruf des Baders. Am Anfang beschäftigten sich diese auch mit der kleinen Chirurgie, denn zu dieser Zeit gab es noch für Bader, Barbieri und Chirurgen keine Spezialisierung. Erst im 14. Jahrhundert übernahmen in Danzig die Barbieri die Chirurgie ausschließlich in ihre Hände.

In Danzig werden die Bader seit 1348 in der Rechtstadt und seit 1381 in der Altstadt in den Grundzinsbüchern als *balneatores* erwähnt *(201). Sie besaßen im 14. Jahrhundert zwei und im 15. Jahrhundert drei Badestuben. Alle drei waren erbliches Eigentum der Bader. Manchmal vermieteten die Besitzer ihre Badestuben. Eine solche Vermietung erbrachte 1395 1/2 Mark wöchentlich. 1381 besaß auch der Deutsche Ritterorden eine Badestube in der Altstadt, die von dem Danziger Komthur für 4 Mark vermietet wurde. In der Jungstadt besaß der Stadtrat 1454 eine Badestube. Dort wurde vom Rat ein Bader eingesetzt, der einen jährlichen Zins zahlte.

In den Jahren 1558 bis 1560 sind im Stadtbuch neben den Namen der Alterleute aller Zünfte auch zwei Namen von Badern erwähnt, Steffen Meyer und Konrad Diesick. Letzgenannter sollte auch Alterbader werden. Die beiden waren jedoch die einzigen Bader, die im Stadtbuch eingetragen worden sind. Dort wurden manchmal sogar Personen eingetragen, die keiner Zunft angehörten. Die Bader brauchten zur Berufsausübung kein Bürgerrecht zu erwerben. Aus diesen Gründen kann man vermuten, daß sie keine echte Zunft gebildet haben, sondern eine Art von Berufsorganisation, die in der gesellschaftlichen Hierarchie niedriger als die Zünfte stand *(202).

Die Bader waren seit dem 14. Jahrhundert von den Chirurgen hinsichtlich ihrer Tätigkeit getrennt. Die Barbieri erlaubten den Badern keine chirurgische Tätigkeit. Diejenigen, die sich dennoch damit befaßten, wurden als Kurpfuscher

betrachtet. Es wurde nur das Setzen von Schröpfköpfe und das Rasieren in der Badestube erlaubt. Trotzdem wurden die Bader oft in der Bevölkerung mit den Barbierchirurgen gleichgesetzt. 1629 stellte der Stadtrat einen Bader als Pestbarbier ein *(203). Am 6. Juli 1656 wurde ein Badestubebesitzer als Badstuber und Wundarzt bezeichnet *(204). Es wurden als Berufsinsignien der Bader ein Rasiermesser und ein Aderlaßmesser beibehalten.

Diese, manchmal unklaren Verhältnisse, ermöglichten den Badern die Betätigung als Kurpfuscher. Erstmals wurden am 13. September 1600 zwei Bader, Golch und Cziman, dafür bestraft. Dieses Urteil wurde in der Zukunft als Präzedenz betrachtet und benutzt, weil es auch den Badern die Behandlung von Kranken, die Heilung von alten und frischen Wunden und auch jede, für die Barbierchirurgen schädliche Tätigkeit verbot *(205).

Die Bader wollten nicht im Schatten der Barbieri bleiben. Ihre Berufskollegen im nicht weit entfernten Königsberg betrieben schon lange auch Chirurgie. 1706 versuchten sie vom Danziger Stadtrat die Erlaubnis zur Erweiterung ihrer Berufsrechte zu bekommen *(206). Die Barbierzunft protestierte dagegen. Die Verhältnisse in den Städten Preußens sollten für Danzig ohne Einfluß bleiben und die Bader durften Chirurgie erst nach abgeschlossener, für alle Lehrlinge vorgeschriebener 3 jähriger Lehre als Barbiergeselle bei einem Barbiermeister ausüben. Der Stadtrat unterstützte darin die Barbierchirurgenzunft.

In den Jahren 1746/1747 versuchte der Bader Adam Falck noch einmal das Recht auf chirurgische Tätigkeit zu bekommen. Falck erwarb 1719 den Grad eines Meisters der Baderzunft in Königsberg, wo er auch die Prüfung vor dem Stadtarzt ablegte. Am 27. April 1746 bekam er auch vom König August II. ein Privileg, das ihm chirurgische Eingriffe erlaubte. Das Privileg wurde aufgrund von falschen, durch den Bader vorgelegten Fakten ausgestellt. Falck besaß nämlich nicht das Danziger Bürgerrecht, das er auch als Bader nicht benötigte, wohl aber zur barbierchirurgischen Tätigkeit.

Die Zunft veranlaßte den Stadtrat, das Privileg wegen

falscher Angaben als ungültig zu erklären und den Bader wegen seiner bisherigen Tätigkeit - er arbeitete in Danzig seit 1717 - als Kurpfuscher zu betrachten. Der Rat bat zwei Wochen später den König um die Erlaubnis, das Privileg nicht anerkennen zu müssen. In dieser Schrift wurde die Chirurgie als "nobilissima scientia" bezeichnet, ein Ausdruck ganz besonderer Wertschätzung *(207).

Adam Falck hatte inzwischen Mißerfolge bei der chirurgischen Behandlung von Wunden gehabt. Deswegen bat er in seinem nächsten Schreiben den Rat nur um die Erlaubnis, wie es den 6 in Königsberg tätigen Bader erlaubt war, außerhalb der Badestube rasieren zu dürfen *(208). Der Stadtrat verweigerte dem beharrlichen Bewerber auch diesmal dieses Recht.

Mit diesem Beschluß erreichten die Danziger Barbieri gegenüber den Badern zumindest theoretisch die Aufrechterhaltung des in den Statuten von 1457 und 1522 erworbenen Rechtes auf die Alleinvertretung des Barbierchirurgenberufes.

VII. 2.b) Bader außerhalb Danzigs.

Die einzige organisierte Gruppe, die mit den Barbierchirurgen konkurrierte, bildeten die Bader. Anfangs gab es in allen Ostseestädten hinsichtlich der chirurgischen Tätigkeit der Angehörigen beider Berufe fast keine Abgrenzung. Der Barbierberuf soll sogar von Badergesellen, die keine eigene Badestube besaßen, Nachwuchs erhalten haben (Königsberg) *(209). Im Laufe der Zeit trennten sich aber beide Gruppen immer mehr voneinander. In manchen Städten behielten die Bader ihre beruflichen Rechte.

In Stralsund, wo sie schon in ersten Jahren nach der Stadtgründung nachweisbar waren, genossen sie hohe Achtung. Man gestattete ihnen sogar die Ausübung der Chirurgie. Sie nannten ihre Zunft sogar "Amt der Bader und Wundärzte" und erklärten die Barbieri als ihre Feinde. Es gab dort 3 Badestuben. Das "Amt" benutzte ein eigenes Amtssiegel und stiftete der Stadt sogar silberne Pokale. 1629 starben alle Bader an der Pest und die Zunft wurde neugegründet. Sie blieb auf 3 Meister beschränkt, die ihre Jahresversammlungen abhielten und eine Krankenkasse, eigene Feuerversicherung und auch eine Sterbekasse unterhielten. Die Meister besaßen keine Waffenausrüstung zur Verteidigung der Stadt. Die Lehre dauerte 4 und bei Meistersöhnen nur 3 Jahre. Die Gesellen sollten 3 bis 4 Jahre auf Wanderschaft gehen, dann legten sie vor beiden Stadtärzten in Gegenwart des Amtes die Prüfung ab. Diese Prüfung, wie auch die Zusammensetzung von Meisterstücken, wurde ausführlich durch eine eigene Prüfungsordnung 1637 geregelt *(210). Sie verlangte relativ hohes Wissen und wurde auch von den dortigen Barbieren in Anwendung genommen. Diese Tatsache wertete übrigens die Bader auf und bestätigte dazu ihr Recht auf Ausübung der Chirurgie. Sie durften aber nur dann einen Patienten annehmen, wenn die Barbieri auf die Behandlung verzichtet hatten oder der Patient lieber einen Bader als einen Barbier in Anspruch nehmen wollte. Jede amtwundärztliche Tätigkeit war den Badern nicht gestattet.

Nach den Kriegsereignissen verließen am Ende des 17. Jahrhunderts einige Meister die Stadt. Den Badern wurde fortan

das Barbieren außerhalb der Badestube und das Aushängen von Becken an Stangen untersagt. 1683 bestimmte die schwedische Regierung Greifswald als Sitz der Badervereinigung. Diese Veränderungen, zusammen mit dem allgemeinen Niedergang des Badewesens, bedeuteten das Ende der Zunft. Die letzten Lehrlinge und Gesellen wurden 1759 und 1762 eingeschrieben und die Kasse 1770 aufgelöst *(211).

Fast genau so hoch wie in Stralsund standen die Bader in der Greifswalder Stadthierarchie. Seit 1683 wurden sie als Zunft organisiert und übernahmen manchmal die Kuren, die von den Barbieren nicht ausgeführt wurden. Sie durften sich mit der Chirurgie auch außerhalb der Badestube beschäftigen und waren mit den Barbieren gleichberechtigt. Einige Meister hatten auch in Kopenhagen Vorlesungen gehört. Schon vor dem 17. Jahrhundert wurden sie als Pestbarbiere tätig. Außer den zwei Zunftmeistern gab es hier, ähnlich wie in Reval und Königsberg, auch Freimeister. Die Badestuben waren unverkauflich und wurden als Konzessionen vom Rat vergeben. Dies bedeutete einen großen wirtschaftlichen Nachteil im Vergleich zu den Barbieren und machte die Bader von der Stadt völlig abhängig *(212).

In Königsberg wurden die Bader seit 1394 zu einer ungewöhnlichen Leistung verpflichtet. Sie hatten bei Bränden zusammen mit ihren Gesellen ausgerüstet mit ihren Badeeimern an der Feuerstelle zu erscheinen. Sonst waren sie gut organisierte, tüchtige Bader, die auch für ihre Rechte kämpfen konnten. Zu ihrer Zunft gehörten auch die Bader aus Danzig. Sie durften noch im 17. Jahrhundert in Königsberg Chirurgie betreiben. 1562 bekamen sie das Recht auf die chirurgische Tätigkeit, das 1632 nach Beschwerden der Barbieri widergerufen wurde. Diese Beschränkung bezog sich nur auf Königsberg. In kleineren Orten durften sie bis zum Anfang des 18. Jahrhunderts chirurgisch tätig sein *(213).

Solche Rechte und hohes Ansehen besaßen die Bader in anderen Ostseestädten nicht. In Stockholm wurde ihnen als Anerkennung für die Leistungen während der Pestepidemie, 18 Jahre lang die Behandlung von offenen Wunden erlaubt. Sonst beschäftigten sie sich in allen Städten nur mit dem Barbieren,

Aderlassen, Schröpfen und der Behandlung alter Wunden. Die Tätigkeit außerhalb der Badestube wurde ihnen vergesagt. Das Schröpfen stand ausschließlich ihnen zu. Nur in Greifswald übten auch die Barbieri diese von ihren Berufskollegen verachtete Tätigkeit aus.

Die Bader gehörten in manchen Städten sogar zu den unehrlichen Berufen. In Lübeck wurden auch dort ansässige Wenden in diesem Beruf tätig, was für die dortigen Barbieri nicht in Betracht kam *(214). In Danzig brauchten die Bader kein Stadtbürgerrecht, in Königsberg nur das Kleinbürgerrecht zur Berufsausübung. Die Becken als die Berufsinsignien durften sie nur in Stralsund, Greifswald, Reval und Königsberg aushängen. Die Revaler Meister gehörten der Zunft in Lübeck, die Danziger der in Königsberg an *(215). Außer in den oben erwähnten drei Städten wagten die Bader sonst nicht, die Chirurgie auszuüben. Der Streit mit den Barbieren ging meistens um das Barbieren außerhalb der Badestube.

Die Baderzunft wurde in Königsberg 1780 und in Lübeck 1806 mit der Barbierzunft vereinigt. In Lübeck unterstellten die Barbieri mit einer Abmachung ("Union") sich schon vorher die Baderzunft. Jeder neue Bader mußte auf die "Union", die ihnen vor allem die Preisunterbietung verbot, einen Eid schwören. In Stralsund, Greifswald und Stockholm wurden die Baderzünfte aufgelöst. In Reval besiegten 1690 die Barbieri die Bader völlig und erklärten sie zu Kurpfuschern, sie durften ihren Beruf nicht mehr ausüben *(216).

Aus diesem Überblick sieht man, daß die Bader in verschiedenen Städten ungleiche Rechte besaßen. Während sich in einigen ihre Stellung und ihr Wirkungsgebiet von denen der Barbieri nicht wesentlich unterschied, wurde ihnen in anderen Orten sogar die Bildung einer eigenen Zunft verweigert und nur das Baden und Schröpfen innerhalb der Badestube erlaubt.

VIII. 1. DIE KAPELLE UND DIE BEGRÄBNISKASSE DER DANZIGER ZUNFT

Die Handwerkgilden nahmen immer Heilige als Schutzpatrone an. Diesen gewidmete Kapellen wurden von bestimmten Zünften unterhalten. Die Chirurgen verehrten die Heiligen Kosmas und Damian, die unter Kaiser Diokletian getöteten Märtyrer *(217).

In der Marienkirche in Danzig befand sich auch die Kapelle dieser beiden Heiligen. Sie war wie alle anderen bescheiden und eng. In der Seitenwand befand sich ein Tresor, in dem die Zunft ihre Dokumente bewahrte. Unter anderem wurde auch die Satzung von 1522 nach Fertigung einer Abschrift im Zunftbuch am 10. März 1596 in den Tresor gelegt.

Der Kosmas und Damianaltar wurde um 1425 gestiftet und erinnerte an die wichtigste Ereignisse im Leben der Mutter Gottes: die Huldigung der 3 Könige, die Trauung, die Krönung und ihren Tod. Daneben gab es Bilder der Heiligen Katharina, Margareta, Barbara und Dorothea *(218).

Bis 1552 bezahlten die Chirurgen zwei Priester, die in dieser Kapelle die Messe lasen. Das kostete sie 28 Mark jährlich. 1552 wurde wegen des Übertritts der Stadt zum Protestantismus das Lesen der Messe in den einzelnen Kapellen verboten. Man übergab dem Stadtrat das sich dort befindliche kirchliche Silbergeschirr. Die Kapellen wurden seit dieser Zeit nur bei Begräbnissen benutzt.

Da die Zunft ihre Mitglieder wie eine Familie behandelte, sollten alle Chirurgen sich gegeneinander wie Verwandte benehmen. Das bestätigte sich bei Begräbnissen der Zunftmitglieder und ihrer Familienangehörigen. Für die Abwesenheit bei einem Begräbnis, gleichgültig ob es sich um einen Meister oder einen Lehrling handelte, drohte eine Strafe von 6 Pfennig. Die Gesellen waren zum Leichentragen verpflichtet, der jüngste Geselle mußte den Beisetzungstermin den Zunftmitgliedern bekanntgeben.

Seit 1600 begrub man die Meister und ihre Familienangehörigen in der Kapellengruft. Als erster wurde dort der Chirurg Martin Kardatsch beigesetzt. Am 8. Juni 1661

beschloß die Zunft die Höhe der Gebühr für die Beisetzung in der Kapelle. Nur die Älterleute wurden umsonst bestattet. Die Gebühr war von der Stellung des Verstorbenen abhängig und betrug zwischen 3 Gulden für ältere Meister und 9 Gulden für die Frau eines jüngeren Meisters *(219).

Seit 1765 bezahlte man diesen Betrag in die Begräbniskasse. Diese existierte seit dem 20. September 1765. Am diesen Tag beschloß die Zunft die übliche Summe von 60 Gulden, die jeder neue Meister für die Bewirtung alle Kollegen bezahlte, der Begräbniskasse zuzuführen. Einen Monat später wurde der regelmäßige Beitrag zur Begräbniskasse beschlossen. Er betrug einmalig 10 Gulden und dann 2 Gulden jährlich. Dazu kamen noch die Zinsen von 500 Gulden, die die Zunft als Erbgut vom Meister Breslau erhalten hatte *(220).

Die Mitgliedschaft endete bei Nichtbezahlung des Beitrages nach einem Jahr. Das Geld durfte nicht für andere Zwecke verwendet werden. Seit 1766 sollte jeder Meister für seine Frau 10 Gulden bezahlen. In diesem Jahr waren alle Meister Mitglieder der Kasse. Ihr Bestand betrug am Jahresende fast 700 Gulden, im Jahre 1776 dann schon 2200 Gulden.

Die Ausgaben waren niedrig. Meister Ohr bekam als einziger im Jahr 1766 nur 15 Gulden. Deswegen verzichtete die Zunft auf den Aufnahmebeitrag - statt der Bewirtung - der inzwischen 70 Gulden betrug. Es blieb nur bei 10 Gulden. Man erhöhte auch die ausgezahlte Unterstützung. 1779 bekamen die Angehörigen des Verstorbenen 50 Gulden, seit 1786 100 Gulden und 1794 sogar 200 Gulden *(221). 1820 wurde die Kasse aufgelöst.

Zwischen 1600 und 1814 setzte die Zunft 74 Meister in der Kapellengruft bei. Dazu kamen die Familienangehörigen. Die Gruft war schließlich zu klein für diese große Anzahl. Deshalb wurden in den Jahren 1725, 1735 und 1763 ungefähr 100 Leichnamreste entfernt, wofür zum Teil die Begräbniskasse in Anspruch genommen wurde.

1814 verbot die preußische Verwaltung die Beisetzung in den Kirchen. Meister Gottlieb Martens wurde als letzter Barbierchirurg am 7. November 1814 in der Kapelle beigesetzt.

VIII. 2. DIE KAPELLEN DER HEILIGEN KOSMAS UND DAMIAN IN ANDEREN HANSESTÄDTEN

Fast alle Barbierzünfte besaßen eigene Kapellen mit einem von ihnen gestifteten Altar. In Stettin befand sie sich in der St. Jakobi-Kirche *(222). In Stralsund stifteten die Wundärzte im 15. Jahrhundert in der St. Nikolai-Kirche den Altar, der 1834 abgebrochen wurde. Im Fußboden der Kapelle befinden sich zwei Steinplatten. Die kleinere ist mit einem Wappen (Schere und Rasiermesser) versehen. Die größere, mit einer Inschrift, bedeckt die Grabstelle der Alterleuten und ihrer Frauen. Die übrigen Chirurgen wurden hier nicht bestattet. Sie durften sich aber eine Grabstelle in der Kirche erwerben. Der letzte Altermann wurde 1820 hier beigesetzt *(223). In der Rostocker Marienkirche befand sich ein spätgotischer Altar für die beiden Heiligen der Chirurgie *(224). In der Kapelle fanden, ähnlich wie in der Hamburger St. Johannis-Kirche, die Zusammenkünfte der Zunft statt. Auf dem Kirchhof war noch 1615 ein Leichenstein der Gesellen vorhanden. Er ist schon 1485 erwähnt worden. Auch in Lubeck besaßen die Meister in der Marienkirche einen eigenen Altar mit einer ewig brennenden Lampe. 1780 war er jedoch nicht mehr vorhanden. Die Lübecker Bruderschaft der Barbieri, die nur geistigen Zwecken diene, verehrte ihre Heiligen in der St. Petri-Kirche. Auch in Königsberg wurde ein Kirchenaltar der Barbieri erwähnt.

Nur die ältesten Zünfte besaßen eigene Kapellen. Überall wurden jedoch alle Zunftmitglieder und ihre Frauen, auch Lehrlinge und Familienangehörige, feierlich zu Grabe getragen, wobei die Teilnahme aller Angehörigen der Zunft Pflicht war. In Stralsund besaßen die Wundärzte sogar zwei eigene Leichentücher. Eine besondere Begräbniskasse wurde jedoch nirgendwo außer in Danzig erwähnt.

In manchen Städten stifteten die Meister wertvolles Altargerät, über die der Stadtrat in Notzeiten verfügen konnte. Die Stralsunder Zunft besaß 20 silberne "Stücke". In Riga verpflichteten sich 1494 die Chirurgen, 1/10 des gesamten Verdienstes ihren Heiligen Kosmas und Damian zu opfern. Die verschiedenen Abgaben und Strafen bezahlte man mit Wachs.

Daraus kann man schließen, daß viel davon benötigt wurde. In Rostock und Lübeck trugen die Meister und Gesellen am Fronleichnamfest die Kirchenfahnen und Kerzen *(225).

Mit der Reformation endeten diese Kirchenbräuche oder wurden beschränkt. Die neue Statuten waren danach nicht mehr so stark religiös geprägt. Die neugegründete Zünfte stifteten ihren Heiligen auch keine Altäre mehr. Um die vorhandene Barbierkapellen kümmerte man sich schließlich immer weniger, sie spielten im Leben der Zunft keine Rolle mehr.

IX. 1. DER NIEDERGANG UND DIE AUFLÖSUNG DER DANZIGER ZUNFT

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts waren die Zünfte mit ihrer Organisation schon veraltet. Sie paßten nicht mehr zu den neuen Wirtschaftsformen und der damit verbundenen Entwicklung der Gesellschaft. Es kamen dazu auch die politischen Veränderungen in diesem Teil Europas. Das Königreich Polen, das 1772 noch $3/4$ Million Quadratkilometer umfaßte, existierte 23 Jahre später nicht mehr. Es wurde zwischen drei Mächten aufgeteilt. Danzig kam an Preußen. Nach den vielen Kriegen, die das Land verwüstet hatten, gab es nun neue Staatsgrenzen, die den Warenumsatz beeinflussten. Bis dahin hatte Danzig fast ein Monopol für den Handel Polens besessen.

Infolge des wirtschaftlichen Niedergangs und der Aufhebung der Sonderrechte, die die Stadtautonomie garantierten, veränderte sich Danzig in kurzer Zeit in eine Provinzstadt, die nicht mehr selbst über ihre Zukunft entscheiden konnte. Die beginnende Industrialisierung brauchte noch viel Zeit, um die Stadt zu stützen und eine neue wirtschaftliche Grundlage zu bilden. Sie brachte allerdings auch eine neue gesellschaftliche Werthierarchie. Die bisher führenden gesellschaftlichen Schichten verloren allmählich an Einfluß und Macht *(226). Den politischen Einfluß des Staates verkörperte jetzt die Verwaltung, die vorwiegend in anderen Städten Preußens ihren Sitz hatte. Die Finanzmacht repräsentierte die neue Schicht der Fabrikbesitzer.

Die Handwerkerzünfte gehörten nun nicht mehr zu den lukrativsten Berufen. Sie hatten auch keine entscheidende Bedeutung mehr in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht. In der Barbierchirurgenzunft kam hinzu, daß die Medizin und die Chirurgie einen beachtlichen Aufschwung genommen hatten. Für die Entwicklung der Chirurgie war ihre Bedeutung für die Truppen im Kriege ebenso von Bedeutung wie die Zunahme von Unfallverletzungen auch in Friedenszeiten, nicht zuletzt durch die zunehmende Industrialisierung.

Die Chirurgie wurde in wenigen Jahrzehnten ein

gleichberechtigter Teil der Medizin und an den Universitäten gelehrt. Die Zunft war diesen Veränderungen nicht mehr gewachsen. Ihre veraltete Organisation war den Fortschritten der Chirurgie nicht günstig. Andererseits waren Rasieren und Haarschneiden so gefragt, daß die vorhandenen 20 Meister nicht mehr ausreichten.

Seit 1793 durften die Meister ihre Werkstätte nicht mehr verkaufen. Sie sollten zugunsten der Königlichen Westpreußischen Kriegs- und Domänen-Kammer mit dem Sitz in Marienwerder versteigert werden. In der Zukunft sollte jeder neue Meister in Marienwerder geprüft und durch das Ober-Collegium Medicum in Berlin berufen werden. Die Zunft wollte nicht auf ihren Einfluß verzichten und wandte sich an den preußischen König Friedrich Wilhelm II. Im Schreiben vom 17. Oktober 1794 erinnerte die Zunft an ihre alten Privilegien, die der König 1793 nach der Teilung Polens, zu erhalten versprochen hatte. Die Bitte wurde auch mit dem Hinweis auf die materielle Not der Meister und auf die Verhältnisse in Breslau, Königsberg und Berlin unterstützt. Am 12. März 1795 bekam die Zunft vom Provinzial-Collegium Medicum in Marienwerder eine Antwort. Die Werkstätte durfte danach auch weiterhin verkauft werden, die Meisterprüfung sollte jedoch jetzt nicht mehr in Marienwerder sondern in Berlin vor dem Ober-Collegium Medicum abgelegt werden *(227).

Die Zunft versuchte noch gegen die neuen Vorschriften Widerstand zu leisten. Die Chirurgen Hildebrandt, Plath und Napierski legten noch 1796 vor der Zunft ihre Prüfung ab. Die Stadtverwaltung drohte deswegen sogar mit dem Verkauf der Werkstätten dieser neuen Meister. Die Zunft wandte sich am 20. Dezember 1798 noch einmal an den König. Schon 6 Tage später kam aus Berlin die Antwort. Darin wurde entschieden jedes Entgegenkommen abgelehnt und die Zunft angewiesen, das Medizinal-Edikts vom 27. September 1725 zu befolgen. Seit dieser Zeit legten die Chirurgen die Prüfung in Berlin ab *(228).

Nach der Besetzung der Stadt durch die französische Armee wurden 1807 in Danzig für die nächsten 5 Jahren die alten Gesetze wieder in Kraft gesetzt. Nunmehr entschied wie vor

Jahren wieder die Zunft selbst über die Aufnahme neuer Chirurgen und führte die Prüfungen durch. Das waren aber nur äußere Zeichen für die Rückkehr der alten Ordnung. In Wirklichkeit unterschieden sich die neue Chirurgen erheblich von ihren Vorgängern im 17. und 18. Jahrhundert. Sie besaßen fast immer schon eine gewisse Ausbildung an einer Universität, die sie während ihrer Wanderzeiten erworben hatten. Auch die Militarchirurgenschulen leisteten für die Verbesserung der Ausbildung sehr wesentliche Beiträge, wahrscheinlich sogar bedeutungsvollere als die Medizinischen Fakultäten.

In den Kreisen der Zunft war man sich der allgemeinen Lage in der Chirurgie bewußt und versuchte die Lehre auch selbst zu verbessern. Am 16. August 1811 wurde dem Stadtrat ein Antrag auf Errichtung eines Theatrum anatomicum vorgelegt. Der Rat hatte zur Zeit wichtigere Probleme für die Stadt zu lösen und lehnte daher diesen Antrag ab *(229).

Die Wege der Chirurgie und der ursprünglichen Barbierstätigkeit gingen allmählich auseinander. Die Chirurgie wurde zu einem Teil der medizinischen Wissenschaft, das Barbierhandwerk blieb jedoch eine wichtige Einkommensquelle für die Chirurgen. Die Meister beschäftigten sich vorwiegend mit der Chirurgie, die Gesellen mieteten manchmal sogar die Barbierwerkstatt und bekamen ihren Meister nur selten zu Gesicht. Wegen der großen Nachfrage beschäftigten sich immer mehr Personen mit Haarschneiden und Rasieren. Die Zunft kämpfte bis Ende des 18. Jahrhunderts gegen diese Konkurrenz. Diese Personengruppe rekrutierte sich meistens aus Feldscheren, die in Weinstuben und Gaststätten den Barbierberuf ausübten.

Seit 1793 mußte die Zunft die preußische Gesetze befolgen. Die Verwaltung in Marienwerder entschied 1806, daß man zum Haarschneiden und Rasieren keine wissenschaftliche Vorbereitung brauche und deswegen auch außerhalb der Zunft stehende Personen sich damit beschäftigen durften *(230). Diese Ansicht wurde durch das Gesetz über die Gewerbefreiheit im Jahre 1810 bestätigt.

Sogar in den Jahren der französischen Herrschaft, als die Zunft wieder mehr mitbestimmen konnte, erteilte der Stadtrat

doch dem verheirateten Gesellen Kosinski das Recht auf Berufsausübung. Er mußte 100 Gulden und dann 6 Gulden jährlich für diese Erlaubnis bezahlen. Bisher war es dem Gesellen nicht erlaubt zu heiraten *(231).

Die von der Zunft unabhängigen Gesellen beschäftigten allmählich auch Helfer und hängten sogar die Messingteller heraus. Die Zunft beklagte sich darüber beim Polizeipräsidenten Vegesack. Da man ohne Zunftangehörigkeit arbeiten konnte, befürchtete sie, das die Zunftmitglieder nicht mehr ihre Beiträge zur Zunft würden entrichten können. Vegesack entschied, daß jeder Bürger seinen erlernten Beruf ausüben darf und die Barbieri, die die Steuer bezahlten, keine Beiträge zur Zunft zahlen mußten. Diese Antwort entsprach den preußischen Gesetzen über die Gewerbefreiheit und Gewerbesteuer. Sie trennte schließlich die Chirurgie endgültig vom Friseurberuf. Nach der Entscheidung des Polizeipräsidenten vom 3. November 1814 bezeichneten die Messingteller den Friseurberuf *(232). Damit verschwand sogar auch das äußere Zeichen des Zunftrechts.

1819 wurde durch Gesetz den Barbiermeistern die Aufnahme neuer Lehrlinge verboten. Seit 1814 ließ sich kein neuer Barbiermeister in Danzig nieder. Seit dieser Zeit wurde wahrscheinlich auch kein Zunftvorstand gewählt. Die Zunft zählte 1820 7 Meister, davon beschäftigte sich einer nach dem Medizinstudium als allgemeiner Arzt und war nicht mehr als Chirurg tätig. Am 14. Dezember 1820 versammelten sich die letzten Danziger Barbierchirurgen in der Wohnung des Notars und lösten die Zunft auf. Das Zunftgeld wurde zwischen den Meistern und den Meisterwitwen verteilt. Am 14. Mai 1821 wurden die Zunftbücher, 3 Siegelstempel und das Buch "Examen der chirurgischen Lehrlinge" der Stadtverwaltung, die Zunftkapelle der Marienkirche übergeben *(233).

IX. 2. DIE LETZTEN JAHRE DER ANDEREN BARBIERZUNFTE

Der allgemeine Niedergang der Zunftorganisation der Barbieri war am Ende des 18. Jahrhunderts in ganz Europa spürbar. Er wurde von verschiedenen Faktoren verursacht. Einerseits ging die Zeit der fast unabhängigen freien Städte zu Ende. Die staatliche Macht wurde immer durchgreifender und kontrollierte durch ihre Verwaltung alle Bereiche der Wirtschaft. Die Handwerker waren nicht mehr von der eigenen Zunft sondern von der Staatsverwaltung abhängig. Das erreichte man mit den neuen Gewerbeordnungen. Die diesbezügliche Unabhängigkeit wurde 1731 in Stralsund durch Reichsbeschluß, 1754 in Stockholm und Schwedisch-Pommern durch eine Königliche Resolution, aufgehoben. In Königsberg und Preußen führte das Edikt über die Gewerbesteuer die allgemeine Gewerbefreiheit ein. Ihm folgte 1811 das Gesetz über die polizeilichen Verhältnisse der Gewerbe, das zwei Gewerbescheine vorsah. Barbiergewerbe- und Wundarztschein wurden getrennt ausgegeben. Die Handwerker waren jetzt nach der Prüfung, die schon seit langem nicht mehr vor der Zunft abgelegt wurde, nur zur Zahlung der allgemeinen Steuern verpflichtet. Sie brauchten nicht der Zunft anzugehören. 1815 führte man auch in Stralsund und Greifswald diese Gesetze ein.

Andererseits konnte die sich rasch entwickelnde Medizin nicht mehr auf die Chirurgie verzichten und sie den Handwerkern überlassen. Überall übernahmen Ärzte die Ausübung der Chirurgie. Mit der Besserung der praktischen Ausbildung der Ärzte in der operativen Heilkunde ging allmählich das Ansehen der Barbieri zurück *(234). Aus dieser Strukturkrise gab es zwei Auswege.

In Rostock, Lubeck und Königsberg vereinigten sich die Barbieri mit der Zunft der Bader. Dieses geschah nicht ganz freiwillig. In Preußen wurden sie 1779 mit Königlichem Patent dazu gezwungen. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts existierten in Preußen keine Schulen zur Ausbildung der Wundärzte mehr. Die in Rostock noch tatige Barbieri beschränkten ihre Arbeit auf Baden, Barbieren, Aderlassen, Schröpfen und Verbinden kleinerer Wunden. In Stralsund blieben

in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts nur 5 Meister übrig *(235). Sie besaßen keine wundärztlichen Kenntnisse und schlossen sich als "vereinte Barbier Herrn" zusammen und gehörten seit 1877 als Zweigverein dem Stettiner Provinzialverband an. Die Zunfttätigkeit endete hier 1867 nach dem Tode des letzten Meisters, der sich mit der Chirurgie beschäftigt hatte. In Rostock findet man 1867 die letzte Eintragung in der Rolle. In Reval wurde 1867 das Barbieramt aufgelöst. In Königsberg verkaufte man 1818, nachdem sich die Zahl der Mitglieder der Sozietät in 3 Jahren um die Hälfte verringert hatte, das eigene Haus, in dem die Versammlungen geführt wurden *(236). Aus diesen verbliebenen Barbieren entwickelte sich mit der Zeit der Friseurberuf.

Einen anderen Weg aus der kritischen Lage fanden die Stockholmer Wundärzte. Nur sie gingen als Gruppe von Handwerkern in die Ärzteschaft über. Diese Entwicklung begann schon im 18. Jahrhundert nach dem französischen Vorbild. In den Barbierstuben, die nunmehr Feldscherstuben hießen, wurden meist keine Haare mehr geschnitten. Den Badern wurden dagegen 1807 kleinere chirurgische Verrichtungen zugestanden. 1744 gab es dann den ersten schwedischen Arzt-Chirurgen (auch Geburtshelfer und Augenarzt).

Seitdem studierten, dank großzügiger Stipendien, immer mehr Wundärzte Medizin. 1797 gliederte man die "Chirurgische Sozietät" in das "Collegium medicum" ein *(237). Damit wurden die Chirurgen den Ärzten untergeordnet, aber in einer gemeinsamen Organisation zusammengefaßt.

X. ZUSAMMENFASSUNG

Die Danziger Barbierzunft (-gilde, -innung, -amt) besaß die größte Zahl an Meistern und erhielt als erste an der Ostseeküste eine eigene Satzung. Die Verhältnisse innerhalb des Amtes unterschieden sich nur unwesentlich von denen in anderen Hansestädten. Die Unterschiede wurden nur durch die Größe der Zunft verursacht. Kleinere, wie z.B. in Greifswald und Stralsund, konnten nicht erfolgreich gegen die Konkurrenz auftreten. Dort erreichten die Bader die gleichen Rechte. In Reval dagegen waren die Meister völlig von den städtischen Behörden abhängig, derer oft willkürliche Entscheidungen sie hinnehmen mußten. Die Zünfte in den Hauptstädten Stockholm und Königsberg waren stark von der Landesobrigkeit abhängig. Danzig besaß auf diesem Gebiet fast volle Unabhängigkeit vom polnischen König. Die Handwerker bekamen von ihm nur gewisse Privilegien, die ihre Rechte gegenüber dem Stadtrat erweiterten.

Das innere Leben der Wundarzteschaft, wie auch aller anderen Handwerker, war dank der persönlichen und geistigen Kontakten überall ähnlich. Auf dem ersten Platz stand die gegenseitige Hilfeleistung. Sie stammte noch aus der frühesten Zeit der Gilden, die sich wie Familien zusammenschlossen. Die Berufsgenossen betrachteten sich gegeneinander fast als Verwandte. Dieses Verhältnis wurde am Ende des 18. Jahrhunderts schließlich in das von Staatsbürgern untereinander abgelöst.

Die Danziger Zunft konnte relativ lang, bis 1793, selbständig über alle eigenen Angelegenheiten entscheiden. Die politische Ereignisse veränderten dann radikal ihre Lage. Aber auch ohne diese Wende hatte die Zunft nicht länger unverändert existieren können. Die allgemeine Entwicklung der Medizin verlangte den Übergang der Chirurgie aus den Händen von Handwerkern in die der Ärzte. Dieser Herausforderung waren die Danziger Barbierchirurgen nicht gewachsen. Nur einzelne von ihnen konnten nach dem Studium der Medizin als Ärzte auch die Chirurgie ausüben. Die alten Meister wollten sich auch nicht nur mit dem Barbieren zufriedigen geben. Die Zunft wurde

deshalb aufgelöst.

XI. ANMERKUNGEN

- 1) Vgl. (44) S. 28, (51) S. 59-60 und (65) Bd. 1 S. 256, Bd. 4 S. 172.
- 2) Vgl. (67).
- 3) Vgl. (14).
- 4) Stralsund, Rostock, Wismar, Lüneburg, Lübeck und Hamburg.
- 5) Vgl. (44) S. 17-18, 30 u. (65) Bd. 2 S. 355. In Danzig bekamen jährlich durchschnittlich 175 Personen in den Jahren 1364-99 das Bürgerrecht. Die Einwanderer machten 44% davon aus. Vgl. (45) S. 10-16.
- 6) Seit der Kirchenversammlung in Rouen (1092) durften die Mönche keinen Bart tragen. Vgl. (26) S. 31.
- 7) Kaiser Wenzel erklärte schon 1406 Bader und Barbieri für ehrlich. Vgl. (1) S. 359, (26) S. 32 u. (28) S. 63.
- 8) Dies wurde in einem Schreiben an den Bürgermeister und Stadtrat geäußert. Vgl. (67) S. 13. Mehr über Anatomielehre in Danzig auf S. 22.
- 9) Zuerst wurde die Bezeichnung Amt benutzt. Später erschien das Wort Gilde in Geburtsbriefen. Das aus dem Hochdeutschen stammende Wort Zunft war an der Ostseeküste zu dieser Zeit nicht im Gebrauch. Vgl. (28) S. 9, (49) S. 138 u. (83) S. 288. Die Bruderschaften, die eine Vereinigung für wohltätige Zwecke waren, entstanden früher als Amt. Vgl. (42) S. 2-8.
- 10) Mehr über Bader im Kap. VII.2. Vgl. auch (40) S. 12, (65) Bd. 1 S. 81 u. (66). Man unterscheidet zwischen einer "Rolle", die aus dem Willen der Ämter entstanden und vom Stadtrat bestätigt wurde, einer vom Rat allein gefaßten "Ordnung" und einer "Beliebung", die selbständig vom Amt gefaßt wurde. Vgl. (20) S. 69 u. (28) S. 13.
- 11) Siehe Anmerkung 8). Danziger Handwerker bekamen im Jahre 1417 eine allgemeine Handwerkerordnung für Danzig, die die Landesgesetze mit ähnlichem Inhalt aus dem Jahre 1374 ersetzte. Im zentralisierten Ordensland wurden nur selten Privilegien für einzelne Handwerkergruppen erteilt. Vgl. (54) S. 152-153.
- 12) Sie wohnten in der Altstadt und Rechtstadt. Vgl. (35) S. 298, 302 u. (67) S. 13.
- 13) Erste Barbierchirurgen waren im Jahre 1354 in der Rechtstadt (ein von der 4 Danziger Orten) tätig. 1434 gab es dort schon 5 Chirurgenpraxen. Vgl. (17) Bd. 1, S. 424, 621. Im Jahre 1416 befand sich auf Danziger Steuerliste unter 2355 Personen 1081 selbständige Handwerker. Neben 13 Chirurgen und Barbieren gab es 378 Brauer, 112 Schneider und 68 Bader. Die gesamte Zahl der Bevölkerung wurde auf ca. 15.000 Einwohner geschätzt. Vgl. (44) S. 35 u. (65) Bd. 1 S. 164. Für die Hypothese, daß Barbieri schon vor 1454 in zwei Zünften zusammengeschlossen waren, fehlen jedoch die Beweise. Wahrscheinlich handelte es sich nur um die Bruderschaften. Vgl. (46) S. 38-39, (79) S. 65-67 u. (81) S. 69.
- 14) Vgl. (67) S. 17-18.
- 15) Vgl. (51) S. 59-82.

- 16) Vgl. (67) S. 20 (Abbildung dieser Notiz).
- 17) Vgl. (67) S. 18, 23 (Abbildung der ersten Seite), 235-238 (Text der Ordnung).
- 18) Die Barbierchirurgen nahmen auch in einem Aufstand der Handwerker im Jahre 1525 teil. Vgl. (17) Bd. 2 S. 239.
- 19) Vgl. (67) S. 238-245 (Barbierordnung von 1522). Siehe auch S. 63-64.
- 20) Vgl. (67) S. 24-25.
- 21) Vgl. (66) S. 120 - Abbildungen; (67) S. 25-26.
- 22) Die Münzwerte wurden von Keyser (43) verglichen. Nähere Angaben, auch über die Preise, findet man in (27).
- 23) Vgl. (67) S. 26.
- 24) Die Voraussetzungen für den Erwerb des Bürgerrechts und die Zahl der einzelnen Handwerker im 18. Jh. in Danzig beschrieb ausführlich Walther (81) S. 84-92. Vgl. auch (55) S. 179-190.
- 25) Vgl. (67) S. 27.
- 26) Vgl. (6) S. 4, (16) S. 175 u. (21) S. 64. In Kolberg gab es im Jahre 1373 den ersten Chirurg. Vgl. (59) S. 99.
- 27) Nach der Eroberung Danzigs von Deutschen Orden wurde die Stadt zerstört und die Bewohner sollten ihre Häuser an einer anderen Stelle wieder aufbauen. Vgl. (64) S. 15 u. (17) Bd.1 S. 323-326. Dabei ist in Danzig kein Schriftstück übrig geblieben. Vgl. (35) S. 7.
- 28) Vgl.: Rostock (49) S. 135, Lübeck (6) S. 5, Greifswald (74) S. 2, Riga (9) S. 28, Wismar - das Datum der frühesten Nachricht (14) S. 6, Königsberg (40) S. 25, Reval (7) S. 31, Stettin (5) S. 106, Stralsund (16) S. 181, Stockholm (30) S. 22, Memel (40) S. 46. In Kopenhagen wurde die Barbierzunft 1501 gegründet und 1515 konfirmiert. Vgl. (18) S. 12 u. (31) Bd. 3 S. 444.
- 29) Die aus 11 Artikeln und späteren Zusätzen bestehende Rolle bekam im Jahre 1452 die Bruderschaft der Barbieri. Die erste eigentliche Ordnung wurde den Barbieren im Jahre 1468 übergeben. Vgl. (60) S. 7-11 u. (71) S. 1722. Auch die erste und einzige lübeckische Rolle bezeichnet das Amt als eine Bruderschaft. Vgl. (82) S. 130. Sonst dienten die Bruderschaften nur den gesellschaftlich-religiösen Zwecken.
- 30) Nach der Reformation stand in deutschen Zunftrollen das Erwerbsinteresse im Vordergrund. Stärkere religiöse Prägung erhielten außer Lübeck auch die Handwerkerrollen in Dänemark und Riga. (19) S. 12.
- 31) Vgl. (7) S. 33. Das war kein Einzelfall. In Heide (Dithmarschen) wurden 1665 sogar alle Zünfte außer der Schuster- und Tischlerinnung von Herzog Christian Albrecht aufgehoben. Vgl. (39) S. 101-102.
- 32) Vgl. (14) S. 7.
- 33) Vgl. (6) S. 72-73.
- 34) Vgl. (40) S. 36, 48.
- 35) Vgl. (30) S. 36-37, 75. Siehe Anmerkung 34.
- 36) Auf die Gesamtzahl 622 stellten die Träger 150, die Schmiede und Schuhmacher je 40 Männer für den Fall eines Angriffs- oder Verteidigungskrieges zur Verfügung. Vgl. (21) S. 64, (47) S. 165-166 u. (50) S. 233.
- 37) Vgl. (14) S. 8-9 u. (16) S. 182.

- 38) Vgl. (6) S. 69 u. (82) S. 15.
- 39) Siehe S. 10-11 und vgl. (6) S. 67.
- 40) Vgl. (40) S. 46.
- 41) Ein großer Teil der Danziger Handwerker war auch 1655 den 4 Hauptwerken zugeordnet. Darunter wurden Barbieri von der Bäckerzunft im Rat vertreten. Vgl. (81) S. 72.
- 42) Vgl. (67) S. 36.
- 43) Vgl. (67) S. 38.
- 44) Vgl. (67) S. 42-43.
- 45) Vgl. (67) S. 19,29 (Abbildung der ersten Seite des Zunftbuches).
- 46) Vgl. (67) S. 31-34.
- 47) Dieses Waisenhaus wurde von Kaufmann Johann Conradt im Jahre 1549 gestiftet. Vgl. (68) S. 233 u. (67) S. 33.
- 48) Vgl. (67) S. 30.
- 49) Vgl. (67) S. 30-31.
- 50) Vgl. (67) S. 34-35.
- 51) Vgl. (67) S. 35.
- 52) Auch Meister Brandt schrieb am 3. Februar 1616 seine vier Söhne ein. Vgl. (67) S. 41.
- 53) Dieses Thema wird von Goerke (30) ausführlich bearbeitet.
- 54) Im 16. Jh. besorgten die Wundärzte ihre praktische Anatomieausbildung selbst. Das erste standige anatomische Theater wurde im Jahre 1594 in Padua gegründet. Vgl. (34) S. 273, 275. Schon im Jahre 1710 wurde für Purmann klar, daß die Chirurgie auf einem guten Fundament gebaut sein muß. Darunter verstand er Anatomie, chirurgische Instrumente und Technik sowie Arzneimittel. Vgl. (56).
- 55) Vgl. (67) S. 43-45, (68) S. 64-98 u. (70) S. 7.
- 56) Vgl. (67) S. 45-54.
- 57) Wille beschreibt typische Lehrbriefe - (84) S. 900-903.
- 58) In Reval wurde im 14. Jh. eine Aderlasserin, die Frau eines Baders, erwähnt. Seit dem 15. Jh. gab es keine Frauen als Handwerker. Auch in Kiel traten Frauen als Bader auf. In Lubeck wurden sie seltener zum Handwerk zugelassen. Später erschienen nur Männer. Vgl. (72) S. 83-84.
- 59) Früher wurde die Voraussetzung der deutschen Herkunft in sog. wendischen Städten (Stralsund, Rostock, Wismar, Lüneburg, Lubeck, Hamburg) meistens gegen die unfreie landeingesessene Bevölkerung gerichtet. Anfangs waren alle Kolonisten frei und deutscher Herkunft. Zu dieser Zeit bekamen auch die freien Wenden das Bürgerrecht. Auch in Riga beschränkten die Landesherren durch Nationalgesetze die Flucht der ländlichen Bevölkerung in die Städte. In den Städten Sudpolens geschah dies erst in den ersten Jahren nach der Verwüstung durch die Mongolen. Rein nationalen und nicht mehr sozialen Charakter bekamen diese Gesetze erst später und nur dort, wo die nichtdeutsche Bevölkerung schwach und unorganisiert war. Sie wurden nie in Schlesien oder Lausitz angewendet. Vgl. (6) S. 6-7, (37), (38) S. 42, (72) S. 107 u. (82) S. 19, 30. Aus Konkurrenzgründen wurden in Wismar auch Norweger, Schweden und Danen von der Chirurgielehre ausgeschlossen. Vgl. (77) S. 24-25. In Danzig findet man keine Nationalbeschränkungen. Siehe auch S. 40-41.

- 60) Rauchen gehörte in Riga zu diesen Vergehen. Dafür drohte dem Lehrling die Verlängerung der Lehrzeit um ein Vierteljahr. Vgl. (78) S. 31.
- 61) Vgl. (6) S. 12.
- 62) Vgl. (14) S. 26-27.
- 63) Siehe S. 22-23. Vgl. (30) S. 37. Anatomielehre in Kopenhagen - vgl. (18) S. 12-13.
- 64) Vgl. (67) S. 55-56.
- 65) Vgl. (67) S. 133.
- 66) Siehe S. 29. Vgl. (67) S. 57-58.
- 67) "Das Buch der Nothdürftigen Gesellen". Vgl. (67) S. 61-62.
- 68) Zu dieser Zeit regelte die Landesordnung das Gesellenwesen. Im Ordensland sollte ein Geselle seinem Meister mindestens 1/4 Jahr dienen. Der Meister mußte ihn anständig behandeln, konnte ihn aber sofort entlassen. Den Gesellen wurde bei Todesstrafe untersagt, "den Montag zu feiern". Vgl. (54) S. 161-162.
- 69) Vgl. (67) S. 64.
- 70) Vgl. (67) S. 64-65.
- 71) Vgl. (67) S. 65.
- 72) Vgl. (67) S. 67-68.
- 73) Es handelt sich um das Eigentum des im Jahre 1700 verstorbenen Gesellen Friedrich Knobeloch. Vgl. (67) S. 66.
- 74) Vgl. (67) S. 67.
- 75) Siehe S. 85-86.
- 76) Vgl. (67) S. 69-70.
- 77) Siehe auch Kap. VIII.1.
- 78) Im Jahre 1794 wurde auch ein Fonds gegründet. Alle Meister und Witwen bezahlten den jährlichen Beitrag. Vgl. (67) S. 72.
- 79) Im 14. Jh. gab es noch kein Wanderzwang sondern manchmal Wanderverbot. Diese Regel sollte die Berufsgeheimnisse schützen und vielleicht den Verlust des Gesellen als Arbeitskraft verhindern. Wanderzwang kann auch deswegen nicht nur als Ausbildungs- sondern auch als Beschäftigungsmaßnahme gesehen werden. Vgl. (72) S. 81.
- 80) Im Jahre 1734 verlangte man in Preußen nur drei Wanderjahre. Dabei konnten zwei Jahre im Militärdienst ein Jahr Wanderung ersetzen. Vgl. (4) S. 367.
- 81) Vgl. (30) S. 36-37, 121.
- 82) In den Jahren 1729-35 brachte eine in Stralsund zu diesem Zweck durchgeführte Kollekte nur sehr geringe Erträge. Das Lösegeld bezahlte dann der schwedische Konsul in Algier. Vgl. (16) S. 187.
- 83) Zahnziehen wurde den Barbieren in den meisten Städten verboten. Siehe S. 54. Vgl. (40) S. 33.
- 84) Die Ausstellung der "Kundschaftsbriefe" wurde auch den auswärtigen Ämtern (unter anderen der Barbierzunft in Danzig, Stettin, Stralsund, Rostock, Wismar, Kiel, Hamburg, Kopenhagen, Stockholm und Riga) empfohlen. Diese stellten aber die "Kundschaftsbriefe" nicht aus. Vgl. (6) S. 18-19 u. (82) S. 44.
- 85) Vgl.: Rostock (14) S. 23. Hier besaßen die Barbiergesellen die erste Gesellenrolle in der Stadt.

- Vgl. (48) S. 41-45 u. (49) S. 156; Stralsund (16) S. 181 u. (14) S. 23, 64-73, Danzig (67) S. 63, 71, siehe auch S. 27; Lübeck (6) S. 27, Stockholm (30) S. 51, Reval (7) S. 40.
- 86) Vgl. (40) S. 32 u. (54) S. 161-162.
- 87) Vgl.: Danzig (67) S. 71-73, siehe auch S. 31-32, Rostock (14) S. 25, 72, Stralsund (16) S. 186.
- 88) Siehe S. 28-29. Vgl. (16) S. 187.
- 89) Siehe S. 30, 85-86. Vgl. (14) S. 24.
- 90) Vgl. (6) S. 58-59 u. (14) S. 25, 69-70.
- 91) Das geschah auf Wunsch der Barbierzunft. Sie hat wahrscheinlich die Arbeitsverhältnisse falsch eingeschätzt, weil schon nach 17 Jahren wieder die alte Zahl der tätigen Chirurgen eingeführt wurde. Vgl. (67) S. 74 u. (65) Bd. 2, S. 355.
- 92) Vgl. (67) S. 76.
- 93) Vgl. (67) S. 77-78.
- 94) Es handelte sich um den Meister Schwarz. Eine ähnliche Entscheidung traf der Stadtrat am 1. Juli 1770. Diesmal betraf sie 6 Meister, die nach dem Verkauf der Praxis weiter Chirurgie ausgeübt hatten. Vgl. (67) S. 77.
- 95) Siehe S. 12.
- 96) Vgl. (67) S. 84.
- 97) Vgl. (67) S. 87 (Abbildung des Briefes des Königs Johann III. Sobieski).
- 98) Vgl. (67) S. 78-80. Zu dieser Zeit gab es schon weniger Bewerber. Manche von ihnen wollten nicht auf den vorgeschriebenen zweiten Bewerber warten und verließen die Stadt.
- 99) Vgl. (67) S. 80-82.
- 100) Vgl. (65) Bd. 4 S. 252-253. Siehe auch Kapitel IV.1.a) - Voraussetzungen für die Aufnahme der Lehrlinge.
- 101) Die Einzelheiten über die Meisterprüfung befinden sich im Zunftbuch. Vgl. (67) S. 91.
- 102) Vgl. (67) S. 94-95 (Zusammensetzung der "Meisterstücke").
- 103) Außer beruflichen Fähigkeiten, sozialer Herkunft und moralischen Eigenschaften spielte auch das Vermögen des Bewerbers bei der Aufnahme in die Zunft eine entscheidende Rolle. Vgl. (37) S. 17.
- 104) Diese Verpflichtung der Stadtärzte erwähnen die Stadtbücher aus dem 16. Jh. Vgl. (67) S. 88.
- 105) Die Forderung dieser Fähigkeiten konnte zeigen, daß die Danziger Chirurgen allmählich die bisher nur für die wandernden Operateure bestimmten Eingriffe übernahmen. Vgl. (67) S. 97.
- 106) Vgl. (18) S. 12. In Kopenhagen entwickelte sich die Zunft sehr rasch. Erst 1541 stieg die Zahl der Barbierchirurgenmeister von 6 auf 9. Vgl. (31) Bd. 3 S. 444.
- 107) Vgl.: Stettin (5) S. 118 u. (14) S. 11, Stralsund (16) S. 182, Greifswald (74) S. 46-47, Rostock (14) S. 58, Lübeck (6) S. 15, Stockholm (30) S. 36, Reval (7) S. 31, Königsberg (40) S. 28. In Wismar wurde das Amt der Barbieri 1607 als "geschlossen" erklärt. Vgl. (77) S. 77. In Riga wurde 1661 nur die Barbierchirurgenzunft geschlossen. Vgl. (72) S. 180-181.

- 108) Vgl. (16) S. 188 u. (74) S. 50-51. In Greifswald suchte der Stadtrat um die Mitte des 18. Jhs. in umliegenden Städten neue Zunftmeister. Einheimischen Gesellen vertraute man nicht. Vgl. (80) S. 390-391.
- 109) Vgl. (6) S. 44.
- 110) Vgl. (40) S. 37.
- 111) In Lübeck wurde schon 1480 auch von der Frau des Meisters ein Nachweis der ehelichen Geburt verlangt. Vgl. (14) S. 19.
- 112) Die Militärchirurgen bekamen vor der Entlassung aus der Armee kein Bürgerrecht. Vgl. (74) S. 49.
- 113) Siehe S. 33.
- 114) Vgl. (14) S. 12. In Stettin sollte der Bewerber sein Meisterstück in 4 Stunden anfertigen. Vgl. (5) S. 165.
- 115) Das Meisterstück mußte über 70 Rtlr kosten. Vgl. (74) S. 48.
- 116) In Danzig ersetzte man die zusätzliche Wanderung mit 1 Mark Strafe. Vgl. (35) S. 302.
- 117) Siehe S. 42-43.
- 118) Hier sollten auch 1760 die Meister tätig sein, ohne vom Physikus geprüft zu werden. Vgl. (74) S. 51.
- 119) Ein Teil der Prüfung bildete die Geburtshilfe. Vgl. (16) S. 195-200.
- 120) Vgl. (23) S. 8-9.
- 121) Vgl (30) S. 65.
- 122) Ähnlich in Kurland. Vgl. (8) S. 7. Das Reichs-Medizinal-Kollegium wurde 1763 in Petersburg gegründet. Zu dieser Zeit übernahmen die medizinischen Schulen an den großen Hospitälern Moskaus die Ausbildung der Militärchirurgen. Vgl. (7) S. 44-45.
- 123) Nach dem Medizinaledikt von 1725 unterschied man promovierte Ärzte, Wundärzte 1.Klasse und Wundärzte 2. Klasse. Vgl. (75) S. 141-145 u. (25) Bd. 2, S. 371.
- 124) Willkür der Stadt Danzig aus dem Jahre 1455. Vgl. (67) S. 100.
- 125) Vgl. (22) S. 226 u. (68) S. 127-132.
- 126) Vgl. (67) S. 100.
- 127) Ein Beschluß vom 20. März 1765. Vgl. (67) S. 103.
- 128) Das Pockenhaus wurde aus Privatspenden gebaut. Vgl. (68) S. 229. Der Barbier sollte außer der Behandlung der Armen auch den Wahnsinnigen Haare schneiden. Vgl. (65) Bd. 2 S. 530.
- 129) Vgl. (67) S. 107.
- 130) Siehe S. 59.
- 131) "Anmerckungen welche bey der Pest die Anno 1709 in Dantzig grassierte beobachtet und dem gemeinen Besten zu gut mittheilen wollen" Manasse Stöckel Fridenbergi Sil Chirurgus. Vgl. (67) S. 106.
- 132) Vgl. (29) S. 110-125 u. (67) S. 108.
- 133) Eine Stelle im Lazarett erleichterte den Gesellen den späteren Erwerb einer eigenen Praxis. Vgl. (67) S. 110.
- 134) Nach 1594 stellten fast alle Meister Wundzettel aus; im 17. Jh. nur die Älterleute. Vgl. (67) S. 122-123.
- 135) Vgl. (67) S. 128.
- 136) Jeder neue Meister bezahlte deswegen seit 1636 3 Gulden "zum privilegio". Das Geld war für die Kapelle der

- Heiligen Kosmas und Damian bestimmt. Vgl. (67) S. 128-129.
- 137) Vgl. (67) S. 131.
- 138) Diese Maßnahmen wurden mit einem Beschluß der Zunft am 4. Juni 1589 eingeführt. Vgl. (67) S. 133.
- 139) Vgl. (40) S. 24.
- 140) In Greifswald wurde einmalig 12 Lot Blut abgelassen und manchmal als Maß ein tiefer Teller verwandt. Vgl. (5), (10) S. 613, (14) S. 19 u. (16) S. 196.
- 141) Vgl. (14) S. 19.
- 142) Noch in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts wurde vom Aderlaß als einer wirksamen Heilmethode diskutiert. Vgl. (10) S. 614 u. (13) S. 1201-1203.
- 143) Vgl. (16) S. 197, 206.
- 144) Vgl. (14) S. 17-18.
- 145) Hier bestand auch keine von den in Schweden üblichen Promotionseinschränkungen. Vgl. (63) S. 186 u. (74) S. 76.
- 146) In Königsberg beschäftigten sich einige Barbiergesellen mit dem Zahnziehen. Siehe S. 34. Vgl. (16) S. 196-197.
- 147) Seit 1669 durften sie Bier selbst brauen. Vgl. (7) S. 44.
- 148) In der Medizinisch-Gerichtlichen Bibliothek von Metzger befanden sich praktische Hinweise für die Wundärzte, die sich im Lande mit inneren Kuren beschäftigten. Einen Wundarzt und Arzt in einer Person gab es zu dieser Zeit äußerst selten. Vgl. (52) u. (53) Bd.2. Die preußische Medizinalordnung von 1725 erlaubte den Chirurgen und Apothekern in Städten, wo kein Arzt vorhanden war, die Behandlung der inneren Krankheiten. Vgl. (25) Bd. 2 S. 143.
- 149) Vgl. (74) S. 74-75.
- 150) Diese Regelung findet man in der Ordnung vom 18. November 1521. Vgl. (40) S. 27.
- 151) Das Frederiks-Hospital in Kopenhagen sollte vorbildlichstes in Europa sein. In diesem, im Jahre 1757 eingeweihten Krankenhaus arbeiteten neben einem Arzt mit 3 Assistenten auch ein Wundarzt mit 4 jungen Chirurgen. Vgl. (33) S. 5.
- 152) In Danzig beschäftigte sich schon der Arzt Ludwig von Hammen (1651-1689) mit der Chirurgie. Nach seiner Meinung sollten die Ärzte auch Chirurgie ausüben. Vgl. (66) S. 123, 196; auch (16) S. 184 u. (70) S. 46. Die Unzertrennlichkeit der inneren Medizin von der Chirurgie sah schon 1738 Purmann. Vgl. (56) u. (57).
- 153) In Rostock wurde auch ein "Gichtbuch" geführt. Wundzettel, auch Gichtzettel oder Berichtszettel genannt, war eine Art ärztliches Gutachten. Nur die Rats-Chirurgen durften in dieser Stadt den ersten Verband anlegen. Vgl. (12) S. 703.
- 154) Vgl. (74) S. 4-24.
- 155) Um 1300 erschienen in Stralsund erstmals ein Stadtarzt und ein Physikus. Vgl. (41) S. 5.
- 156) Vgl. (14) S. 9, 77 u. (16) S. 176-195.
- 157) Vgl. (67) S. 121-136. In Riga, wo weniger Ärzte tätig waren, erschienen erst seit der Mitte des 16. Jahrhunderts die Ärzte als Stadtphysici. Vgl. (9) S. 23.

- 158) Vgl. (67) S. 138-139.
- 159) Es waren meistens die früheren Danziger Lehrlinge. Vgl. (67) S. 139-144.
- 160) Vgl. (67) S. 147 (Abbildung des Vertrages mit dem Meister Ulrich).
- 161) Zu dieser Zeit verlor die Zunft schon ihre ursprüngliche Macht. Vergl. Kap. IX.1. u. (67) S. 149-151.
- 162) Es geschach 1805. 1788 durfte noch kein Freimeister einen Lehrling ausbilden. Vgl. (67) S. 150-152.
- 163) Vgl. (67) S. 152-153.
- 164) Wundärzte blieben als einzige Heilpersonen während der Pestepidemien in den Städten. Vgl. (58) S. 159.
- 165) Es handelt sich um den Gesellen Gabriel Kirchhof. Er sollte in Zusammenarbeit mit den Ärzten Pestkranke behandeln. Vgl. (67) S. 153.
- 166) Siehe S. 49.
- 167) Vgl. (6) S. 10, 58.
- 168) Die Vorrechte Königsberger Chirurgen regelte Paragraph 4 der Zunftrolle von 1692. Das wurde auch in früheren Satzungen (von 1530 und 1619) geregelt. Vgl. (40) S. 46-47, 83.
- 169) Vgl. (16) S. 190-191 u. (74) S. 55-59.
- 170) Er war schon im Jahre 1571 angestellt. Vgl. (40) S. 41.
- 171) Vgl. (16) S. 182, 190. In Kolberg wurde 1624 ein Pestbarbier vom Rat angestellt. Er bekam 25 Taler monatlich. Nach wenigen Wochen seiner Arbeit erlag er mit allen eigenen Gesellen der Pest. Vgl. (38) S. 67 u. (59) S. 389.
- 172) Boen = Boden. Boenhase (Bönnhase) war ein nicht zünftiger Handwerker, der heimlich auf dem Hausboden arbeitete. Vgl. (14) S. 14-15.
- 173) Vgl. (76) S. 113.
- 174) Vgl. (22) S. 226. Es ist möglich, daß die "Paracelsisten" nur wenig mit den Methoden der Wundheilung von Paracelsus zu tun hatten. Vgl. (11) S. 73-81.
- 175) Erster Operateur, Arnd Stensnyder, bekam 1391 das Stadtbürgerrecht. Seit dem 16. Jh. bis zum Ende des 17. Jhs. erteilte der Stadtrat einigen Operateuren die Erlaubnis des ständigen Aufenthaltes in Danzig. Im Gegenteil zu den Zunftchirurgen, die in schwierigen Fällen kollegial handelten, trugen die Operateure die ganze Verantwortung für ihre Eingriffe.
- 176) Siehe S. 10.
- 177) Vgl. (67) S. 165.
- 178) Vgl. (67) S. 165-166.
- 179) Kolbe war eine in der Renaissance modische Haartolle über der Stirn. Vgl. (67) S. 167.
- 180) Da kein Arzt eine Hausapotheke besitzen durfte, sollten sich auch Apotheker nicht mehr mit der Heilkunde beschäftigen. Vgl. (22) S. 227.
- 181) Vgl. (67) S. 172-174. Collegium medicum in Brüssel sollte hier als Vorbild dienen. Vgl. (68) S. 208.
- 182) Dieses Mittel hieß "Aurum vitae". Vgl. (67) S. 175.
- 183) Während dieses Aufenthaltes in Danzig erteilte er verschiedene Verordnungen, die das Mitbestimmungsrecht der Handwerker in den Stadtangelegenheiten vergrößerten.

- Vgl. (67) S. 176-177 u. (2) S. 4.
- 184) Vgl. (67) S. 177-178.
- 185) Siehe Kap. VI.1. Vgl. (67) S. 178.
- 186) Daniel Schwalbe stammte aus einer bekannten Danziger Familie. Vgl. (62) S. 35.
- 187) Im Jahre 1635 erschien die Beschreibung dieses Falles in der Fassung von Georg Loth und ein Jahr später von Daniel Beckher. Vgl. (3) S. 141, (31) Bd. 3 S. 725, (32) S. 106-107 u. (66) S. 226-227. Es sollte die dritte Gastrotomie in Europa werden. Vgl. (68) S. 108.
- 188) Vgl. (67) S. 179-180.
- 189) Vgl. (67) S. 196.
- 190) Am 12. Juli 1641 wurde Henker Strauch wegen illegaler Tätigkeit verurteilt. Er wurde bis zum Jahre 1663 deswegen mehrmals bestraft. Vgl. (67) S. 195-196.
- 191) Vgl. (6) S. 47, (7) S. 33 u. (14) S. 16-17.
- 192) Der Reichßschluß von 1731 und die Königlich Schwedische Resolution von 1754 erlaubten auch nach dem Verkauf der Praxis die Beschäftigung mit der Chirurgie. Vgl. (14) S. 52.
- 193) Dank den Ankündigungen in den Stralsunder Zeitungen konnte man dort ihre Zahl ziemlich genau in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts schätzen. Vgl. (73) S. 20.
- 194) Vgl. (6) S. 51, (16) S. 193 u. (30) S. 71-72.
- 195) Die Stadt duldete dieses Vorgehen nicht. Der letzte Operateur wurde im Jahre 1678 in Urkunden des Rates erwähnt. Vgl. (7) S. 45-49.
- 196) Vgl. (16) S. 193-196.
- 197) Das erfahren wir aus einem Bericht des Hofarztes Dr. Friese. Vgl. (40) S. 31.
- 198) Die "Wette" war ursprünglich eine Vermögensstrafe und zugleich auch die Behörde, welche diese Strafen einzog. Später entwickelte sie sich zur Gewerbepolizei. Sie bestand aus zwei Ratsherren, "weddemestere" oder Wetteherren genannt. Vgl. (6) S. 49-50, 65 u. (82) S. 18.
- 199) Paragraph 28 der Rolle von 1690. Vgl. (7) S. 39.
- 200) Vgl. (6) S. 53, (7) S. 49-50 u. (30) S. 80.
- 201) Bis zum Jahre 1457 bestand Danzig aus 4 getrennten Ortschaften: Altstadt, Rechtstadt, Jungstadt und Hackelwerk. Siehe auch S. 4. In der Rechtstadt sind 1348 3 Badestuben und in der Altstadt im Jahre 1382 2 Badestuben nachweisbar. Vgl. (17) Bd. 1, S. 424, (35) S. 301-302 u. (79) S. 63-65.
- 202) Vgl. (67) S. 185. Siehe auch S. 8. Danziger Bader gehörten zum Baderamt in Königsberg und Stralsund. Vgl. Anmerkungen 211) u. 215).
- 203) Siehe S. 59.
- 204) Vgl. (67) S. 184.
- 205) Dieses Urteil benutzten die Barbieri im Kampf gegen den Bader Falck. Siehe nächste Seite. Vgl. (67) S. 185.
- 206) Es ging vor allem um das Rasieren. Vgl. (67) S. 187.
- 207) Vgl. (67) S. 188-190, 247.
- 208) Inzwischen hatte er im Jahre 1747 das Danziger Bürgerrecht erworben. Vgl. (67) S. 190-193.
- 209) Vgl. (40) S. 4, 24.
- 210) Vgl. (15) S. 130-141, 145-150.

- 211) Das Baderamt in Stralsund vereinigte im 17. Jahrhundert alle vorpommerschen Bader. Auch die Bader aus Danzig gehörten im Jahre 1634 zum Baderamt in Stralsund. Zu dieser Zeit war Kolberg Sitz einer ähnlichen Vereinigung der hinterpommerschen Bader. Vgl. (15) S. 150-153.
- 212) Vgl. (74) S. 6, 33-45.
- 213) Die Barbier-Rolle von 1692 begründet das Recht der Barbieri auf die Wundheilkunde. Diese Vorrechte bekamen sie nicht wegen besonderer Kenntnisse, sondern weil sie ihre Praxen gekauft hatten und aus ihren Mitteln die Pestkranken behandelt wurden. Vgl. (40) S. 84.
- 214) Vgl. auch Anmerkung 59).
- 215) Im Jahre 1562 haben sich die Badermeister aus Danzig, Elbing, Thorn und Riga mit den Königsberger Badern vereinigt. Vgl. (40) S. 12.
- 216) Dieses wurde im Paragraph 28 der Rolle von 1690 bestimmt. Vgl. (7) S. 30, 39.
- 217) Die Heiligen Kosmas und Damian waren nicht die einzigen Patrone der Chirurgen. In Polen verehrten die Chirurgen neben den Kosmas und Damian auch den Heiligen Rochus (Lublin, Lemberg) und den Heiligen Johannes von Nepomuk (Przemysl). Vgl. (66) S. 118.
- 218) Vgl. (36) S. 417-418.
- 219) Die Gebühren wurden durch einen Beschluß vom 8. Juni 1661 festgesetzt. Vgl. (67) S. 157-158.
- 220) Vgl. (67) S. 158-159.
- 221) Das Geld wurde auch zu anderen Zwecken verwendet. Im Jahre 1804 bekam Meister Pohl 3800 Gulden aus der Begräbniskasse als Darlehen. Vgl. (67) S. 160.
- 222) Vgl. (5) S. 186.
- 223) Vgl. (16) S. 175-176.
- 224) Der aus dem Ende des 14. Jahrhunderts stammende Rochusaltar war dem Kosmas und Damian geweiht und ist bis in das 20. Jahrhundert erhalten geblieben. Vgl. (12) S. 703 u. (50) S. 238.
- 225) Vgl. (14) S. 20-23.
- 226) Als Beispiel der Unfähigkeit, sich an die neuen Verhältnisse anzupassen, kann die Lebensgeschichte der Familie Schopenhauer dienen. Vgl. (61) S. 62, 64, 192.
- 227) Ober-Collegium Medicum wurde im Jahre 1725 gegründet. Vgl. (67) S. 198-201.
- 228) Seit dieser Zeit gab es nur drei neue Meister. Vgl. (67) S. 202-205.
- 229) Die Entscheidung kam erst nach 4 Monaten, am 18. Dezember 1811. Vgl. (67) S. 208-209.
- 230) Eine solche Entscheidung wurde auch im Falle des Gesellen Jeschke am 7. September 1806 getroffen. Vgl. (67) S. 211.
- 231) Vgl. (67) S. 212-213.
- 232) Vgl. (67) S. 214-215.
- 233) Mit Hilfe des Buches "Examen der chirurgischen Lehrlinge" überprüfte man die Lehrlinge nach beendeter Lehre. Siehe auch S. 22-23. Vgl. (67) S. 45, 217-218.
- 234) In dieser Entwicklung übernahmen die Ärzte die Ausübung der Chirurgie. Die Barbierchirurgen wurden nur selten so gut ausgebildet, um die volle ärztliche Tätigkeit ausüben zu können. Trotzdem bildete die "Wiedervereinigung" der

Chirurgie mit der Medizin mehr ein soziologisches als ein wissenschaftliches Problem. Vgl. (24) S. 504, 507. Siehe auch S. 55.

235) Vgl. (73) S. 21.

236) Vgl. (7) S. 45, (14) S. 29, (16) S. 184-185 u. (40) S. 48-49.

237) Vgl. (30) S. 38, 49, 61-62, 121.

XII. LITERATURVERZEICHNIS

1. Allgemeine Encyklopaedie der Wissenschaften und Kuenste. Bd.7. Hrsg. J. S. Ersch und J. G. Gruber. Leipzig 1821. S.99-100, 359-360.
2. Bahr, Vera: Die Stadt Danzig und Johann III. Sobieski, König von Polen. Marburg/Lahn 1961. In: Wissenschaftliche Beiträge zur Geschichte und Landeskunde Ost-Mitteleuropas. Nr. 55.
3. Beckher, Daniel: Historische Beschreibung des Preußischen Messerschluckers. Miesbach (1979).
4. Beer, Julius: Der Kampf der Bader und Barbierer in Berlin im 18. Jahrhundert. Deutsche Klinik. Jg. 23 (Berlin 1871) S. 366-377, 445-447, 462.
5. Blümcke, Otto: Die Handwerkszünfte im mittelalterlichen Stettin. Baltische Studien. Jg. 34 (Stettin 1884) S. 81-247.
6. Borner, Heinz: Die Geschichte des Amtes der Barbierer und Chirurgen in der freien Hansestadt Lübeck. Med. Diss. Berlin 1934.
7. Brennsohn, Isidorus: Die Aerzte Estlands vom Beginn der historischen Zeit bis zur Gegenwart. Riga 1922.
8. Brennsohn, Isidorus: Die Ärzte Kurlands. Mitau 1902.
9. Brennsohn, Isidorus: Die Ärzte Livlands. Riga 1905.
10. von Brunn, Walter: Geeschichtliches vom Aderlaß. Münchener Medizinische Wochenschrift. Jg. 75 (1928) S. 612-614.
11. von Brunn, Walter: Paracelsus und Wundheilung. In: Historische Studien und Skizzen zu Natur- und Heilwissenschaft. Berlin 1930. S. 73-81.
12. von Brunn, Walter: Urkunden zur Geschichte der Chirurgie. Münchener Medizinische Wochenschrift. Jg. 74 (1927) S. 703.
13. von Brunn, Walter: Vom Aderlaß. Die Medizinische Welt. Jg.9 (Berlin 1935) S. 1201-1203.
14. von Brunn, Walter: Von den Gilden der Barbierer und Chirurgen in den Hansestädten. Leipzig 1921.
15. Buchholz, Werner: Das Amt der Bader und Wundärzte. In: Greifswald-Stralsunder Jahrbuch. Bd. 6 (1966) S.125-162.
16. Buchholz, Werner: Das Amt der Barbierer und Chirurgen in Stralsund. In: Greifswald-Stralsunder Jahrbuch. Bd. 7

(1967) S. 175-210.

17. Cieslak, Edmund: Historia Gdanska. Bd.1 u. 2. Gdansk 1978.
18. Dahl-Iversen, Erling: Kirurgien og dens Maend i Danmark i det 18. Aarhundrede. Kobenhavn 1965.
19. Dopkewitsch, Helene: Die Grosse Gilde zu Riga. Baltische Monatshefte. Riga 1936. S. 8-24.
20. Dragendorff, Ernst: Rostocks älteste Gewerbetreibende. In: Beiträge zur Geschichte der Stadt Rostock. Bd. 2, Heft 3. Rostock 1898. S. 65-100.
21. Dragendorff, Ernst: Rostocks älteste Gewerbetreibende. 2.Teil. In: Beiträge zur Geschichte der Stadt Rostock. Bd.2, Heft 4. Rostock 1899. S. 29-70.
22. Drygas, Aleksander: Aptekarstwo Gdanskie 1399-1939. Gdansk 1983.
23. Eufinger, Hartwig: Die Chirurgie, ihre Kliniken und Lehrer an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel im Wandel der Zeiten. Kiel 1954.
24. Eulner, Hans-Heinz: Zum "Kampf" um die Gleichberechtigung von Chirurgie und Medizin. Berliner Medizin. Jg. 16 (Berlin 1965) S. 504-507.
25. Fischer, Alfons: Geschichte des deutschen Gesundheitswesens. Bd. 1 u. 2. Berlin 1933.
26. Fischer, Georg: Chirurgie vor 100 Jahren. Leipzig 1876.
27. Foltz, Max: Geschichte des Danziger Stadthaushalts. In: Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreussens. Bd.8. Danzig 1912.
28. Frensdorff, Ferdinand: Das Zunftrecht insbesondere Norddeutschlands und die Handwerkerehre. Hansische Geschichtsblätter. Jg. 34 (1907) S. 1-89.
29. Freytag, Hermann: Zwei Danziger Armenordnungen des sechzehnten Jahrhunderts. In: Zeitschrift des Westpreussischen Geschichtsvereins. Heft 39. Danzig 1899. S. 99-130.
30. Goerke, Heinz: Die deutsch-schwedischen Beziehungen in der Medizin des achtzehnten Jahrhunderts. Kopenhagen 1958.
31. Gurlt, Ernst: Geschichte der Chirurgie und ihrer Ausübung. Bd. 1, 2 u. 3. Berlin 1898.
32. Hagens, : Zur Gastrotomie. Berliner Klinische Wochenschrift. Jg. 20 (1883) S. 106-108.

33. Herrlinger, Robert: Medizinhistorisches in Dänemark. In: *Materia Medica Nordmark*. 4. Sonderheft. Hamburg 1964.
34. Herrlinger, Robert: Methoden des anatomischen Unterrichts der Wundärzte im 16. Jahrhundert. In: *Verhandlungen der Anatomischen Gesellschaft*. Ergänzungsheft zum 99. Band des *Anatomischen Anzeigers*. Jena 1952.
35. Hirsch, Theodor: *Danzigs Handels- und Gewerbsgeschichte unter der Herrschaft des Deutschen Ordens*. Leipzig (1868).
36. Hirsch, Theodor: *Ober- Pfarrkirche von St. Marien in Danzig*. Danzig 1843.
37. Hopp, Dora Grete: Die Zunft und die Nichtdeutschen im Osten, insbesondere in der Mark Brandenburg. In: *Wissenschaftliche Beiträge zur Geschichte und Landeskunde Ost- Mitteleuropas*. Marburg/Lahn 1954.
38. Jendreyczyk, Ernst: *Beiträge zur Geschichte des Medizinal- und Zunftwesens in Köslin*. Köslin 1909.
39. Jendreyczyk, Ernst: Die ältesten Rollen der Barbierämter in Dithmarschen. *Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte*. Bd. 44 (Leipzig 1914). S. 95-124.
40. Jendreyczyk, Ernst: *Von den Badern, Barbieren und Perückenmachern in Königsberg*. Rastenburg 1929.
41. Jendreyczyk, Ernst und Pooth, Peter: *Aus der Geschichte der Stralsunder Apotheken*. Mittenwald (1940).
42. Joachim, Hermann: Ursprung und Wesen der Gilde. In: *Veröffentlichungen des Vereins für Hamburgische Geschichte*. Bd. 10. Hamburg 1936.
43. Keyser, Erich: *Danzigs Geschichte*. Danzig 1921.
44. Keyser, Erich: *Das hansische Danzig*. Bremen (1927).
45. Keyser, Erich: Die Bevölkerung Danzigs und ihre Herkunft im 13. und 14. Jahrhundert. In: *Pfingstblätter des hansischen Geschichtsvereins*. Blatt 15. Lübeck 1924.
46. Keyser, Erich: *Geschichte der öffentlichen Gesundheitspflege im hansischen Danzig*. *Die Medizinische Welt*. Jg. 2 (1928) S. 38-39.
47. Koppmann, Karl: Die Wehrkraft der Rostockischen Ämter. *Hansische Geschichtsblätter*. Jg. 15 (1886) S. 164-168.
48. Koppmann, Karl: Gereimte Rollen der Goldschmiede- und Barbier-Lehrlinge. In: *Beiträge zur Geschichte der Stadt Rostock*. Bd. 4. Rostock 1905. S. 41-45.

49. Leps, Curt: Das Zunftwesen der Stadt Rostock bis um die Mitte des 15. Jahrhunderts. Hansische Geschichtsblätter. Jg. 58 (1933) S. 122-156.
50. Leps, Curt: Das Zunftwesen der Stadt Rostock bis um die Mitte des 15. Jahrhunderts (Fortsetzung und Schluß). Hansische Geschichtsblätter. Jg. 59 (1934) S. 177-242.
51. Lutman, Roman: Polozenie prawno-polityczne Gdanska w dawnej Polsce. In: Rocznik Gdanski. Bd. 1. Gdansk 1927. S. 59-82.
52. Metzger, Johann Daniel: Handbuch der Staatsarzneykunde. Züllichau 1787.
53. Metzger, Johann Daniel und Elsner, D. Christoph Friedrich: Medizinisch-gerichtliche Bibliothek. Bd. 1 u. 2. Königsberg 1786.
54. Ostwald, Paul: Das Handwerk unter dem Deutschen Orden. In: Zeitschrift des Westpreussischen Geschichts-Vereins. Heft 55. Danzig 1913. S. 151-166.
55. Penners-Ellwart, Hedwig: Die Danziger Bürgerschaft nach Herkunft und Beruf 1537-1709. In: Wissenschaftliche Beiträge zur Geschichte und Landeskunde Ost-Mitteleuropas. Marburg/Lahn 1954.
56. Purmann, Mathaus Gottfried: Curiose chirurgische Observationes. Frankfurt und Leipzig 1710.
57. Purmann, Mathaus Gottfried: Rechter und wahrhaftiger Feldscherer oder die rechte und wahrhaftige Feldschers-Kunst. Breslau 1738.
58. Rath, G.: Ärztliche Ethik in Pestzeiten. Münchener Medizinische Wochenschrift. Jg. 99 (München 1957) S. 158-160.
59. Riemann, H.: Geschichte der Stadt Colberg. Colberg 1873.
60. Rüdiger, Otto: Die ältesten Hamburgischen Zunftrollen und Bruderschaftsstatuten. Hamburg 1874.
61. Schopenhauer, Johanna: Jugendleben und Wanderbilder. Danzig 1922.
62. Schwarz, Friedrich: Danziger Ärzte im 16. -18. Jahrhundert. In: Danziger familiengeschichtliche Beiträge. Heft 4. Danzig 1939. S. 27-36.
63. Seth, Ivar: Die Universität Greifswald und ihre Stellung in der schwedischen Kulturpolitik 1637-1815. Berlin 1956.
64. Simson, Paul: Geschichte der Stadt Danzig. Danzig 1903.

65. Simson, Paul: Geschichte der Stadt Danzig bis 1626. Bd.1 u.2 Danzig 1913, Bd. 4 Danzig 1918.
66. Sokol, Stanislaw: Historia chirurgii w Polsce. In: Monografie z dziejow nauki i techniki. Bd. 37 (Wroclaw 1967).
67. Sokol, Stanislaw: Historia gdanskiego cechu chirurgow 1454-1820. Wroclaw-Warszawa (1957).
68. Sokol, Stanislaw: Medycyna w Gdansku w dobie Odrodzenia. In: Monografie z dziejow nauki i techniki. Bd. 14. Wroclaw-Warszawa 1960.
69. Sokol, Stanislaw: Wedrowni operatorzy w Gdansku w 16. i 17. wieku. In: Rocznik Gdanski. Bd. 15/16. Gdansk 1956/57. S. 224-246.
70. Sokol, Stanislaw und Pelczarowa, Maria: Ksiegozbior gdanskich lekarzy Krzysztofa i Henryka Heyllow. Gdansk 1963.
71. Stelzner, Friedrich: Hamburg und die Geschichte der Chirurgie. Die Medizinische (Welt). Jg. 28 (Stuttgart 1959) S. 1722-1724.
72. Stieda, Wilhelm und Mettig, Constantin: Schragen der Gilden und Amter der Stadt Riga bis 1621. Riga 1896.
73. Stürzbecher, Manfred: Die medizinische Versorgung der Stralsunder Bevölkerung im 19. Jahrhundert. Der öffentliche Gesundheitsdienst. Jg. 22 (Stuttgart 1960) S. 20-24.
74. Stürzbecher, Manfred: Über die Stellung und Bedeutung der Wundärzte in Greifswald im 17. und 18. Jahrhundert. Köln, Wien 1969.
75. Stürzbecher, Manfred: Zur Geschichte der Ausbildung von Wundärzten in Berlin in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts. Forschungen und Fortschritte. Jg. 33 (Berlin 1959) S. 141-147.
76. Stürzbecher, Manfred: Zur Geschichte der Bekämpfung des Kurfuschertums in Schwedisch-Pommern im 18. Jahrhundert. Medizinische Monatsschrift. Jg. 13 (Stuttgart 1959) S.113-114.
77. Techen, Friedrich: Etwas von der mittelalterlichen Gewerbeordnung, insbesondere der wendischen Städte. Hansische Geschichtsblätter. Jg. 25 (1897) S. 19-104.
78. Tiesenberg, Ludwig: Einiges über die St. Johannis-Gilde zu Riga. Baltische Monatshefte. Riga 1936. S. 30-33.
79. Volckmann, Erwin: Alte Gewerbe und Gewerbeegassen. Würzburg

1921.

80. Volkmann, Johannes: Geschichte der Chirurgie und der chirurgischen Universitätsklinik in Greifswald. In: Festschrift zur 500-Jahrfeier der Universität Greifswald. Bd. 2. Greifswald (1956) S. 390ff.
81. Walther, Rolf: Die Danziger Bürgerschaft im 18. Jahrhundert nach Herkunft und Beruf. In: Zeitschrift des Westpreussischen Geschichtsvereins. Heft 73. Danzig 1937. S. 65-170.
82. Warncke, Johann: Handwerk und Zünfte in Lübeck. Lübeck 1912.
83. Wilda, Wilhelm Eduard: Das Gildewesen im Mittelalter. Halle 1831.
84. Wille, P.F.-C.: Dokumentarischer Beitrag zur Geschichte der Chirurgen-Gilden. Münchener Medizinische Wochenschrift. Jg. 114 (1972) S. 898-903.

LEBENS LAUF

Am 15. Juli 1955 wurde ich, Marek Buczkowski, als Sohn des Tierarztes Adolf Buczkowski und seiner Ehefrau Jadwiga, geb. Hruby in Klodzko, Polen, geboren. Nach achtjährigem Grundschulbesuch trat ich in das Gymnasium in Klodzko ein, wo ich 1974 die Reifeprüfung ablegte. Danach widmete ich mich dem Studium an der Medizinischen Akademie in Breslau. Nach 12 Semestern bestand ich 1980 das Staatsexamen und erhielt meine Approbation als Arzt. Von 1980 bis 1983 war ich als Assistent der gynäkologischen Abteilungen der Krankenhäuser in Klodzko und Legnica tätig, bis ich im Dezember 1983 mit meiner Frau in die Bundesrepublik Deutschland übersiedelte.

